



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

03 | 2015

STATISTISCHE MONATSFESTE



Korrigierte Fassung vom 29.01.2016

Aus dem Inhalt:

Preise 2014

Pflegebedürftige 2013

Haushalte und Familien 2013



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Simone Emmerichs

Im Durchschnitt des Jahres 2014 stiegen die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz um 0,9 Prozent. Hervorzuheben ist die Entwicklung bei den Energiepreisen: Während sich Strom um 4,1 Prozent verteuerte, verbilligten sich Gas sowie Fernwärme (-1 bzw. -1,2 Prozent). Noch deutlich stärker sanken die Preise für Mineralölprodukte (-5,1 Prozent). Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen im Durchschnitt des Jahres 2014 um 0,5 Prozent.

03 | 2015

STATISTISCHE MONATSFESTE

68. Jahrgang

kurz + aktuell	207
Industrie ■ Baugewerbe ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bildung ■ Gesundheits- wesen ■ Umwelt ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	219
Rheinland-Pfalz in Karten: Besuchsquote unter 3-Jähriger 2014 nach Verwaltungsbezirken	220
Verbraucherpreise 2014 – Inflationsrate im Jahresdurchschnitt unter einem Prozent	221
Pflegebedürftige Menschen 2013 – Mehrstufige Reform der Pflegeversicherung	229
Haushalte und Familien 2013 – Durchschnittlich 2,1 Personen in jedem Haushalt	241
Daten zur Konjunktur	248
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	281
Neuerscheinungen	297

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrie produziert 2014 weniger als im Jahr zuvor

Im Dezember 2014 fiel der Output der rheinland-pfälzischen Industrie um 1,6 Prozent höher aus als im November. Zwei der drei Industriehauptgruppen verzeichneten Produktionssteigerungen: Im Investitionsgüterbereich wuchs der Güterausstoß um 3,6 Prozent; die Vorleistungsgüterproduktion nahm um zwei Prozent zu. Der Output der Konsumgüterhersteller sank hingegen um 1,4 Prozent. Die drei größten Branchen zeigten eine positive Entwicklungstendenz: Der Fahrzeugbau konnte mit einem Plus von 6,4 Prozent am stärksten zulegen. Es folgte die Chemische Industrie, die ihre Produktion um 4,8 Prozent erhöhte. Im Maschinenbau stieg der Güterausstoß geringfügig (+0,9 Prozent).

Im Dezember 2014 stellte die Industrie 0,4 Prozent weniger Güter her als im Vorjahresmonat. In zwei der drei Industriehauptgruppen war die Produktion rückläufig. Am stärksten schrumpfte der Ausstoß der Konsumgüterhersteller (-4,3 Prozent). Im Vorleistungsgüterbereich sank der Output um 1,5 Prozent. In der Investitionsgüterindustrie stieg die Produktion dagegen um 5,1 Prozent. Während der Güterausstoß in der Chemischen Industrie um 3,3 Prozent und im Fahrzeugbau um 1,2 Prozent hinter dem Niveau des Vorjahresmonats zurückblieb, erhöhte sich die Produktion im Maschinenbau um 8,9 Prozent.

Im Jahr 2014 lag der bereinigte Produktionsindex insgesamt um 0,7

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Dez. 2014		2014
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Nov. 2014	Dez. 2013	2013
Entwicklung der Produktion			
Industrie	1,6 % ↗	-0,4 % ↘	-0,7 % ↘
Vorleistungsgüterproduzenten ²	2,0 % ↑	-1,5 % ↘	-0,8 % ↘
Investitionsgüterproduzenten	3,6 % ↑	5,1 % ↑	-0,5 % ↘
Konsumgüterproduzenten	-1,4 % ↘	-4,3 % ↘	-0,5 % ↘
Chemie	4,8 % ↑	-3,3 % ↘	-3,2 % ↘
Fahrzeugbau	6,4 % ↑	-1,2 % ↘	-8,3 % ↘
Maschinenbau	0,9 % ↗	8,9 % ↑	7,4 % ↑
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	5,2 % ↑	10,0 % ↑	-1,3 % ↘
Inland	6,0 % ↑	3,0 % ↑	-4,7 % ↘
Ausland	4,7 % ↑	14,9 % ↑	1,0 % ↗
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,3 % ↗	1,1 % ↗	-1,6 % ↘
Investitionsgüterproduzenten	6,4 % ↑	20,8 % ↑	0,1 % ↗
Konsumgüterproduzenten	22,9 % ↑	12,5 % ↑	-5,7 % ↘
Chemie	-1,1 % ↘	-1,8 % ↘	-4,2 % ↘
Fahrzeugbau	7,5 % ↑	37,1 % ↑	-4,5 % ↘
Maschinenbau	6,9 % ↑	7,7 % ↑	5,2 % ↑

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Prozent unter dem Niveau des Jahres 2013. Alle drei Industriehauptgruppen verbuchten prozentuale Rückgänge in ähnlicher Größenordnung. Während der Output der Vorleistungsgüterhersteller um 0,8 Prozent sank, nahm der Ausstoß an Investitionsgütern um 0,5 Prozent ab. Die Konsumgüterproduktion fiel um 0,5 Prozent geringer aus als im Vorjahr. Von den drei größten Branchen des Landes erhöhte lediglich der Maschinenbau seinen Güterausstoß (+7,4 Prozent). Im Fahrzeug-

bau und in der Chemischen Industrie sank die Produktion (-8,3 bzw. -3,2 Prozent).

Anstieg der Auftragseingänge der Industrie im Dezember 2014

Im Dezember 2014 erhöhte sich der bereinigte Auftragseingangsindex um 5,2 Prozent. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im November (Inland: +6 Prozent;

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Ausland: +4,7 Prozent). Der Nachfrageanstieg erstreckte sich auf alle drei industriellen Hauptgruppen: Den stärksten Zuwachs verzeichnete die Konsumgüterindustrie mit +23 Prozent. Das Ordervolumen der Investitionsgüterproduzenten nahm um 6,4 Prozent zu. Am schwächsten war der Anstieg in der Vorleistungsgüterindustrie (+1,3 Prozent). Von den drei größten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes profitierten zwei von einer Zunahme der Bestellungen: Im Fahrzeugbau wuchs die Nachfrage um 7,5 Prozent und im Maschinenbau um 6,9 Prozent. In der Chemischen Industrie gingen hingegen weniger Aufträge ein als im Vormonat (-1,1 Prozent).

Im Dezember 2014 lag der bereinigte Auftragseingangsindex um zehn Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Insbesondere im Auslandsgeschäft gab es einen kräftigen Zuwachs (+15 Prozent). Die Inlandsnachfrage war ebenfalls höher als ein Jahr zuvor (+3 Prozent). Alle drei industriellen Hauptgruppen verbuchten eine Zunahme der Auftragseingänge: Einen starken Anstieg gab es in der Investitionsgüterindustrie (+21 Prozent). Auch im Konsumgüterbereich erhöhten sich die Bestellungen um einen zweistelligen Prozentsatz (+12,5 Prozent). Das Ordervolumen der Vorleistungsgüterhersteller nahm um 1,1 Prozent zu. Die drei größten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich unterschiedlich: Ein deutliches Plus gab es im Fahrzeugbau (+37 Prozent). Auch der Maschinenbau verzeichnete einen

Nachfrageanstieg (+7,7 Prozent). Währenddessen lagen die Bestellungen in der Chemischen Industrie unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-1,8 Prozent).

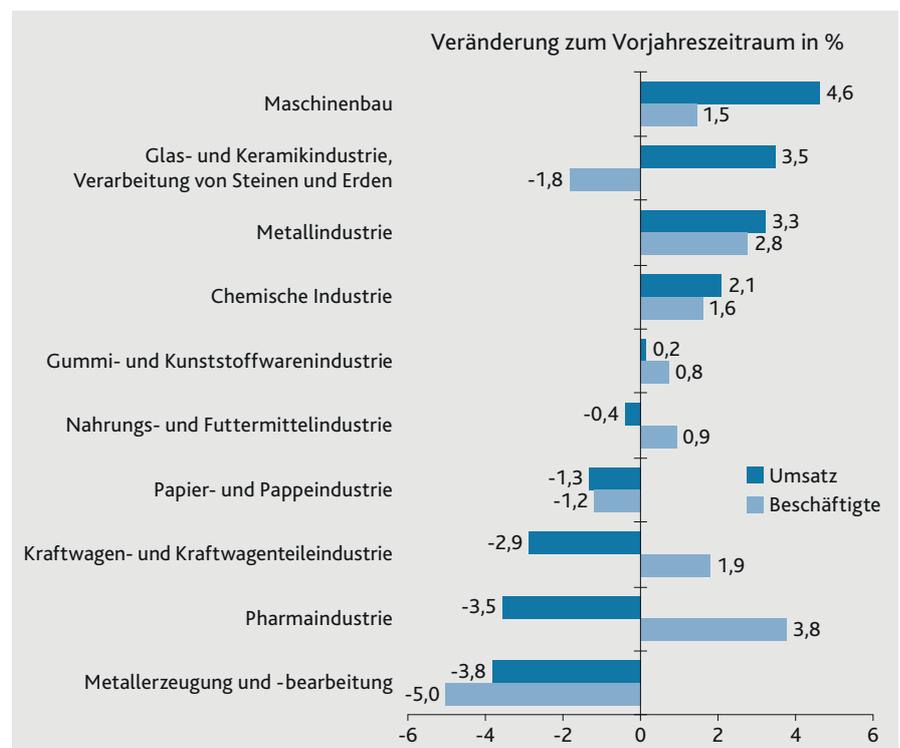
Im Jahr 2014 fiel die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten um 1,3 Prozent geringer aus als 2013. Dies ist auf einen Rückgang der Bestellungen aus dem Inland zurückzuführen, die um 4,7 Prozent hinter dem Ordervolumen des Vorjahres zurückblieben. Aus dem Ausland gingen dagegen mehr Aufträge ein (+1 Prozent). In zwei der drei Industriebereiche schrumpfte die Nachfrage: Im Konsumgüterbereich fielen die Bestellungen um 5,7 Prozent niedriger aus als im Vorjahr; in der Vorleistungsgüterindustrie sank das

Ordervolumen um 1,6 Prozent. Währenddessen blieb die Nachfrage nach Investitionsgütern fast unverändert (+0,1 Prozent). Von den drei größten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verbuchte lediglich der Maschinenbau einen Anstieg der Bestellungen (+5,2 Prozent). Im Fahrzeugbau nahmen die Auftragseingänge um 4,5 Prozent und in der Chemischen Industrie um 4,2 Prozent ab.

Industrie erzielt dank guter Auslandsgeschäfte 2014 ein Umsatzplus

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im Jahr 2014 Umsätze in Höhe von 85,3 Milliarden Euro. Das waren 0,9 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: +2 Prozent). Die

Umsätze 2014 und Beschäftigte im Dezember 2014 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Auslandserlöse stiegen um 1,9 Prozent (Deutschland: +4 Prozent), die Inlandsumsätze gingen leicht um 0,4 Prozent zurück (Deutschland: +0,2 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag bei 55 Prozent (Deutschland: 48,5 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag im Dezember 2014 mit 251 660 um rund 2 800 bzw. 1,1 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats (Deutschland: +1 Prozent). Im Jahr 2014 wurden in Rheinland-Pfalz 384 Millionen Arbeitsstunden geleistet, 1,5 Prozent mehr als im Jahr 2013 (Deutschland: +1 Prozent).

Fünf der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten 2014 mehr Umsätze als im Vorjahr. Insbesondere der Maschinenbau meldete überdurchschnittliche Erlöszuwächse (+4,6 Prozent). Zur Entwicklung trugen hier gleichermaßen die guten Geschäfte mit inländischen wie auch mit ausländischen Geschäftspartnern bei (+4,7 bzw. +4,6 Prozent). An zweiter Stelle folgten die Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden, deren Umsätze um 3,5 Prozent höher lagen als vor Jahresfrist. Die Hersteller von Metallerzeugnissen konnten ihre Erlöse ebenfalls deutlich steigern (+3,3 Prozent). In der Chemischen Industrie, die ein Drittel des Gesamtumsatzes der rheinland-pfälzischen Industrie erwirtschaftet, stieg der Umsatz um 2,1 Prozent. Hierbei stand einem spürbaren Plus im Auslandsgeschäft von vier Prozent ein Minus auf dem Inlandsmarkt von 2,1 Prozent

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Dez. 2014		2014
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Nov. 2014	Dez. 2013	2013
Auftragseingang	0,1 %	-2,5 %	6,0 %
Hochbau insgesamt	10,2 %	6,9 %	4,9 %
Wohnungsbau	7,1 %	9,9 %	4,3 %
gewerblicher Hochbau	12,7 %	33,1 %	14,5 %
öffentlicher Hochbau	21,0 %	-22,2 %	-11,0 %
Tiefbau insgesamt	-10,4 %	-10,0 %	7,1 %
gewerblicher Tiefbau	5,9 %	36,0 %	25,3 %
öffentlicher Tiefbau	-2,6 %	-12,9 %	-4,1 %
Straßenbau	-17,2 %	-23,4 %	6,2 %
Baugewerblicher Umsatz	-0,3 %	3,8 %	3,8 %
Hochbau insgesamt	0,8 %	8,6 %	4,3 %
Wohnungsbau	-1,4 %	-13,2 %	0,5 %
gewerblicher Hochbau	3,8 %	22,8 %	10,2 %
öffentlicher Hochbau	0,5 %	-8,3 %	-3,5 %
Tiefbau insgesamt	-1,8 %	-1,9 %	3,2 %
gewerblicher Tiefbau	6,2 %	-3,4 %	-2,5 %
öffentlicher Tiefbau	-4,7 %	3,5 %	6,1 %
Straßenbau	-3,7 %	-4,3 %	4,0 %

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

gegenüber. Die stärksten Umsatzeinbußen im Vergleich zum Vorjahr registrierten die Metallerzeugung und -bearbeitung (-3,8 Prozent), die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (-3,5 Prozent) sowie die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-2,9 Prozent).

Den größten Beschäftigtenzuwachs verzeichneten die Hersteller von pharmazeutischen Produkten (+3,8 Prozent). Auch in der Herstellung von Metallerzeugnissen (+2,8 Prozent), in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+1,9 Prozent), der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+1,6 Prozent) sowie im Maschinenbau (+1,5 Prozent) erhöhte sich der Personalstand gegenüber

dem Dezember 2013. Deutlich weniger Personal als vor Jahresfrist hatte die Metallerzeugung und -bearbeitung (-5 Prozent). Auch die Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (-1,8 Prozent) sowie die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (-1,2 Prozent) reduzierten Personal.

Aufträge und Umsätze 2014 im Bauhauptgewerbe höher als 2013

Im Jahr 2014 fiel die Nachfrage nach Bauleistungen um sechs Prozent höher aus als im Vorjahr. Im Tiefbau (+7,1 Prozent) verbesserten sich die Auftragseingänge stärker als im Hochbau (+4,9 Prozent). Differen-

ziert nach Bauart und Auftraggeber ergab sich in den meisten Bereichen eine positive Bilanz – lediglich im öffentlichen Hoch- und Tiefbau war das Ordervolumen geringer als 2013 (–11 bzw. –4,1 Prozent). Die größten Zuwächse verbuchten der gewerbliche Tief- und Hochbau (+25 bzw. +14,5 Prozent).

Der baugewerbliche Umsatz lag im Jahr 2014 um 3,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Erlössteigerungen waren im Hochbau größer als im Tiefbau (+4,3 bzw. +3,2 Prozent). Die Zuwächse erstreckten sich auf die meisten Baubereiche. Das größte Umsatzplus gab es im gewerblichen Hochbau (+10 Prozent), gefolgt vom öffentlichen Tiefbau (+6,1 Prozent). Im öffentlichen Hochbau sowie im gewerblichen Tiefbau lagen die Umsätze dagegen unter dem Niveau des Jahres 2013 (–3,5 bzw. –2,5 Prozent).

Im Dezember 2014 war die Nachfrage nach Bauleistungen kalender- und saisonbereinigt geringfügig höher als im November 2014 (+0,1 Prozent). Während der Hochbau mehr Bestellungen registrierte (+10 Prozent), kam es im Tiefbau zu einem Rückgang (–10 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber wiesen der öffentliche sowie der gewerbliche Hochbau die größten prozentualen Zuwächse auf (+21 bzw. +13 Prozent). Dagegen verzeichnete der Straßenbau einen kräftigen Auftragseinbruch (–17 Prozent).

Der Umsatz verringerte sich im Dezember 2014 gegenüber dem Vor-

monat um 0,3 Prozent. Im Hochbau stiegen die Erlöse um 0,8 Prozent; der Tiefbau verzeichnete ein Minus von 1,8 Prozent. Differenziert nach Bauart und Auftraggeber verbuchte der gewerbliche Tief- und Hochbau die stärksten Umsatzzuwächse (+6,2 bzw. +3,8 Prozent). Der öffentliche Tiefbau sowie der Straßenbau meldeten die stärksten Umsatzrückgänge (–4,7 bzw. –3,7 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken die Auftragseingänge um 2,5 Prozent. Während im Hochbau die Bestellungen zulegten (+6,9 Prozent), errechnete sich für den Tiefbau ein Nachfragerückgang (–10 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber meldeten der gewerbliche Tief- und Hochbau deutliche Zuwächse (+36 bzw. +33 Prozent). Dagegen verzeichneten vor allem der Straßenbau sowie der öffentliche Hochbau kräftige Einbußen (–23 bzw. –22 Prozent).

Im Vergleich zum Dezember 2013 verbesserte sich der baugewerbliche Umsatz im Dezember 2014 um 3,8 Prozent. Im Hochbau nahmen die Erlöse um 8,6 Prozent zu, der Tiefbau blieb dagegen unter dem Niveau des Vorjahresmonats (–1,9 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die stärksten prozentualen Umsatzsteigerungen errechneten sich für den gewerblichen Hochbau (+23 Prozent). Die größten Rückgänge gab es im Wohnungsbau sowie im öffentlichen Hochbau (–13 bzw. –8,3 Prozent).

Baugewerbe investiert weniger – Minus im Bauhauptgewerbe, Zunahme im Ausbaugewerbe

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen des Baugewerbes investierten im Jahr 2013 rund 116 Millionen Euro und damit 8,9 Prozent weniger als im Jahr 2012, das allerdings im langjährigen Vergleich einen hohen Wert auswies. Der Hauptanteil der Investitionen entfiel mit 105 Millionen Euro auf Maschinen und Anlagen (–3,9 Prozent), die übrigen knapp elf Millionen Euro wurden für Grundstücke und Gebäude angelegt (–39 Prozent). Die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Investitionen am Gesamtumsatz, erreichte 0,02 Prozent. Während das Bauhauptgewerbe weniger investierte als 2012, stockte das Ausbaugewerbe seine Ausgaben in diesem Bereich auf.

Das Bauhauptgewerbe tätigte im Jahr 2013 Bruttoanlageinvestitionen in Höhe von 82,2 Millionen Euro. Das entsprach einem Rückgang um 15 Prozent gegenüber dem hohen Vorjahreswert. Die Investitionssumme je tätiger Person (Investitionsintensität) fiel im Vergleich zu 2012 um 15 Prozent auf 4 292 Euro. Die Bruttoanlageinvestitionen je 10 000 Euro Gesamtumsatz lagen mit 269 Euro um elf Prozent unter dem Vorjahreswert.

Die Investitionen in Ausrüstungen wie Maschinen, Geräte, Baustellen- und Büroausstattungen lagen mit 76,5 Millionen Euro um 7,4 Prozent unter Vorjahresniveau. In bebaute Grundstücke wurden 4,9 Millionen Euro investiert, was mehr als eine

Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe 2004–2013



Halbierung des Vorjahreswertes bedeutet (-62,5 Prozent). Die Investitionen in unbebaute Grundstücke sanken um 32 Prozent auf 0,8 Millionen Euro.

Die Bruttoanlageinvestitionen des Ausbaugewerbes lagen im Jahr 2013 bei 33,5 Millionen Euro. Das entspricht einem Zuwachs von elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Investitionssumme je tätiger Person stieg im Vergleich zu 2012 um 13 Prozent auf 2 166 Euro. Die Bruttoanlageinvestitionen je 10 000 Euro Gesamtumsatz lagen mit 195 Euro um 9,2 Prozent über dem Vorjahreswert.

Die Investitionssumme für Ausrüstungen lag mit 28,3 Millionen Euro um 6,7 Prozent über dem Vorjahresniveau, für bebaute Grundstücke stiegen die Investitionen um 56 Prozent auf 5,2 Millionen Euro.

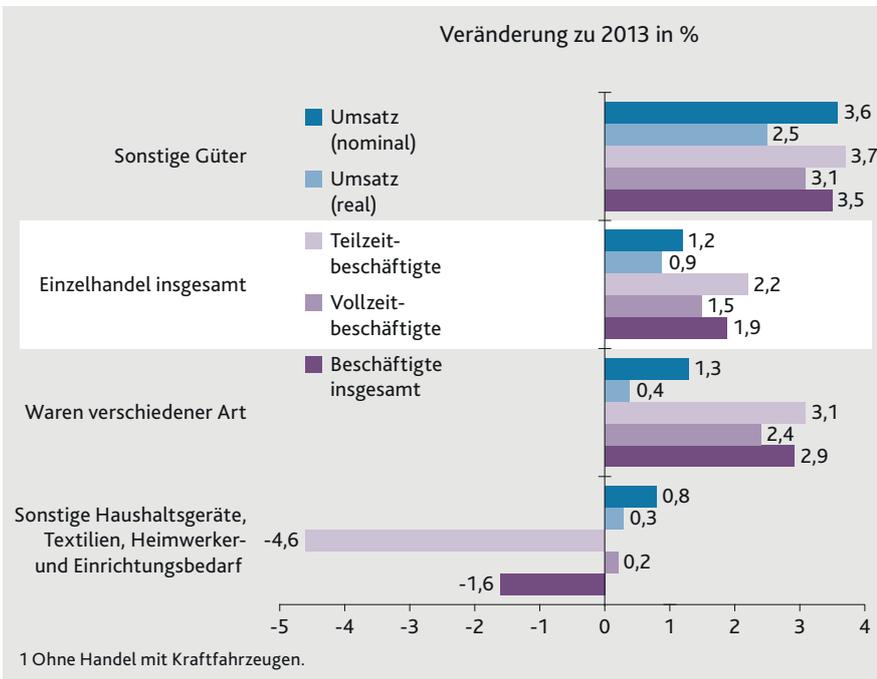
Einzelhandel 2014 mit Umsatz- und Beschäftigtenplus

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte im Jahr 2014 mehr um als im Jahr 2013. Nach vorläufigen Berechnungen lag der Umsatz zu jeweiligen Preisen (nominal) um 1,2 Prozent über dem Vorjahreswert. Real, unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, nahm der Umsatz um 0,9 Prozent zu. Deutschlandweit stieg der Einzelhandelsumsatz im Jahr 2014 nominal um 1,8 und real um 1,5 Prozent.

Im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, war eine Umsatzzunahme von nominal 1,3 und real 0,4 Prozent zu beobachten. Dagegen verzeichnete der Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik nominal ein Minus von 1,3 Pro-

zent. Dass die reale Umsatzentwicklung mit +3,2 Prozent deutlich besser ausfiel, ist auf den anhaltenden Preisverfall in diesem Segment zurückzuführen. Im Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf war mit einem Plus von nominal 0,8 bzw. real 0,3 Prozent lediglich eine geringfügige Veränderung der Umsätze zu verzeichnen. Der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren konnte seine Umsätze nominal zwar um 1,1 Prozent steigern, preisbereinigt gingen sie jedoch um 0,4 Prozent zurück. Beim Einzelhandel mit sonstigen Gütern, zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, lag der Umsatz nominal um 3,6 und real um 2,5 Prozent über den Werten des Jahres 2013. Zweistellige Zuwachsraten (nominal und real rund 15 Prozent) verbuchte der Versand- und Internethandel.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel¹ 2014 nach Wirtschaftszweigen



Die überwiegend positive Umsatzentwicklung wirkte sich auch auf die Beschäftigung im rheinland-pfälzischen Einzelhandel aus. Die Gesamtzahl der Beschäftigten lag im Jahr 2014 um 1,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Dabei stieg die Zahl der Vollzeitkräfte um 1,5 Prozent und die Zahl der Teilzeitkräfte um 2,2 Prozent.

Gastgewerbe 2014 – Mehr Umsatz und Beschäftigte

Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe legten im Jahr 2014 zu. Nach vorläufigen Berechnungen stiegen die Umsätze nominal, also zu jeweiligen Preisen, um drei Prozent. Real lagen sie um 0,8 Prozent über denen des Vorjahres. Deutschlandweit nahmen die Gastgewerbeumsätze nominal um 3,2

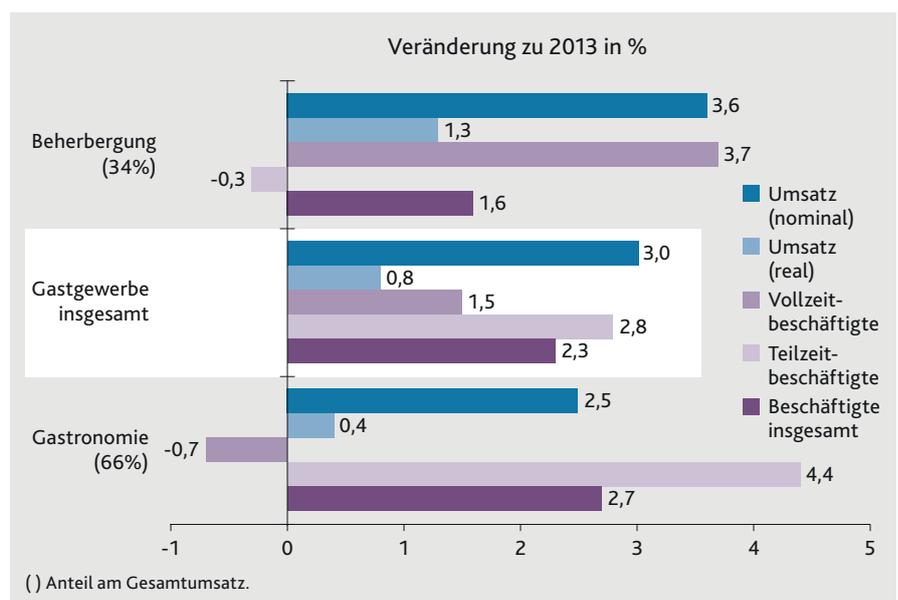
Prozent zu, preisbereinigt stiegen sie um ein Prozent an.

In der Gastronomie, in der zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze erwirt-

schaftet werden, fielen die Zahlen nominal um 2,5 und real um 0,4 Prozent höher aus als im Vorjahr. Dabei verzeichnete die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, nominal einen Zuwachs um ein Prozent, was preisbereinigt einem Minus von 1,2 Prozent entsprach. Die Umsätze der Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen stiegen hingegen um 3,6 Prozent nominal und um 1,8 Prozent real. Das rheinland-pfälzische Beherbergungsgewerbe setzte 2014 nominal 3,6 und preisbereinigt 1,3 Prozent mehr um als im Vorjahr.

Die positive Umsatzentwicklung spiegelte sich auch in den Beschäftigtenzahlen wider. Insgesamt nahm deren Zahl im Jahr 2014 um 2,3 Prozent zu. Dabei stieg die Zahl der Vollzeitkräfte um 1,5 und die der Teilzeitkräfte um 2,8 Prozent an.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2014 nach Wirtschaftszweigen



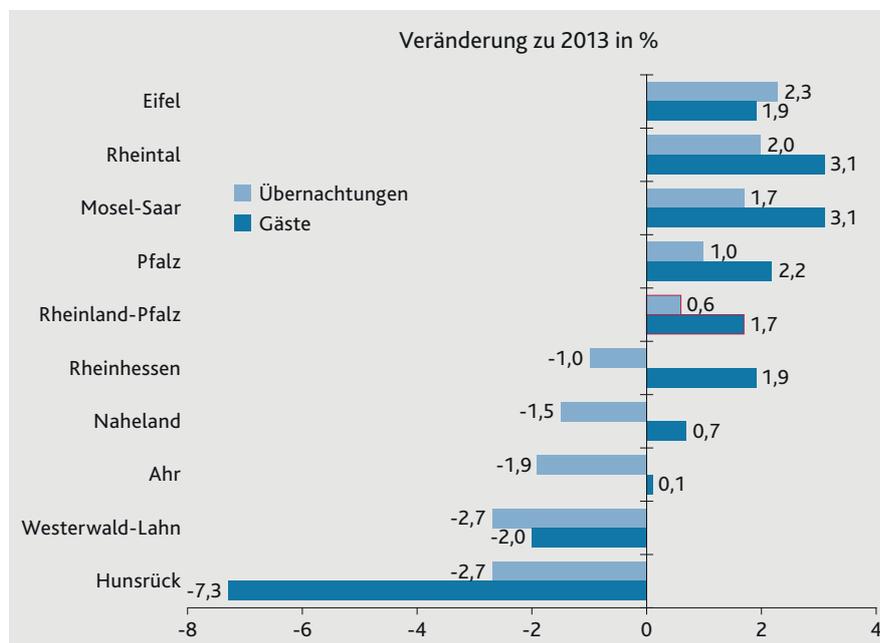
Tourismus 2014 mit neuem Gästerekord – Übernachtungszahlen legen ebenfalls zu

Der rheinland-pfälzische Tourismus verzeichnete 2014 ein Rekordergebnis bei den Gästezahlen. Mehr als 9,1 Millionen Gäste übernachteten im Land. Das war gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 1,7 Prozent. Das sehr gute Ergebnis aus dem Jahr 2011 – damals fand die Bundesgartenschau in Koblenz statt – wurde um über 35 000 Gäste übertroffen. Die Besucherinnen und Besucher blieben jedoch im Durchschnitt etwas kürzer. Sie buchten insgesamt fast 24,4 Millionen Übernachtungen, das waren 0,6 Prozent mehr als im Jahr 2013.

Vier der neun Tourismusregionen – Eifel, Rheintal, Mosel-Saar und Pfalz – wiesen eine positive Entwicklung des Gäste- und Übernachtungsaufkommens aus. Dagegen nahmen in Rheinhessen, im Naheland und an der Ahr zwar die Besucherzahlen zu, die Zahl der Übernachtungen ging jedoch zurück. In den Gebieten Westerwald-Lahn und Hunsrück waren beide Werte rückläufig, wobei der Hunsrück von einem starken Nachfragerückgang insbesondere in der Region um den Flughafen Hahn betroffen war.

Ein höheres Gäste- und Übernachtungsaufkommen als im Vorjahr wurde im Campingtourismus sowie in Pensionen und in Hotels registriert. Hotels garnis verbuchten ein Gästeplus bei nahezu unveränderten Übernachtungszahlen. Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe,

Übernachtungen und Gäste 2014 nach Tourismusregionen



Ferienhäuser und Ferienwohnungen, Gasthöfe, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime wiesen zwar ein erhöhtes Gästeaufkommen aus; die Übernachtungszahlen gingen hier jedoch zurück. In die großen Feriententren kamen etwas weniger Gäste, die Übernachtungszahlen stiegen hingegen leicht an. Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen verzeichneten ein Minus bei Gästen und Übernachtungen.

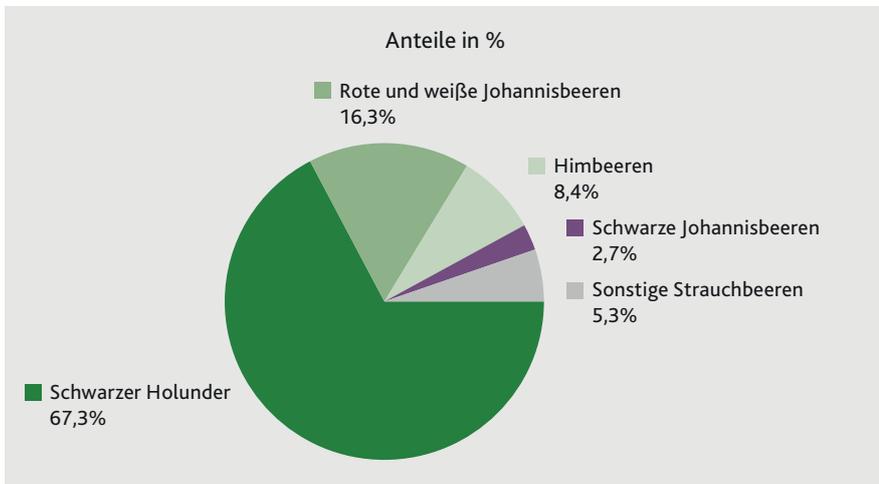
Über sieben Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz. Das waren 2,1 Prozent mehr als im Jahr 2013. Die Zahl ihrer Übernachtungen lag bei über 18,5 Millionen und stieg damit um 0,5 Prozent. Dagegen war die Zahl der Gäste aus dem Ausland mit mehr als zwei Millionen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die ausländischen Gäste buchten gut 5,8 Millionen Übernachtungen (+0,9 Prozent). Die Niederländerinnen und Niederländer lagen mit knapp 2,8 Millionen Übernachtungen an der Spitze.

Rund 1 000 Tonnen Strauchbeeren geerntet – Holunder bei Anbaufläche und Erntemenge bestimmend

Im Jahr 2014 bauten 43 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 263 Hektar Strauchbeeren an. Sie produzierten rund 1 000 Tonnen, wobei gut die Hälfte der Erntemenge auf Holunderbeeren entfielen. Die Erntemenge entspricht etwa der des Jahres 2013. Holunder hat mit 177 Hektar die größte Anbaufläche, gefolgt von Johannisbeeren mit 50 Hektar und Himbeeren mit 22 Hektar.

Anbaufläche von Strauchbeeren 2014 nach Arten



Der Anbau von Strauchbeeren stellt für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ein Nischenprodukt dar. Rheinland-Pfalz rangierte im Jahr 2013 – gemessen an der Anbaufläche – auf Rang acht der Länder. Spitzenreiter war Niedersachsen mit über 1800 Hektar.

Strauchbeerenflächen von weniger als zwei Hektar bewirtschafteten 27 der 43 Betriebe. Die von diesen Betrieben genutzte Fläche betrug insgesamt rund 27 Hektar. Die vier größten Betriebe, die auf jeweils mehr als zehn Hektar Strauchbeeren ernten, vereinigten über 185 Hektar der Erzeugerflächen auf sich.

Immer weniger Rinderhaltungen – Zahl der Schweine und Schafe rückläufig

Im November 2014 wurden in Rheinland-Pfalz rund 5 400 Rinderhaltungen mit insgesamt 368 200 Tieren registriert. Das bedeutet gegenüber der Erhebung im November 2013

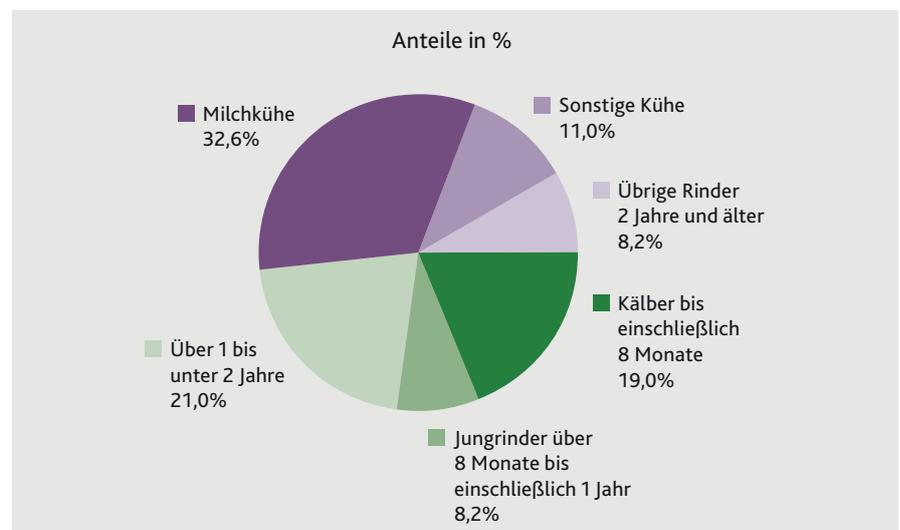
eine Abnahme bei den Haltungen von 2,7 Prozent. Der Bestand wuchs gleichzeitig um 1,3 Prozent. Bundesweit war im gleichen Zeitraum eine Zunahme des Rinderbestandes um 0,4 Prozent auf gut 12,7 Millionen Tiere festzustellen, die in 154 900 Haltungen standen (–1,9 Prozent). Der rheinland-pfälzische Anteil am deutschen Rinderbestand beläuft sich auf 2,9 Prozent.

Die Schweinehaltung verliert in Rheinland-Pfalz immer mehr an Bedeutung. Die Zahl der Schweine, die in 300 Betrieben standen, sank im Zeitraum von November 2013 zu November 2014 geringfügig auf 203 900. Von Mai 2004 bis November 2014 ging der Bestand um 37 Prozent zurück. Der Schweinebestand in Deutschland nahm binnen eines Jahres um 0,4 Prozent auf 28,2 Millionen Tiere zu. Damit verringerte sich der rheinland-pfälzische Anteil auf 0,7 Prozent.

Der in 500 Betrieben gehaltene Schafbestand ging um 2,4 Prozent auf 62 900 Tiere zurück. Bundesweit gab es bei den Schafen eine Zunahme um 1,8 Prozent auf knapp 1,6 Millionen Tiere. Rheinland-Pfalz kam damit auf einen Anteilswert von 3,9 Prozent.

Im November 2014 entfiel ein Drittel des Rinderbestandes auf Milchkühe (119 900 Tiere). Im Vorjahresvergleich stieg ihre Zahl um 0,4 Prozent.

Rinderbestand am 3. November 2014 nach Altersklassen



Der Bestand der sonstigen Kühe, z. B. Ammen- und Mutterkühe, nahm um 1,3 Prozent auf 40 400 Tiere zu. Ein weiteres Viertel (27 Prozent) des Rinderbestandes stellten die Kälber und Jungrinder mit einem Alter bis zu einem Jahr. Auf die Altersklasse zwischen einem Jahr und zwei Jahren entfielen 21 Prozent des Bestandes.

In der Schweinehaltung verzeichnete der Ferkelbestand einen Rückgang von 7,5 Prozent auf 57 600 Tiere. Die Jungschweine wiesen demgegenüber eine Zunahme von 7,9 Prozent auf 45 100 Tiere auf. Der Mastschweinebestand erhöhte sich geringfügig auf 86 600 Tiere. Der Bestand an Zuchtschweinen nahm um 3,2 Prozent auf 14 600 Tiere ab.

Den größten Teil des rheinland-pfälzischen Schafbestandes machten mit 70 Prozent die zur Zucht gehaltenen weiblichen Schafe aus (44 200 Tiere). Ihr Bestand sank gegenüber November 2013 um 6,1 Prozent.

Auf die Schafe in einem Alter unter einem Jahr entfielen 27 Prozent des Gesamtbestandes. Ihre Zahl nahm um zehn Prozent auf 17 200 Tiere zu.

Fachschulen bilden deutlich mehr Fachkräfte für die Bereiche Erziehung und Altenpflege aus

Im laufenden Schuljahr 2014/15 werden derzeit 14 196 Schülerinnen und Schüler an den 71 Fachschulen im Land ausgebildet. Das sind 3,6 Prozent mehr als 2013/14 und 29 Prozent mehr als 2009/10.

Der größte Teil des Anstiegs der vergangenen fünf Jahre geht auf die Zuwächse in den Bildungsgängen der Bereiche „Erziehung“ (+74 Prozent) und „Altenpflege“ (+42 Prozent) zurück. So werden aktuell insgesamt 5 035 Schülerinnen und Schüler für den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers ausgebildet, 2 144 mehr als fünf Jahre zuvor. In den Altenpflege-

berufen gab es im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von insgesamt 1 022 Schülerinnen und Schülern auf nunmehr 3 462. Mit ihrem Abschluss werden diese angehenden Fachkräfte vermutlich gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Nach Analysen der Bundesagentur für Arbeit besteht für examinierte Altenpflegerinnen und Altenpfleger ein deutschlandweiter Fachkräftemangel. Für Rheinland-Pfalz lassen die Daten der Bundesagentur auch bei Erzieherinnen und Erziehern auf einen Fachkräftemangel schließen. In den Jahren 2013 und 2014 standen hundert gemeldeten Stellen für Erzieherinnen und Erzieher durchschnittlich lediglich 60 Arbeitssuchende mit entsprechender Qualifikation gegenüber.

Insgesamt sank die Schülerzahl an den 135 berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Im aktuell laufenden Schuljahr 2014/15 lernen dort 123 160 Schülerinnen und Schüler.

Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 2004/05–2014/15 nach Schulformen



Das sind 0,6 Prozent weniger als 2013/14 und sieben Prozent weniger als 2009/10. Den größten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr erzielten die Fachoberschulen (+23 Prozent), den größten Rückgang die dualen Berufsoberschulen (-13 Prozent). Eine wesentliche Bedeutung kommt weiterhin, trotz gegenüber 2013/14 rückläufiger Schülerzahlen, den Berufsschulen zu. An diesen Einrichtungen absolvieren zurzeit 70 624 Schülerinnen und Schüler den schulischen Teil der Dualen Ausbildung (-2,5 Prozent), weitere 2 415 ein Berufsvorbereitungsjahr (+8,1 Prozent).

Studium ohne Abitur – Mehr beruflich Qualifizierte an Hochschulen

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen waren im Wintersemester 2013/14 insgesamt 1 079 Frauen und 926 Männer eingeschrieben, die ihre

Hochschulzugangsberechtigung nicht auf schulischem Wege, sondern über eine berufliche Ausbildung bzw. eine entsprechende Tätigkeit erlangt hatten. Das waren annähernd zweieinhalb mal so viele wie fünf Jahre zuvor (+144 Prozent).

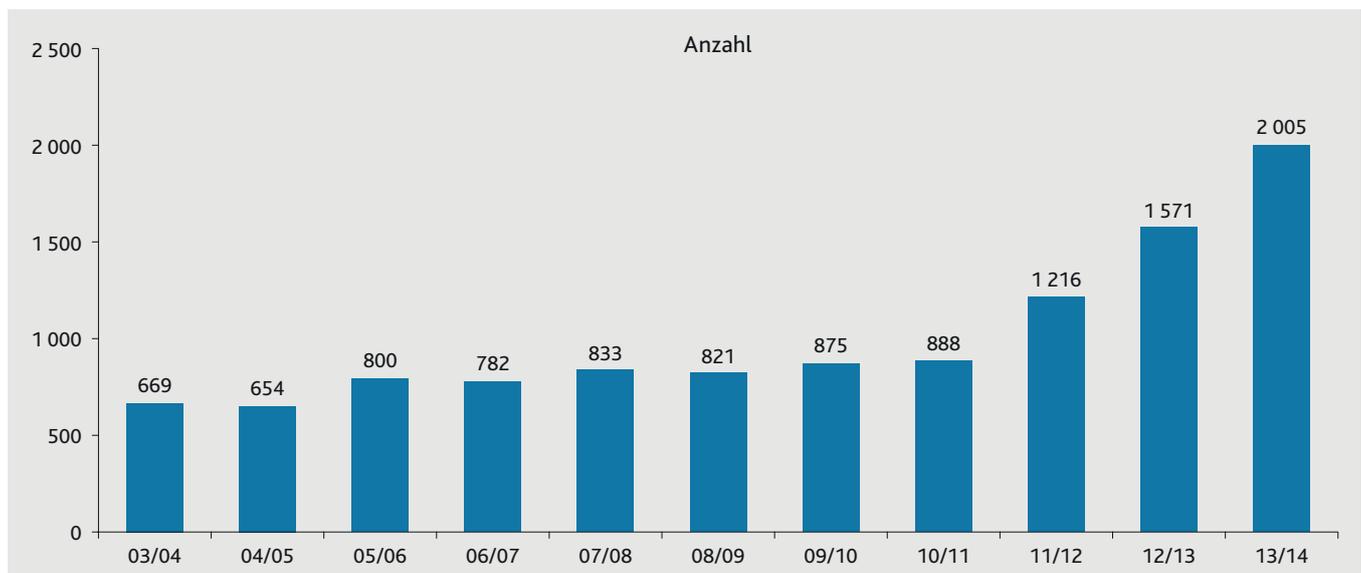
Der Anteil der beruflich Qualifizierten an allen Studierenden war mit 1,6 Prozent allerdings noch immer relativ gering (2008/09: 0,8 Prozent). Am höchsten war er mit jeweils 6,5 Prozent an der Hochschule Koblenz und an der Philosophisch Theologischen Hochschule Vallendar. Zudem gab es bestimmte Studiengänge, in denen Studierende ohne schulisch erlangte Hochschulzugangsberechtigung relativ stark vertreten waren. Hierzu gehörten die Studiengänge „Pflegepädagogik“ (49 Prozent), „Soziale Arbeit – berufsintegriert“ (46 Prozent) sowie „Bildungs- und Sozialmanagement“ (42 Prozent).

Insgesamt lässt sich eine Fokussierung der insgesamt 2 005 Quereinsteigerinnen und -einsteiger auf bestimmte Studienbereiche feststellen. Über die Hälfte von ihnen absolvierte ein Fach aus den Bereichen „Wirtschaftswissenschaften“ (393), „Sozialwesen“ (385), „Erziehungswissenschaften“ (201) sowie „Maschinenbau und Verfahrenstechnik“ (162).

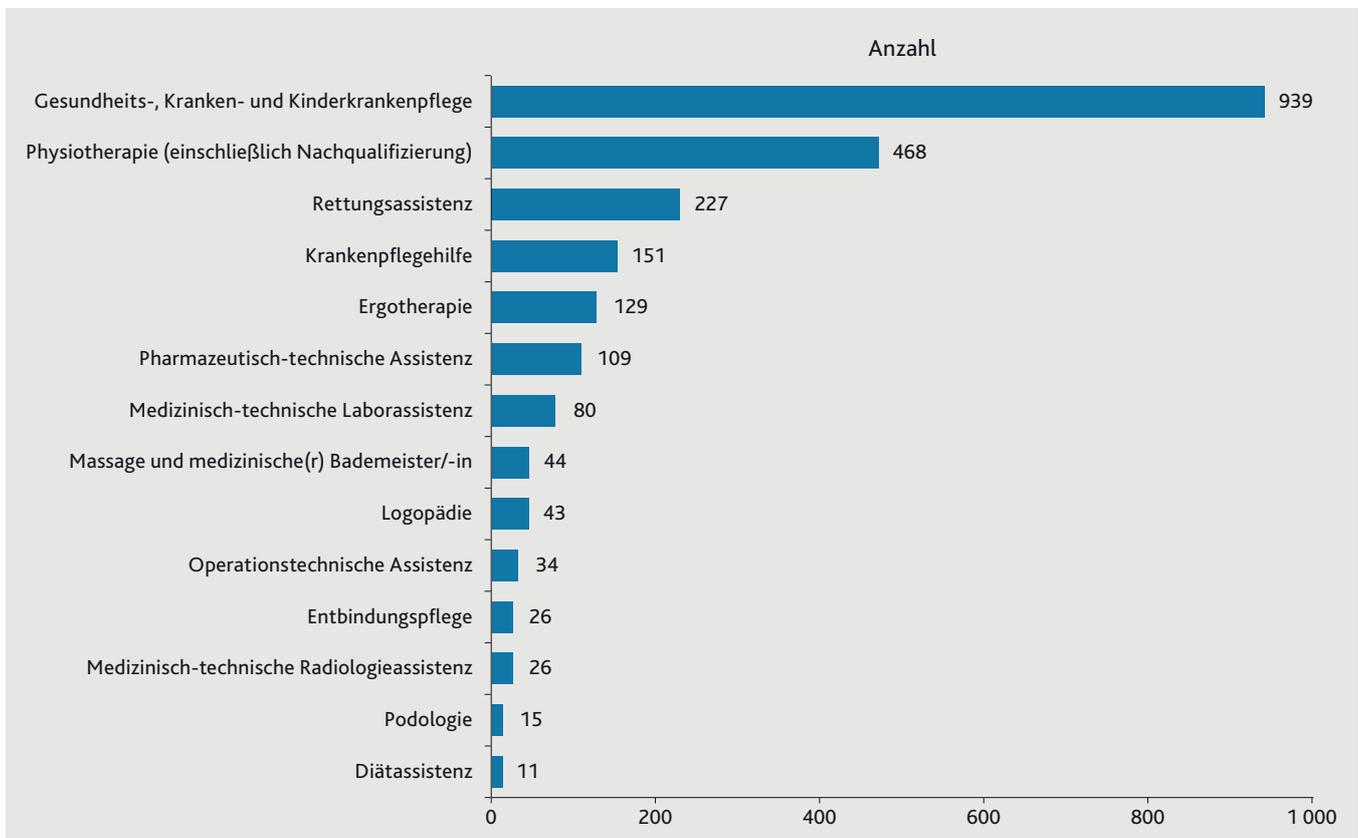
Schulen des Gesundheitswesens bildeten 2 300 neue Fachkräfte aus

An den Schulen des Gesundheitswesens bestanden in der Zeit von Oktober 2013 bis Oktober 2014 insgesamt 2 302 Personen die Abschlussprüfung in einem Gesundheitsfachberuf. Das waren etwas weniger als im Vorjahreszeitraum (-3,6 Prozent). Die weit aus meisten Absolventinnen und Absolventen gab es in den Berufen „Gesundheits- und Kranken- bzw. Kinderkrankenpflege“ (939), „Physio-

Beruflich qualifizierte Studierende in den Wintersemestern 2003/04–2013/14



Absolventen/-innen an Schulen des Gesundheitswesens von Oktober 2013 bis Oktober 2014 nach Bildungsgängen



therapie" (468) und „Rettungsassistenten" (227). Mehr als drei Viertel der neuen Fachkräfte waren weiblich (76 Prozent). Die Erfolgsquote lag bei 86 Prozent.

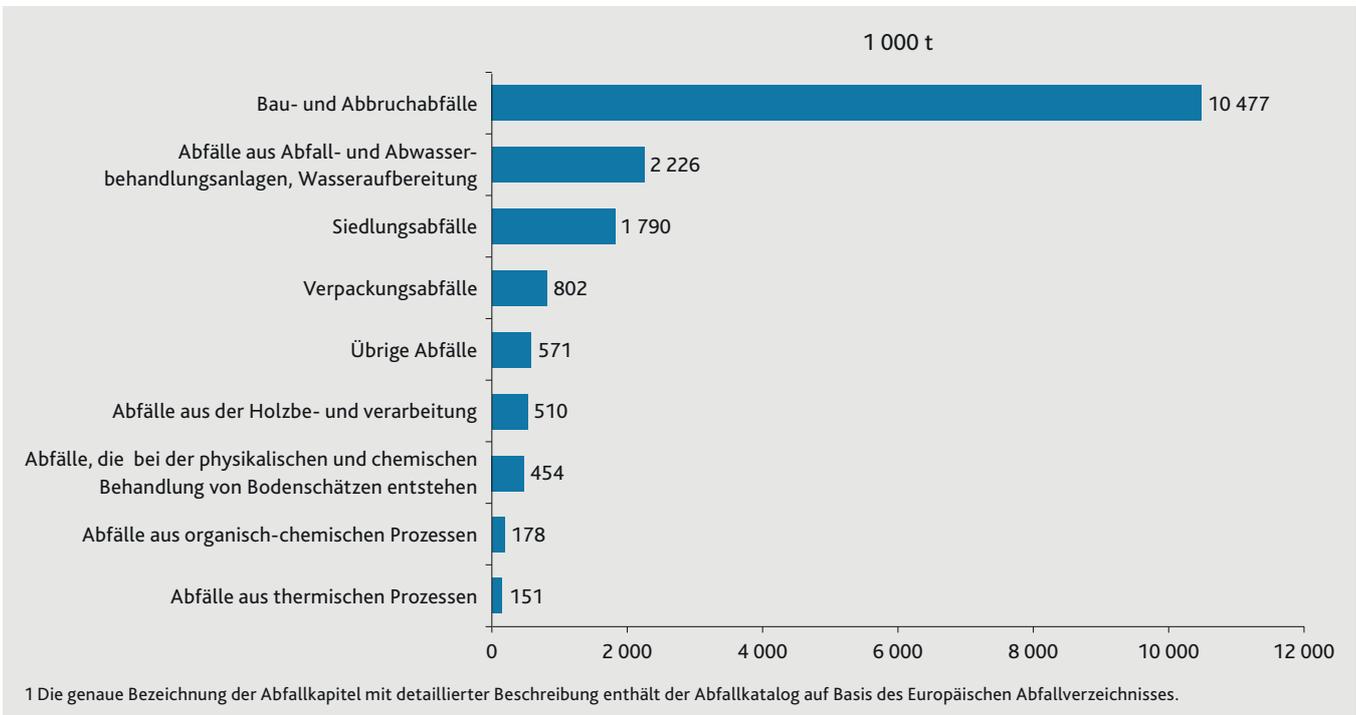
Nicht alle Auszubildenden an den Schulen des Gesundheitswesens schafften es bis zur Abschlussprüfung. In der Zeit von Oktober 2013 bis Oktober 2014 wurden insgesamt 787 Ausbildungen vorzeitig abgebrochen. Als Ursache für den Abbruch wurden am häufigsten fachliche (48 Prozent) und relativ selten finanzielle Gründe (4,3 Prozent) genannt. Mehr als zwei Drittel der Abbrüche erfolgten bereits im ersten Ausbildungsjahr (68 Prozent).

Erhöhtes Abfallaufkommen – Bau- und Abbruchabfälle dominieren

Die rheinland-pfälzischen Abfallentsorgungsanlagen nahmen im Jahr 2013 knapp 17,2 Millionen Tonnen Abfälle entgegen, das waren neun Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Rund 61 Prozent der Abfallmenge entfielen auf Bau- und Abbruchabfälle (10,5 Millionen Tonnen). Gegenüber dem Jahr 2012 stellt das einen Anstieg von sechs Prozent oder 580 000 Tonnen dar. Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser

für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke (2,2 Millionen Tonnen) umfassten 13 Prozent der Abfallmenge. Auch sie wiesen gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Zuwachs von 16 Prozent bzw. 310 000 Tonnen auf. Den Siedlungsabfällen (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle) waren 1,8 Millionen Tonnen zuzurechnen. Dies entspricht zehn Prozent der gesamten Abfallmenge. Diese drei Abfallarten vereinigen somit rund 85 Prozent der von den rheinland-pfälzischen Anlagen angenommenen Abfälle auf sich. Einen deutlichen Mengenzuwachs wiesen Abfälle auf, die beim Aufsuchen,

An Abfallentsorgungsanlagen angelieferte Abfallmenge 2013 nach Abfallkapiteln¹

Ausbeuten und Gewinnen sowie bei der physikalischen und chemischen Behandlung von Bodenschätzen entstehen. Hier wurden 2013 über 450 000 Tonnen gemeldet. In den Vorjahren machte diese Abfallfraktion nur Mengen in Größenordnung von 20 000 bis 30 000 Tonnen aus. Zurückzuführen ist diese Entwicklung u. a. auf die Erschließung und Erweiterung bestehender Abbaustätten.

Die größte Abfallmenge nahmen die Anlagen zur Verfüllung bergbaufremder Abfälle in übertägigen Abbaustätten an (4,3 Millionen Tonnen). Auf diesen Anlagentyp entfiel fast ein Viertel der gesamten Abfälle. Bauschuttaufbereitungsanlagen nahmen knapp ein Fünftel der Abfälle an. Die Sortieranlagen, Deponien und in Deponiebaumaßnahmen kamen

jeweils auf gut sieben Prozent der Abfälle. Es folgten die reinen Abfallverbrennungsanlagen des Landes mit 6,8 Prozent vor den Feuerungsanlagen mit der energetischen Verwertung der Abfälle (6,2 Prozent).

Zahl der Verkehrstoten auf Vorjahresniveau

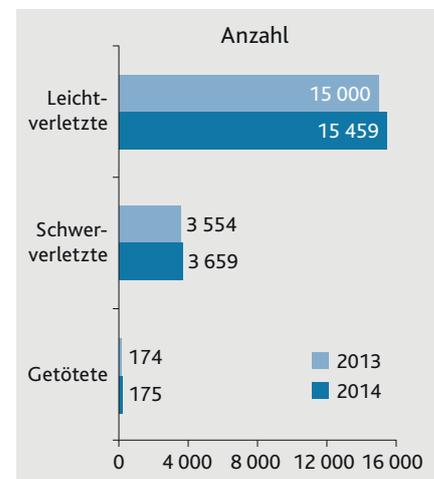
Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren im Jahr 2014 insgesamt 175 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben war dies ein tödlich Verunglückter mehr als 2013, dem Jahr, in dem der bisher niedrigste Stand seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik registriert wurde.

Die Zahl der Schwerverletzten stieg um knapp drei Prozent auf 3 659.

Leicht verletzt wurden 15 459 Personen und damit 3,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Insgesamt registrierte die Polizei 131 253 Verkehrsunfälle und damit 0,9 Prozent weniger als im Jahr 2013.

Verunglückte im Straßenverkehr 2013 und 2014



Verbraucherpreise im Februar 2015

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im Februar den zweiten Monat in Folge unter dem Vorjahresniveau (-0,1 Prozent).

Erneut waren es die im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunkenen Energiepreise (-7 Prozent), die für diese Entwicklung verantwortlich waren. Heizöl (-21 Prozent) und Kraftstoffe (-12 Prozent) verbilligten sich deutlich. Preisrückgänge gab es auch bei Strom (-0,5 Prozent), Gas (-1,5 Prozent) sowie Fernwärme (-2,8 Prozent).

Auch bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken war eine rückläufige Preisentwicklung zu beobachten (-0,7 Prozent). Vor allem Speisefette und -öle (-11 Prozent), aber auch Molkereiprodukte und Eier (-2,9 Prozent),

Fleisch und Fleischwaren (-2,5 Prozent) sowie Fische, Fischwaren und Meeresfrüchte (-2,4 Prozent) verbilligten sich. So sanken z. B. die Preise für Butter um 22 Prozent und für frische Milch um zwölf Prozent.

Ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln wäre der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat um ein Prozent gestiegen.

Im Vergleich zum Januar 2015 stieg der Verbraucherpreisindex um 0,9 Prozent. Neben saisonal bedingten Preissteigerungen für „Freizeit, Unterhaltung, Kultur“ (+4,1 Prozent); sowie „Bekleidung und Schuhe“ (+1,2 Prozent) stiegen auch die Preise bei „Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken“ (+0,2 Prozent).

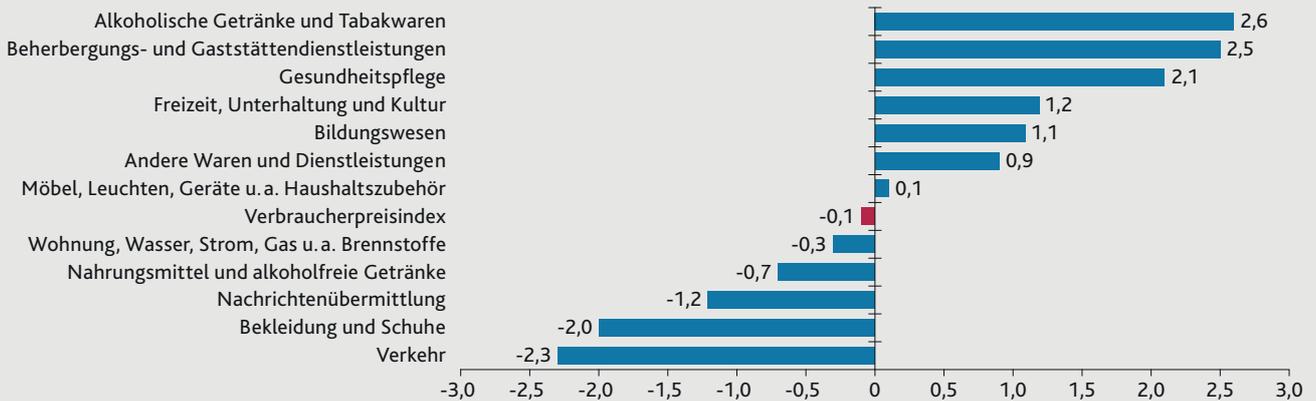
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2015

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Februar 2014 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



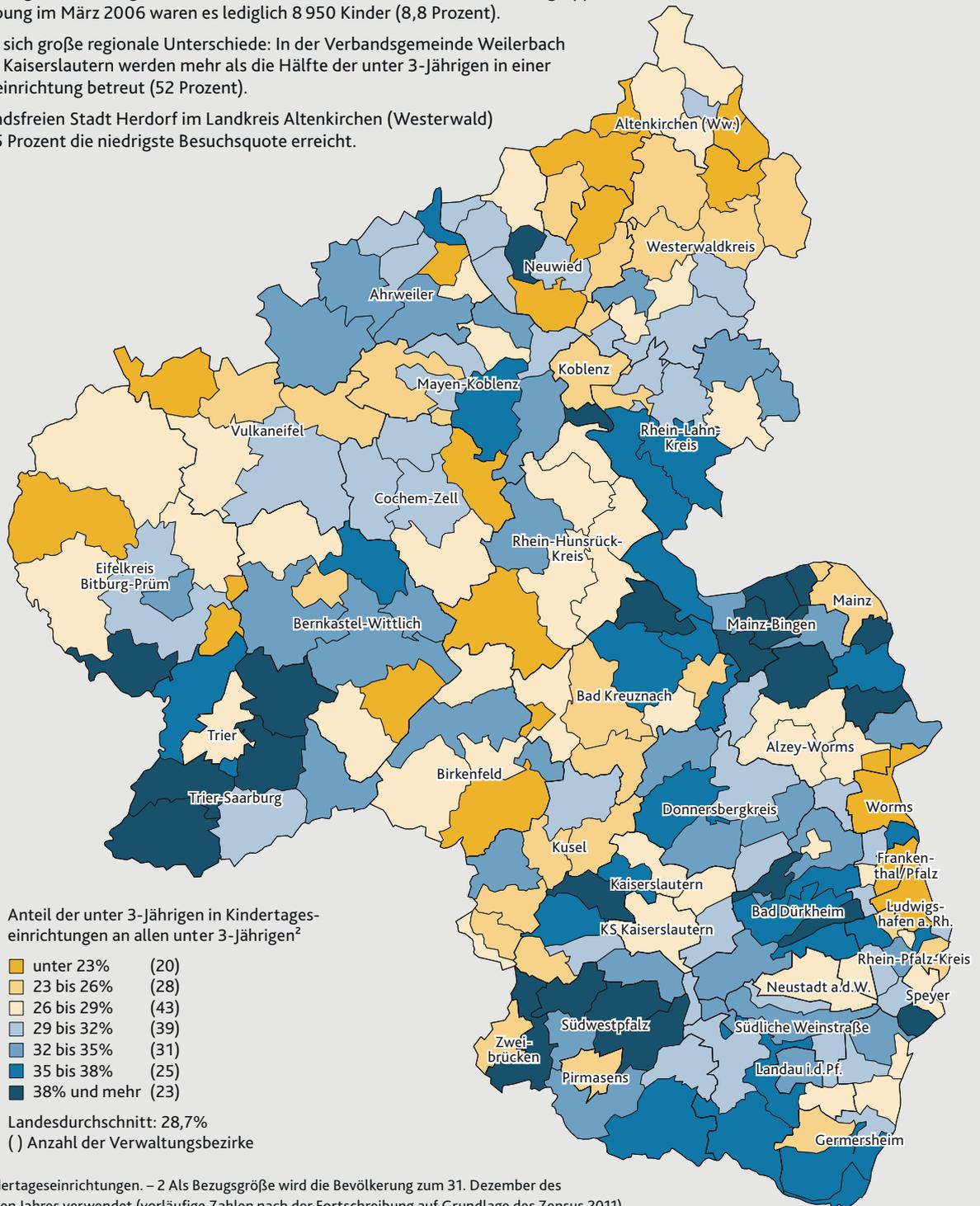
Besuchsquote¹ unter 3-Jähriger am 1. März 2014 nach Verwaltungsbezirken

Erheblicher Anstieg der Besuchsquote bei den unter 3-Jährigen

Zum Stichtag 1. März 2014 gingen insgesamt 27 480 Jungen und Mädchen unter drei Jahren in eine Kindertageseinrichtung, das waren rund 29 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe. Bei der Erhebung im März 2006 waren es lediglich 8 950 Kinder (8,8 Prozent).

Dabei zeigen sich große regionale Unterschiede: In der Verbandsgemeinde Weilerbach im Landkreis Kaiserslautern werden mehr als die Hälfte der unter 3-Jährigen in einer Kindertageseinrichtung betreut (52 Prozent).

In der verbandsfreien Stadt Herdorf im Landkreis Altenkirchen (Westerwald) wird mit 13,5 Prozent die niedrigste Besuchsquote erreicht.



Verbraucherpreise 2014

Inflationsrate im Jahresdurchschnitt unter einem Prozent



Von Bettina Link

Die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik zählen zu den bekanntesten und meist beachteten in der amtlichen Statistik. Sie sind von elementarer Bedeutung für die Beurteilung inflationärer Tendenzen, dienen als Orientierungsmaßstab (etwa bei Tarifverhandlungen oder in vertraglichen

Vereinbarungen über die Höhe von wiederkehrenden Zahlungen) sowie zur Preisbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Im Durchschnitt des Jahres 2014 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 0,9 Prozent über dem Vorjahresniveau und damit deutlich unter dem Wert von 2013 (+1,4 Prozent). Der Jahresverlauf war geprägt von tendenziell sinkenden Teuerungsraten. Der höchste Wert des Jahres wurde mit +1,3 Prozent in den Monaten Januar und April erreicht, der tiefste mit +0,2 Prozent im Dezember.

Die Berechnung des Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz bzw. für Deutschland (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder berechnen den Verbraucherpreisindex für Deutschland und die einzelnen Länder monatlich.

Zu diesem Zweck erheben in Rheinland-Pfalz 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes die Preise für rund 700 Waren und Dienstleistungen in elf Berichtsgemeinden mit mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser). Insgesamt werden monatlich rund 20 000 Einzelpreise erhoben. Hinzu kommen Auswertungen von Katalogen, Tarifwerken, Gebührenordnungen sowie Internetangeboten.

Rund 20 000
Preise werden
monatlich
erhoben

Der Verbraucherpreisindex unterstützt Politik, Wirtschaft und auch private Nutzerinnen und Nutzer in ihrer Entscheidungsfindung. So wird er beispielsweise im Rahmen

von Tarifverhandlungen genutzt. Private Verträge mit Wertsicherungsklauseln basieren ebenfalls auf der Entwicklung des Index. Zudem wird die Teuerungsrate für eine Reihe weiterer Statistiken, z. B. für die Deflationierung der privaten Konsumausgaben in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, verwendet.

VPI ist wichtiger Indikator zur Messung der Geldwertstabilität

Als Inflationsmaßstab dient der Verbraucherpreisindex zur Messung der Geldwertstabilität. Daran sind besonders die Ministerien, die Zentralbanken, Wirtschaftsforschungsinstitute, Wissenschaft und Forschung sowie die Medien interessiert.

Warenkorb des Verbraucherpreisindex bildet Verbrauchsstruktur ab

EVS und LWR als Grundlage des Warenkorbs des VPI

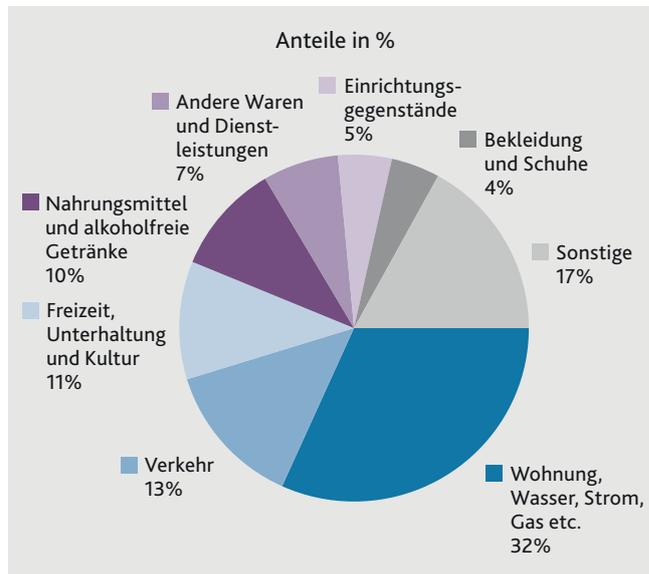
Die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die ihnen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Hierzu wird eine Verbrauchsstruktur, das sogenannte Wägungsschema, auf der Grundlage der Ausgaben der privaten Haushalte für die Käufe von Waren und Dienstleistungen bestimmt.¹ Die Höhe und Struktur der Ausgaben werden durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) ermittelt.

Nach dem zurzeit gültigen Wägungsschema werden im Durchschnitt 32 Prozent des Haushaltsbudgets für Ausgaben rund ums Wohnen aufgewendet. Der Ausgabenanteil für Verkehr liegt bei 13 Prozent, während der Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ mit elf Prozent zu Buche schlägt. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke machen

¹ Detaillierte Informationen zum Wägungsschema: Statistisches Bundesamt: Verbraucherpreisindex für Deutschland. Wägungsschema für das Basisjahr 2010. Wiesbaden 2013.

G1

Warenkorb im Basisjahr 2010 nach Güter- und Dienstleistungsgruppen



ein Zehntel der Verbrauchsausgaben aus und für Bekleidung und Schuhe wendet ein durchschnittlicher Haushalt in Rheinland-Pfalz vier Prozent seines Budgets auf.

Basisjahr der Berechnung ist 2010

Die Berechnung des Verbraucherpreisindex erfolgt mit Hilfe der Laspeyres-Formel. Diese Methode geht auf den deutschen Nationalökonom und Statistiker Etienne Laspeyres (1834–1913) zurück. Der Berechnung des Preisindex liegen die Gewichte (d. h. die Verbrauchsmengen) des Basisjahres zu Grunde. Mit dem Index wird der Preis eines Warenkorbs in der Zusammensetzung des Basisjahres zu Güterpreisen des Berichtsjahres bezogen auf den Preis des gleichen Warenkorbs zu Güterpreisen des Basisjahres ermittelt. Eine Überarbeitung des Verbraucherpreisindex erfolgt im Turnus von fünf Jahren. Im Januar 2013 erfolgte die Umstellung von der Basis 2005 auf das Basisjahr 2010. Damit verbunden war eine Neuberechnung der Ergebnisse

ab Januar 2010. Die Nutzerinnen und Nutzer der Preisdaten erhalten so Zeitreihen, die über eine Spanne von mindestens drei Jahren unbeeinträchtigt von strukturellen oder methodischen Änderungen interpretiert werden können. Im Mittelpunkt der Überarbeitung des Verbraucherpreisindex steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die Waren und Dienstleistungen: Die Anteile der Ausgaben für die verschiedenen Waren- und Dienstleistungsgruppen werden den veränderten Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte angepasst. Bis zur nächsten turnusmäßigen Überarbeitung bleibt das neue Wägungsschema konstant. Demgegenüber kann die Auswahl der konkreten Waren und Dienstleistungen für die Preiserhebung auch zwischen den Revisionsterminen angepasst werden (z. B. bei Wegfall von Produkten oder Berichtsstellen, Auftreten neuer Produkte oder Berichtsstellen mit schnell wachsender Verbrauchsbedeutung). Die nächste

turnusmäßige Umstellung erfolgt voraussichtlich im Januar 2018 auf das Basisjahr 2015. Ergebnisse für das Jahr 2014 werden im Folgenden mit Bezug auf das Basisjahr 2010 dargestellt.

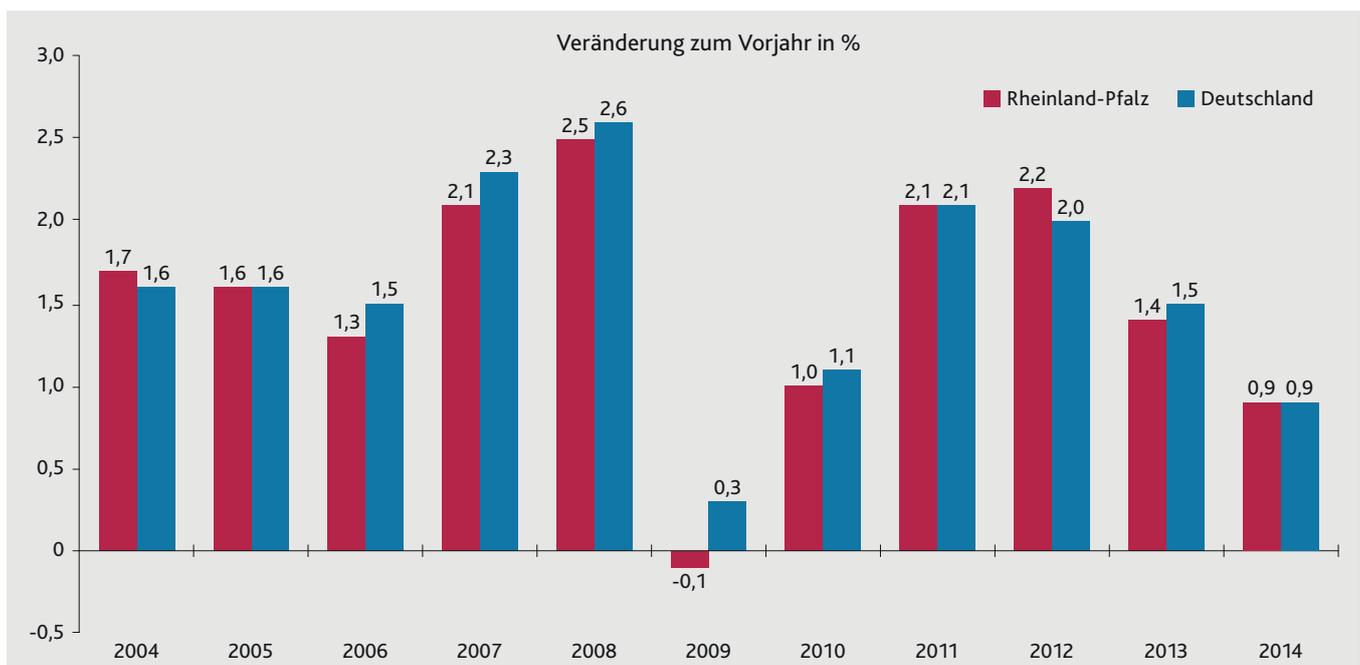
Wahrgenommene Inflation kann vom gemessenen Verbraucherpreisindex abweichen

Durch eine sorgfältige Stichprobenauswahl ist gewährleistet, dass die Konsumlandschaft realistisch abgebildet wird. Die „wahrgenommene Teuerung“ dürfte allerdings für viele Menschen von der durch die amtliche Statistik berechneten Teuerungsrate abweichen. So entspricht der mit der Teuerungsrate wiedergegebene Durchschnittswert häufig nicht dem, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen.

Das Wägungsschema ist repräsentativ für einen durchschnittlichen Haushalt. Den

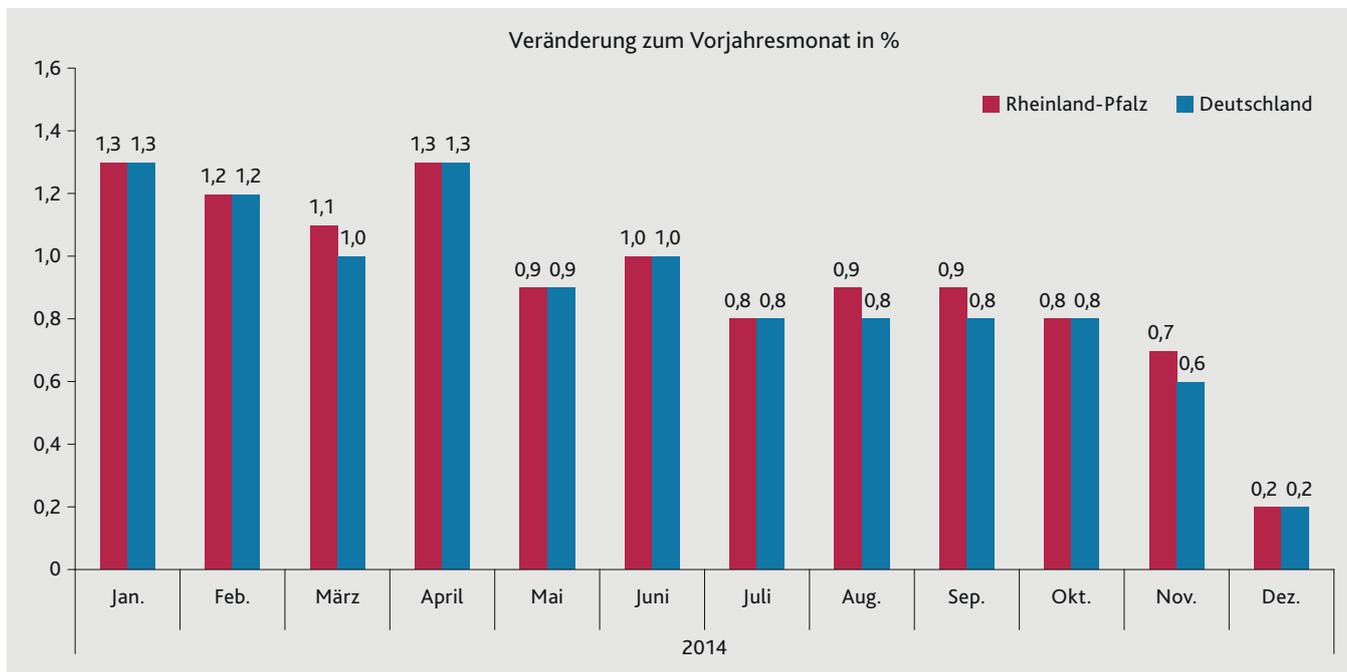
G 2

Durchschnittliche Teuerungsraten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014



G 3

Durchschnittliche Teuerungsraten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach Monaten



Individuelle Teuerungsrate kann vom Durchschnitt abweichen

durchschnittlichen Konsumenten gibt es jedoch nur in der Theorie. Die amtlich berechnete Teuerung lässt sich daher nicht direkt auf die eigene Situation übertragen. Wer z. B. kein Kraftfahrzeug hat, wird auch kein Geld für Benzin ausgeben – Kraftstoffe gehören aber zum Warenkorb der Preisstatistik. Die Inflationsrate eines einzelnen Haushalts hängt somit in starkem Maße vom individuellen Konsumverhalten ab, d. h. davon, wie viel Geld er für welche Güter ausgibt.²

Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent gestiegen

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz ist im Jahresdurchschnitt 2014 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent gestiegen. Die Teuerungsrate lag damit deutlich unter

dem Vorjahreswert (+1,4 Prozent) und unter dem für die Geldpolitik wichtigen Schwellenwert von zwei Prozent.

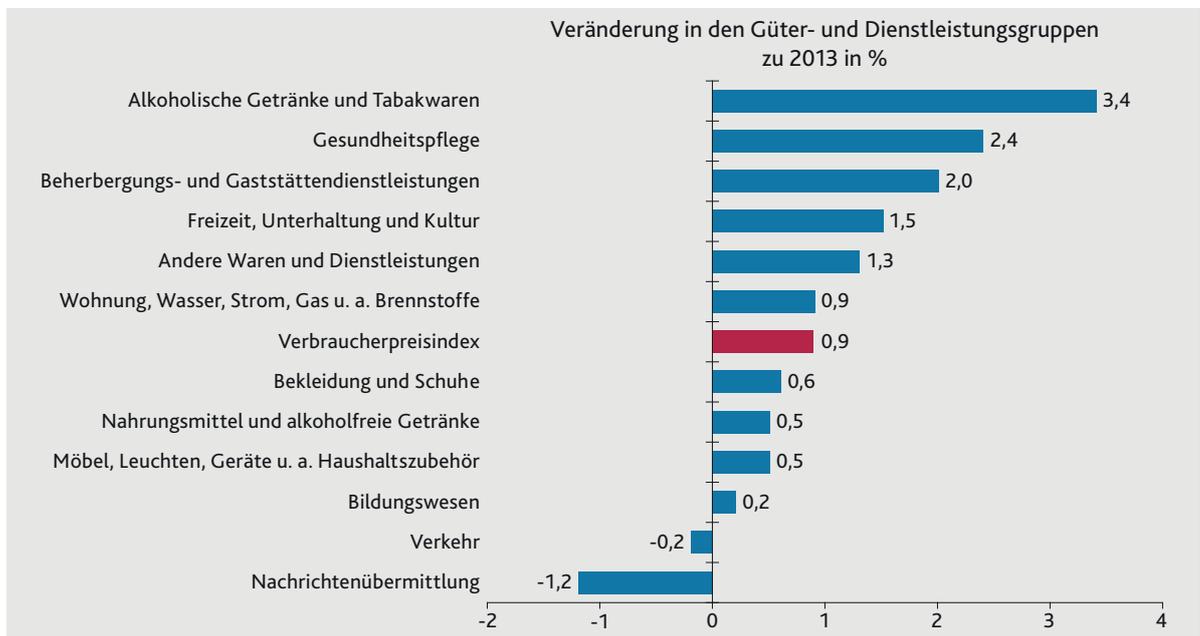
Bundesweit erhöhte sich der Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt 2014 gegenüber 2013 um 0,9 Prozent. Im Jahr 2013 hatte die Inflationsrate für Deutschland noch bei 1,5 Prozent gelegen.

Im Verlauf des Jahres 2014 sank die Inflationsrate in Rheinland-Pfalz von 1,3 Prozent im Januar auf 1,1 Prozent im März. Nach einem Anstieg im April auf 1,3 Prozent schwankte die Inflationsrate im weiteren Jahresverlauf um die Ein-Prozent-Marke. Im Dezember erreichte sie dann den Jahrestiefstwert von 0,2 Prozent.

Die Preise für die einzelnen Waren und Dienstleistungen entwickelten sich – wie im Folgenden gezeigt wird – recht unterschiedlich.

Teuerungsrate in Rheinland-Pfalz entspricht dem Bundesdurchschnitt

² Die persönliche Inflationsrate lässt sich mit dem Inflationsrechner des Statistischen Bundesamtes ermitteln. Dieser findet sich unter: <https://www.destatis.de/DE/Service/InteraktiveAnwendungen/InflationsrechnerSVG.svg?view=svg>



Nachlassender Druck bei Energiepreisen

Im Vergleich zum Jahr 2013 ließ im Jahr 2014 der Preisdruck bei Kraftstoffen und Haushaltsenergie weiter nach (-1,6 Prozent, 2013: +0,9 Prozent). Dies geht insbesondere auf die rückläufige Preisentwicklung bei Mineralölprodukten zurück.

Kraftstoffpreise gesunken

Der Preis für Kraftstoffe sank im Durchschnitt des Jahres 2014 um 4,1 Prozent, wobei sich Superbenzin gegenüber 2013 um 3,7 Prozent (2013: -3,3 Prozent) und Diesel um 5,1 Prozent (2013: -4,3 Prozent) verbilligte. Auch für den Erwerb eines neuen Autos mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher weniger bezahlen (-0,1 Prozent), Gebrauchtwagen wurden allerdings teurer (+2,9 Prozent).

Bedingt durch diese Entwicklungen sank im Jahr 2014 auch der Kraftfahrer-Preisindex, welcher Waren und Dienstleistungen rund um die private Mobilität zusammenfasst (-0,8 Prozent; 2013: -0,3 Prozent).

Die Preise für die Personenbeförderung im Straßenverkehr (z. B. öffentlicher Personennahverkehr, Taxi, Mietwagen) erhöhten sich um 2,1 Prozent, die Preise für Personenbeförderung im Schienenverkehr (z. B. Bahntickets) legten um 2,3 Prozent zu. Eine geringere Steigerungsrate mit einem Plus von 1,6 Prozent ist bei den Preisen für die Personenbeförderung im Luftverkehr (z. B. Flugreisen) zu verzeichnen. Der Index in der Hauptgruppe Verkehr lag insgesamt 0,2 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Im gleichen Maße wie der Gesamtindex gestiegen sind die Preise für Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen (+0,9 Prozent), also für Haushaltsenergie, Mietzahlungen, Instandhaltung, Wasserversorgung und sonstige wohnungsbezogenen Dienstleistungen.

Deutlich teurer hingegen wurde Strom (+4,1 Prozent), aber auch die Preise für feste Brennstoffe (+4,3 Prozent) zogen an. Demgegenüber verbilligte sich Gas (-1 Prozent),

Preise rund ums Wohnen um 0,9 Prozent gestiegen

Strompreise um 4,1 Prozent gestiegen

T 1

Preisspiegel für Haushaltsenergie und Kraftstoffe 2014

Güterart	Indexstand	Veränderung zu 2013
	Basis 2010=100	%
Haushaltsenergie insgesamt	120,1	-0,2
davon		
Gas	111,4	-1,0
Zentralheizung, Fernwärme	117,8	-1,2
Feste Brennstoffe (Kohle, Kaminholz)	110,4	4,3
Strom	127,7	4,1
Heizöl	117,8	-8,3
Kraftstoffe insgesamt	108,8	-4,1
davon		
Diesekraftstoffe	110,7	-5,1
Superbenzin	108,2	-3,7

Heizöl war sogar um 8,3 Prozent günstiger als im Jahr 2013.

Wohnungsmieten um 1,4 Prozent höher als im Vorjahr

Die Wohnungsmieten lagen im Jahr 2014 um 1,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Etwas stärker angezogen haben die Preise für die regelmäßige Instandhaltung und Reparatur der Wohnung (+1,7 Prozent). Nur geringfügig über dem Vorjahresniveau lagen die Preise für Wasserversorgung und andere wohnungsbezogene Dienstleistungen (+0,4 Prozent). Die Preise für Einrichtungsgegenstände (Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör) stiegen im Jahr 2014 durchschnittlich um 0,5 Prozent.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Schnitt 0,5 Prozent teurer als 2013

Nahrungsmittel insgesamt kaum teurer

Obwohl die Nahrungsmittel im Ausgabenbudget eines durchschnittlichen Haushalts nicht an erster Stelle stehen, sind doch gerade deren Preise und ihre Entwicklung im Fokus der Öffentlichkeit. Die Preise in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ stiegen 2014 durchschnittlich um 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

T 2

Preisspiegel ausgewählter Nahrungs- und Genussmittel 2014

Güterart	Indexstand	Veränderung zu 2013
	Basis 2010=100	%
Tomaten	89,4	0,6
Mehl	119,2	-9,2
Bohnenkaffee	120,6	4,3
Margarine	116,1	-6,0
Pizza (tiefgefroren oder frisch)	104,3	3,5
Bier	109,6	5,2
Roggen- oder Mischbrot	105,2	0,0
Reis	104,0	-0,8
Mineralwasser	100,7	0,9
Schokolade in Tafeln	109,8	5,2
Joghurt	116,4	8,1
Nudeln	108,7	0,1
Weintrauben	111,3	8,2
Emmentaler o. a. Hartkäse	116,5	6,8
Brötchen	104,4	0,1
Rinderrouladen	116,4	-1,6
Weißwein	114,1	3,5
Dauerwurst	103,9	-1,0
Bananen	110,2	-1,6
Schweinebraten	122,0	1,4
Eier	99,4	-5,9
Fruchtsaft aus Kernobst	128,2	1,4
Frische Vollmilch	122,1	5,4
Tafeläpfel	119,7	-5,9
Butter	108,8	-4,6
Speisekartoffeln	106,8	-10,1

Teurer wurden vor allem Molkereiprodukte und Eier (+6,8 Prozent), aber auch Brot und Getreideerzeugnisse (+1,1 Prozent) sowie Fisch, Fischwaren und Meeresfrüchte (+1,3 Prozent). Verbilligt haben sich unter anderem Gemüse (-4 Prozent), Speisefette und -öle (-3,8 Prozent) sowie Obst (-1,6 Prozent).

Starker Preisanstieg in der Warengruppe Molkereiprodukte und Eier

Überdurchschnittlich fiel die Teuerung bei Tabakwaren (+3,6 Prozent) aus: Zigaretten verteuerten sich um 2,8 Prozent, Tabak sogar um 8,5 Prozent.

Preise für Tabakwaren 2014 um 3,6 Prozent gestiegen

Verbraucherfreundliche Entwicklung im Bereich Nachrichtenübermittlung

Im Bereich der Nachrichtenübermittlung setzte sich der für die Verbraucherinnen und Verbraucher positive Trend auch im Jahr 2014 fort. Im Durchschnitt sanken die Preise im Vergleich zu 2013 um 1,2 Prozent.

Nachrichtenübermittlung erneut billiger

Billiger wurden beispielsweise Mobiltelefone ohne Vertrag (-7,8 Prozent) und Telekommunikationsdienstleistungen (-1,2 Prozent). Preissteigerungen gab es bei Post- und Kurierdienstleistungen (+2,1 Prozent).

Gebühren für Studium, Lehrgänge und Kurse gestiegen

Der Preisanstieg in der Hauptgruppe Bildungswesen lag im Jahr 2014 bei 0,2 Prozent, wobei z. B. die Lehrgangsgebühren für Volkshochschulen anstiegen (+2,8 Prozent) und das Entgelt für weiterführende Schulen sank (-1,5 Prozent).

Höhere Preise für „Gesundheitspflege“

Der Preisindex der Hauptgruppe „Gesundheitspflege“ stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent. Zur Gesundheitspflege zählen neben pharmazeutischen Erzeugnissen auch andere medizinische Produkte, therapeutische Geräte und Ausrüstungen, ärztliche Dienstleistungen, zahnärztliche Dienstleistungen, Dienstleistungen nichtärztlicher Gesundheitsdienstberufe sowie stationäre Gesundheitsdienstleistungen. Im Jahr 2014 stiegen die Preise für ambulante Gesundheitsdienstleistungen um 1,1 Prozent. Deutlich stärker stiegen die Preise für stationäre Gesundheitsdienstleistungen (+3,2 Prozent). Allerdings gehen in dieses Ergebnis bei gesetzlich Versicherten nur die Zuzahlungen ein. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind Sozialbeiträge und deshalb nicht Bestandteil der Verbrauchsausgaben.

Bekleidung und Schuhe stiegen im Preis

Bekleidung
0,6 Prozent
teurer als 2013

Für Bekleidung und Schuhe stiegen die Preise insgesamt durchschnittlich um 0,6 Prozent. Während die Preise für Schuhe lediglich 0,3

Prozent über dem Vorjahresniveau lagen, war bei Bekleidung der Preisanstieg etwas höher (+0,7 Prozent).

Sonderverkäufe zum Saisonwechsel haben einen großen Einfluss auf die Preisentwicklung bei Bekleidung und Schuhen innerhalb eines Jahres. Im Februar wird der Tiefpunkt zum Ende des Winters erreicht. Danach steigen die Preise für die Sommermode wieder an, bis der Schlussverkauf im Juli/August wieder für Preisnachlässe sorgt. Der Wechsel zur Wintermode ist wiederum mit einem Preisanstieg verbunden.

Deutliche saisonale Einflüsse bei „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“

In den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ sind deutliche saisonale Schwankungen üblich. Im Jahresdurchschnitt 2014 stiegen die Preise für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ um 1,5 Prozent und für „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ um zwei Prozent. Verbraucherinnen und Verbraucher mussten saisonüblich zu Beginn der Sommerferien deutlich mehr für Reisen zahlen. Im Jahresdurchschnitt waren Pauschalreisen 1,2 Prozent teurer als im Jahr 2013.

Preise für
Pauschalreisen
steigen um
1,2 Prozent

Die Preise bei audiovisuellen, fotografischen und Informationsverarbeitungsgeräten sowie deren Zubehör gingen um 4,1 Prozent zurück. So waren beispielsweise Fernsehgeräte 8,1 Prozent, Netbooks und Notebooks zehn Prozent sowie Desktop-PCs 3,5 Prozent billiger als noch im Vorjahr.

Freizeit- und Kulturdienstleistungen waren 3,2 Prozent teurer als im Jahr zuvor. Her-

vorzuheben ist der deutliche Preisanstieg für Glücksspiele (+6,3 Prozent).

Preisliche Veränderungen zeigten sich auch bei Kinoeintrittskarten (+2,9 Prozent). Der Besuch von Vergnügungsparks wurde sogar deutlich teurer (+4,8 Prozent). Auch die Preise für Bücher (+1,8 Prozent) sowie für Zeitungen und Zeitschriften stiegen merklich (+5,1 Prozent).

Die Preise für Beherbergungsdienstleistungen stiegen durchschnittlich um zwei Prozent, wobei sich die Preise für die Miete von Ferienwohnungen und -häusern (+0,9 Prozent) weniger stark erhöhten als jene für Übernachtungen in einem Doppelzimmer mit Frühstück (+2,8 Prozent). Preiserhöhungen ergaben sich zudem bei Ferien auf dem Lande (+3 Prozent), bei Campingplatzgebühren (+1,8 Prozent) und bei Übernachtungen in Jugendherbergen (+2,1 Prozent). Auch die Preise für Speisen in Mensen und Kantinen (+3,1 Prozent) sowie in Restaurants, Cafés o. ä. (+1,7 Prozent) zogen an. Die Rundfunkgebühren blieben hingegen unverändert.

Fazit

Im Durchschnitt des Jahres 2014 lag die Teuerungsrate für Rheinland-Pfalz bei 0,9 Prozent und damit deutlich unter dem Wert der vergangenen Jahre. Über die Monate des Jahres 2014 hinweg bewegte sich die Inflationsrate zwischen 0,2 Prozent und 1,3 Prozent.

Von besonderer Bedeutung für 2014 war die rückläufige Entwicklung der Energiepreise. Hier waren insbesondere bei Mineralölprodukten deutliche Preissenkungen zu beobachten.

Zudem wirkte die moderate Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken dämpfend auf den Gesamtindex.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften, leitet das Referat „Bildung, Verdienste, Preise“.

Info

Detaillierte Informationen zum Themenbereich „Preise“ finden Sie im Statistischen Jahrbuch 2014 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Pflegebedürftige Menschen 2013

Mehrstufige Reform der Pflegeversicherung



Von Günter Ickler

Menschen, die an Demenz erkrankt sind, haben seit 2013 Anspruch auf zusätzliche Leistungen aus der Pflegeversicherung. Dies ist der Kern des Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung. Weitere Änderungen werden durch die Pflegestärkungsgesetze geregelt.

Eine wesentliche Neuerung bei den statistischen Erhebungen zur Pflege ist die Erfassung wohnortbezogener Angaben zu den Pflegebedürftigen. Dies ermöglicht das Aufzeigen regionaler Verflechtungen zwischen Angebot und Nachfrage von Pflegeleistungen.

Was ist neu?

Leistungen für Demenzkranke

Da die Zahl pflegebedürftiger Menschen infolge des demografischen Wandels immer weiter zunimmt, hat der Gesetzgeber neue bzw. ergänzende Regelungen zur Sicherstellung einer angemessenen Versorgung erlassen. Diese kommen in Leistungsverbesserungen für pflegebedürftige Menschen, aber auch in einer Erhöhung der Beitragssätze zum Ausdruck.

Der Kern des Pflege-Neuausrichtungs-Gesetzes ist die Verbesserung von Leistungen für Demenzkranke seit Anfang 2013. Dadurch haben Menschen mit sogenannter erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz Anspruch auf zusätzliche Leistungen in der pflegerischen Versorgung. Hierunter fallen auch solche Personen deren Bedarf an Grundpflege und hauswirtschaftlicher Versorgung (noch) nicht das Ausmaß der

Pflegestufe I erreicht und somit keine Pflegestufe haben. Diese werden der „Pflegestufe 0“ zugeordnet.

Weitere Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sind seitdem in Kraft getreten bzw. geplant. Durch das erste Pflegestärkungsgesetz gab es Anpassungen der Leistungen zum 1. Januar 2015. Das in Planung befindliche zweite Pflegestärkungsgesetz hat im Wesentlichen die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und eine Neustrukturierung der Pflegestufen zum Gegenstand.

Die Darstellung der statistischen Ergebnisse sieht den Nachweis von Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in Pflegestufe 0 nur nachrichtlich vor. In die Berechnung und Darstellung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen fließen diese nicht ein. Auf diese Weise wird eine bessere

Pflegestärkungsgesetze 1 und 2

Gesamtzahl ohne Demenzkranke bei Stufe 0

Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Zeitablauf ermöglicht.

Doppelzählungen bei Tages- und Nachtpflege werden jetzt herausgerechnet

Stationär betreute Pflegebedürftige befinden sich zum weit überwiegenden Teil in vollstationärer Dauerpflege. Darüber hinaus gibt es aber auch Menschen, die nur eine Tagespflege – oder in Einzelfällen auch Nachtpflege – erhalten. Diese sind jedoch schon in den Zahlen zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern enthalten. Bei der Gesamtzahl pflegebedürftiger Menschen sind sie daher zur Vermeidung von Doppelzählungen herauszurechnen. Diese Korrektur wurde bei Veröffentlichungen zur Pflegestatistik bislang nicht vorgenommen. Insoweit unterscheiden sich die in diesem Beitrag dargestellten Ergebnisse zurückliegender Erhebungen geringfügig von denen in bisherigen Darstellungen.

Änderung beim Pflegegeld

Eine weitere Änderung betrifft seit der Erhebung 2013 die Berechnung der Zahl der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger. Sie haben im Falle von Kurzzeit- oder Verhinderungspflege für vier Wochen im Jahr Anspruch auf Weiterzahlung von (anteiligem) Pflegegeld (hälftige Leistungen nach

§ 37 Absatz 2 Satz 2 SGB XI). Dieser Personenkreis wird jedoch bereits bei der vollstationären bzw. ambulanten Pflege erfasst und ist daher bei den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern herauszurechnen.

Immer mehr Menschen sind pflegebedürftig

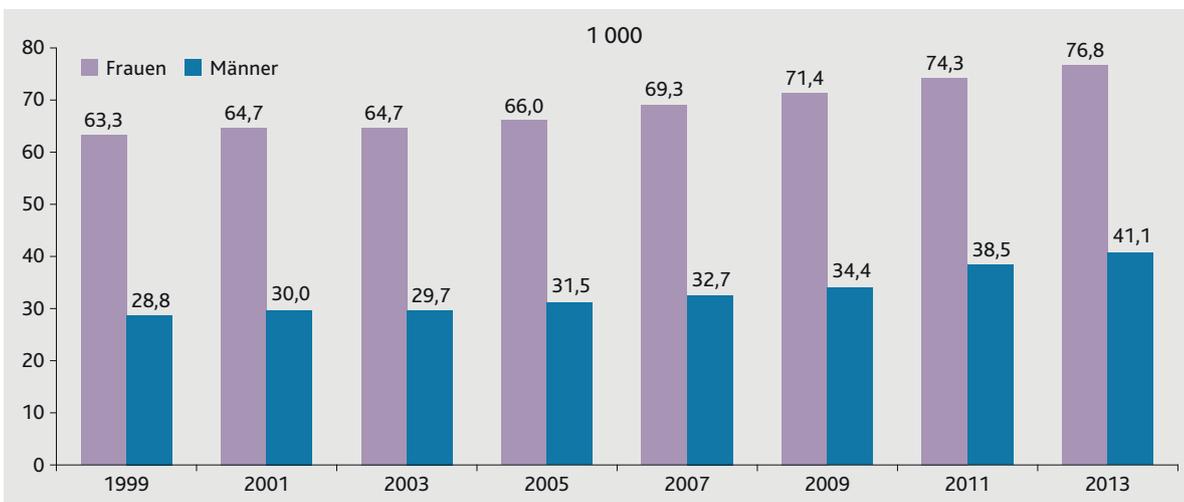
Es gibt immer mehr Menschen, die im Ablauf des täglichen Lebens dauerhaft pflegerische Hilfe benötigen. Die Zahl der Pflegebedürftigen ist von 92 000 im Jahr 1999 auf rund 118 000 im Jahr 2013 gestiegen. Hintergrund dieser Entwicklung ist der demografische Wandel, der zu einer wachsenden Zahl älterer Menschen führt; diese unterliegen natürlicherweise einem höheren Risiko, pflegebedürftig zu werden.

Demografischer Wandel

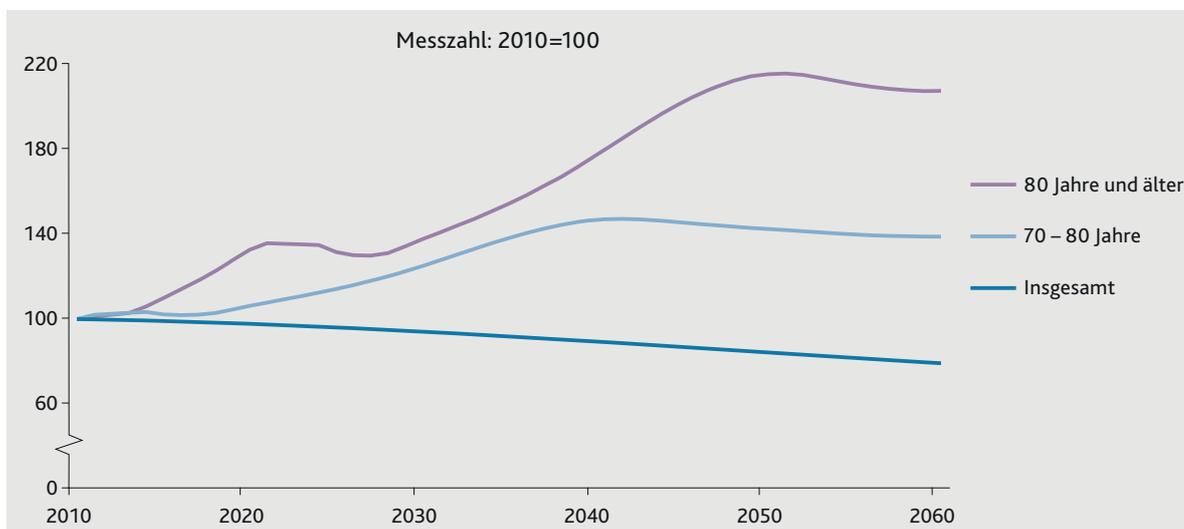
Mehr als 80 Prozent aller Pflegebedürftigen sind älter als 70 Jahre, fast 60 Prozent sind bereits 80 Jahre oder älter. In dem genannten Zeitraum ist die Zahl der über 70-Jährigen um fast ein Drittel und damit im gleichen Ausmaß wie die der Pflegebedürftigen in diesem Alter gestiegen.

80 Prozent der Pflegebedürftigen älter als 70 Jahre

G 1 Pflegebedürftige Menschen 1999–2013 nach Geschlecht



G 2

Bevölkerung 2010–2060 nach ausgewählten Altersgruppen¹

Rund 40 Prozent mehr über 70-jährige bis 2060

Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes¹ wird die Zahl der Menschen im Alter von über 70 Jahren bis 2060 um 40 Prozent steigen. Die Zahl der über 80-jährigen wird sich sogar mehr als verdoppeln. Bei insgesamt rückläufiger Gesamtbevölkerung wird damit der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung erheblich wachsen. Dies bedeutet nicht, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen im gleichen Ausmaß erhöhen muss, verdeutlicht aber die zunehmenden Herausforderungen an die pflegerische Versorgung der Bevölkerung.

Pflegerische Versorgung überwiegend zu Hause

Mehr als zwei Drittel werden zuhause gepflegt

Die Betreuung pflegebedürftiger Menschen erfolgt überwiegend zu Hause durch Angehörige oder durch einen ambulanten Pflegedienst. Weniger als jede bzw. jeder dritte Pflegebedürftige ist in einem Heim untergebracht.

Die stationäre Versorgung der Pflegebedürftigen erfolgte im Jahr 2013 in insgesamt 492 rheinland-pfälzischen Pflegeheimen, in denen zur vollstationären Dauerpflege und Kurzzeitpflege rund 34 100 Pflegebedürftige untergebracht waren. Darüber hinaus wurden 25 100 pflegebedürftige Frauen und Männer von einem der 451 ambulanten Pflegedienste betreut.

492 Pflegeheime und 451 Pflegedienste

Die meisten Pflegebedürftigen werden aber weder in einem Pflegeheim noch von einem ambulanten Pflegedienst versorgt. Diese erhalten ausschließlich Pflegegeld und werden damit zu Hause überwiegend durch Angehörige betreut. Im Rahmen der Erhebung des Jahres 2013 betraf dies 58 700 Menschen, also die Hälfte aller Pflegebedürftigen.

Pflegebedürftige überwiegend weder ambulant noch stationär versorgt

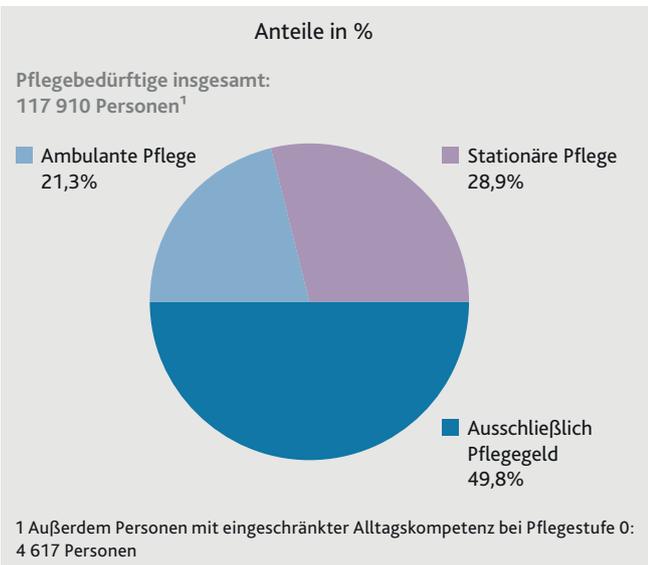
Im Zeitverlauf zeigen alle drei Arten der pflegerischen Versorgung ähnliche Verläufe. Die ambulante Pflege ist seit 1999 prozentual am stärksten gestiegen (+43 Prozent). Die Zahl der reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger ist – auf hohem Niveau – deutlich weniger stark gestiegen (+19 Prozent).

Übererfassung der Pflegegeldempfänger

¹ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems 2012.

G 3

Pflegebedürftige Menschen 2013 nach Art der Pflegeleistung



Allerdings weist die Zeitreihe der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger im Jahr 2011 eine besonders hohe Wachstumsrate auf. Hier muss von einer statistischen Übererfassung durch die Pflegekassen ausgegangen werden, die sich jedoch nicht quantifizieren lässt.

Werden die Personen, die ausschließlich Pflegegeld erhalten und die ambulant Versorgten zusammengerechnet, zeigt sich,

dass nahezu drei Viertel (71 Prozent) eine pflegerische Betreuung im vertrauten häuslichen Umfeld bekommen. Dieser im Sozialgesetzbuch (SGB XI – Soziale Pflegeversicherung) ausdrücklich eingeräumte Vorrang der häuslichen Pflege kommt hier auch zahlenmäßig zum Ausdruck. Der Anteil der Menschen, die zu Hause gepflegt werden, hat sich in den vergangenen Jahren praktisch nicht verändert.

Fast drei Viertel der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt

Vor allem alte Menschen pflegebedürftig

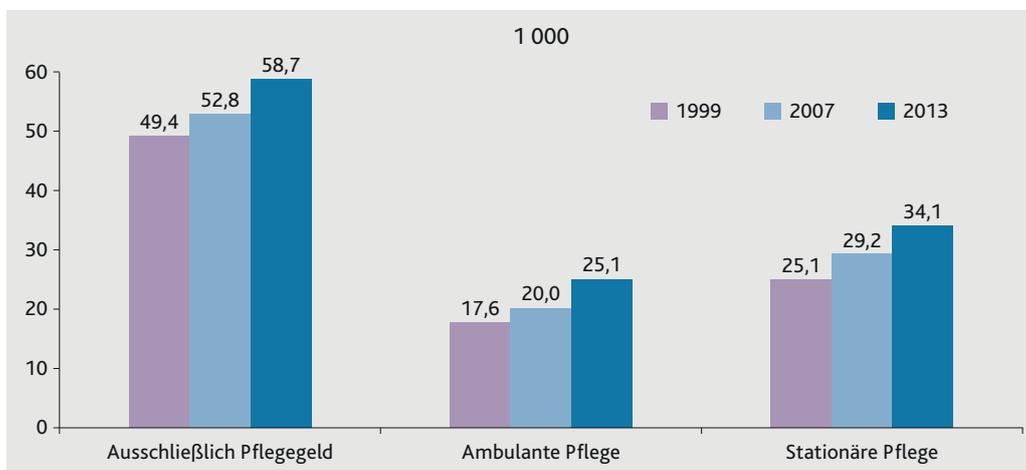
Die grafische Darstellung der Anzahl der Pflegebedürftigen nach dem Alter zeigt sehr markant die Konzentration auf hohe Altersjahre. Ab einem Alter von etwa 40 bis 50 Jahren nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen allmählich zu und ab etwa 70 Jahren ist ein sehr deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Der Einschnitt beim Altersjahr 80 resultiert aus der sehr schwachen Besetzung dieses Jahrgangs in der Gesamtbevölkerung.

Deutlicher Anstieg im Alter

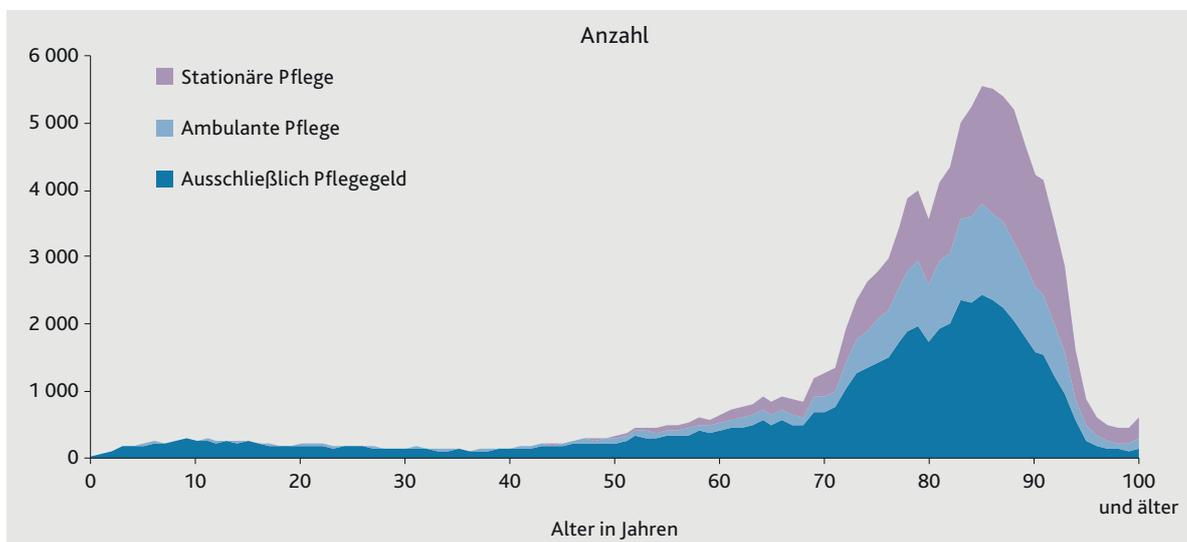
Junge pflegebedürftige Menschen werden nahezu ausschließlich durch Angehörige versorgt. Der Anteil der in Heimen unterge-

G 4

Pflegebedürftige Menschen 1999–2013 nach Art der Pflegeleistung



G 5 Pflegebedürftige Menschen 2013 nach Alter und Art der Pflegeleistung



Anteil der stationär Versorgten steigt mit dem Alter

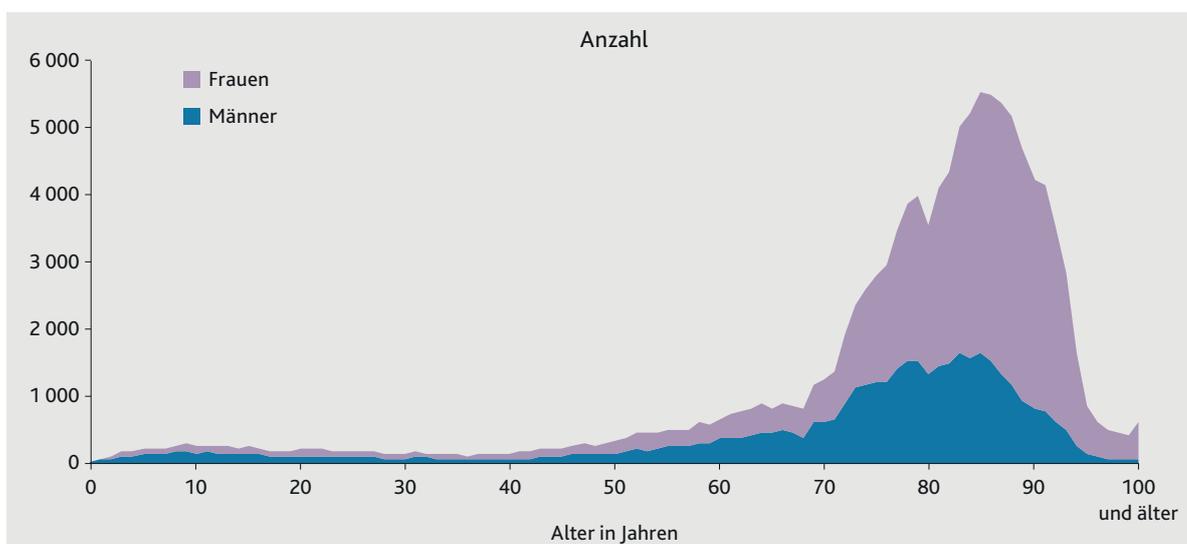
brachten Pflegebedürftigen ist bis zum Alter von etwa 50 Jahren sehr gering und steigt dann allmählich an. Bei den 60- bis unter 70-Jährigen liegt er bei rund 20 Prozent, bei 70- bis unter 80-Jährigen bei über 25 Prozent. Mit steigendem Alter nimmt er immer weiter zu.

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt, dass insgesamt zwei Drittel der pfe-

gebedürftigen Menschen weiblich sind. Der Anteil männlicher Personen überwiegt jedoch bis zu einem Alter von etwa 70 Jahren. Bei den über 70-Jährigen finden sich dagegen immer mehr Frauen unter den Pflegebedürftigen; deren Anteil nimmt mit zunehmendem Alter entsprechend ihrem steigenden Anteil in der Gesamtbevölkerung immer mehr zu.

In hohem Alter fast nur noch pflegebedürftige Frauen

G 6 Pflegebedürftige Menschen 2013 nach Alter und Geschlecht



Über die Hälfte der Pflegebedürftigen in Pflegestufe I

Drei Pflegestufen

Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit. Auf der Grundlage des SGB XI werden in Abhängigkeit von der Schwere der Pflegebedürftigkeit drei Pflegestufen unterschieden:

- Pflegestufe I: Erheblich Pflegebedürftige
- Pflegestufe II: Schwerpflegebedürftige
- Pflegestufe III: Schwerstpflegebedürftige

Die Zuordnung zu einer der drei Stufen hängt vom Ausmaß der Hilfebedürftigkeit ab. Diese orientiert sich an dem durchschnittlichen täglichen Zeitbedarf für die Grundpflege (Körperpflege, Ernährung, Mobilität) und die hauswirtschaftliche Versorgung. Die individuelle Zuordnung zu einer der drei Stufen erfolgt durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung.

Eingeschränkte Alltagskompetenz

Seit dem 1. Januar 2013 gibt es Leistungen für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz. Bei diesem Personenkreis handelt es sich weit überwiegend um Demenzkranke.

Die Leistungen können auch von Pflegebedürftigen beansprucht werden, die (noch) keiner der drei Pflegestufen zugeordnet sind.

Überwiegend Pflegestufe I

Mit 64 300 Menschen sind deutlich mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Pflegebedürftigen der Pflegestufe I zugeordnet. Dieser Anteil ist im Verlauf der Jahre kontinuierlich gestiegen; zu Beginn der Erhebung im Jahr 1999 waren 45 Prozent in der niedrigsten Pflegestufe, 2007 waren es 51 Prozent. Der Anteil ist für Frauen und Männer etwa gleich groß.

Leistungen aufgrund der Pflegestufe III erhielten bei der aktuellen Erhebung elf

Pflegeversicherung und Pflegestatistik

Die Pflegeversicherung wurde in den Jahren 1995 und 1996 als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches XI (§ 109 SGB XI) und der Pflegestatistik-Verordnung vom 29. November 1999 werden alle zwei Jahre Erhebungen zur Pflegestatistik durchgeführt.

- Die statistischen Landesämter befragen jeweils zum 15. Dezember alle
 - ambulanten Pflegedienste und
 - stationären Pflegeeinrichtungen.
- Angaben zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden bei den Spitzenverbänden der Pflegekassen zentral durch das Statistische Bundesamt erhoben und den Bundesländern zugeordnet.

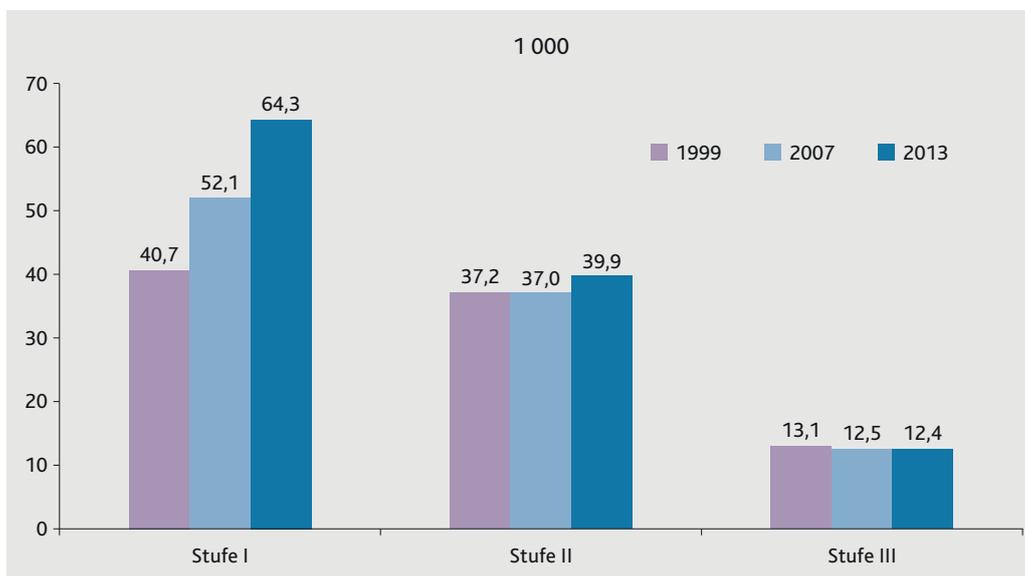
Die drei Erhebungsteile werden zu einem Gesamtergebnis zusammengefasst. Dabei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Empfänger von Pflegegeld bereits in der ambulanten Pflegestatistik oder – in Fällen von Kurzzeit- oder Verhinderungspflege – bei der stationären Pflegestatistik erfasst sein können. Mehrfachzählungen werden also bei der Ermittlung der Gesamtzahl pflegebedürftiger Menschen herausgerechnet.

Anpassungen der Rechtsgrundlagen berücksichtigen die geänderten Anforderungen an die pflegerische Versorgung. Hier sind insbesondere das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung, sowie das erste und das zweite Pflegestärkungsgesetz zu nennen.

Zur Verbesserung der Möglichkeiten regional tief gegliederter Ergebnisse wurde mit der Pflegestatistik 2013 die Erhebung wohnortbezogener Angaben zu den ambulant versorgten Pflegebedürftigen eingeführt. In Rheinland-Pfalz wurden diese Merkmale auf freiwilliger Grundlage bereits 2011 und 2009 erhoben.

G 7

Pflegebedürftige Menschen 1999–2013 nach Pflegestufen



Prozent der pflegebedürftigen Frauen und zehn Prozent der Männer; im Jahr 1999 waren es 15 bzw. 13 Prozent. Der höhere Wert für die Frauen resultiert aus dem höheren Anteil Älterer, die tendenziell eher einen höheren Grad der Pflegebedürftigkeit aufweisen.

Zum Erhebungsstichtag waren insgesamt 4 600 pflegebedürftige Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in der Pflegestufe 0 eingeordnet. Davon waren 59 Prozent Frauen.

Versorgung durch ambulante Pflegedienste und in Heimen

Die Pflegestatistik 2013 verzeichnete für Rheinland-Pfalz 451 ambulante Pflegedienste, die insgesamt rund 25 100 Menschen versorgten. Damit hatte ein Pflegedienst durchschnittlich 56 Menschen zu betreuen. In privater Trägerschaft befanden sich 274 Dienste, 174 in freigemeinnütziger und drei in öffentlicher Trägerschaft.

Ein Pflege-
dienst betreut
56 Menschen

In den Pflegediensten waren insgesamt 12 600 Menschen beschäftigt. Davon waren fast 68 Prozent Teilzeitbeschäftigte. Gegenüber der Erhebung des Jahres 2011 hat sich die Beschäftigtenzahl um acht Prozent erhöht. Im Jahr 2001 gab es in 380 Pflegediensten erst rund 7 900 Beschäftigte.

In den 492 Pflegeheimen des Landes befanden sich zum Stichtag der Erhebung Ende 2013 rund 34 100 Pflegebedürftige in vollstationärer Versorgung, das sind je Einrichtung durchschnittlich 69 betreute Menschen. Von den Heimen befanden sich 193 in privater, 290 in freigemeinnütziger und neun in öffentlicher Trägerschaft.

In den Heimen gab es insgesamt rund 31 500 Beschäftigte, 60 Prozent davon waren teilzeitbeschäftigt. Im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung des Jahres 2011 ist die Zahl der Beschäftigten um rund zwei Prozent gestiegen. In der Erhebung des Jahres 2001 waren in den damals 395 rheinland-pfälzischen Pflegeheimen rund 23 100 Menschen beschäftigt.

Beschäftigtenzahl ambulanter Dienste steigt um acht Prozent

Durchschnittlich 69 Pflegebedürftige je Heim

Beschäftigtenzahl in Heimen steigt um zwei Prozent

T 1

Ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 1999–2013 nach Trägerschaft und Personal

Merkmal	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011	2013
Ambulante Pflegedienste								
Insgesamt	411	380	376	372	390	416	446	451
private Träger	209	185	189	188	213	239	265	274
freigemeinnützige Träger	197	191	184	180	174	173	178	174
öffentliche Träger	5	4	3	4	3	4	3	3
Personal	7 928	7 920	7 883	8 369	9 467	10 713	11 667	12 600
Vollzeitbeschäftigte	2 554	2 512	2 339	2 138	2 343	2 702	3 125	3 376
Teilzeitbeschäftigte	4 985	5 122	5 286	5 944	6 828	7 655	8 117	8 511
Praktikant/-innen, Helfer/-innen, Zivildienstleistende	389	286	258	287	296	356	425	713
Pflegeheime								
Insgesamt	390	395	410	421	435	454	472	492
private Träger	145	146	150	152	164	173	185	193
freigemeinnützige Träger	240	246	252	263	264	271	277	290
öffentliche Träger	5	3	8	6	7	10	10	9
Personal	21 698	23 067	24 693	25 805	26 523	28 719	30 900	31 509
Vollzeitbeschäftigte	9 090	9 505	9 607	8 953	8 578	9 047	9 652	9 215
Teilzeitbeschäftigte	9 944	10 982	12 629	14 156	15 172	16 846	18 368	18 906
Praktikant/-innen, Helfer/-innen, Zivildienstleistende	2 664	2 580	2 457	2 696	2 773	2 826	2 880	3 388

Regionale Betrachtung

Angebot an
Pflegeleistungen
wird regional
erfasst

Die bedarfsgerechte Versorgung hilfebedürftiger Menschen erfordert eine regionalisierte Betrachtung der Nachfrage nach Pflegeleistungen sowie des pflegerischen Angebots.

Das bisherige bundeseinheitliche Verfahren sah regional differenzierte Angaben nur für den Sitz der ambulanten Pflegedienste und der stationären Pflegeheime vor. Die Darstellung der Ergebnisse auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise erfolgte damit in einer regionalen Untergliederung für die Angebotsseite von Pflegeleistungen.

Pflegegeld-
empfängerin-
nen und -emp-
fänger nach
dem Wohnort

Regionale Angaben zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden hingegen nach deren Wohnsitz erhoben und ausgewertet. Dies bedeutet, dass die Ergebnisse für die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen auf Kreisebene zwei unterschiedliche Regionalbezüge beinhalten, was die Auswertung erschwert.

Die Darstellung der Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise erfolgt hier zunächst nach diesen Kriterien, um eine Vergleichbarkeit zu früheren Veröffentlichungen zu ermöglichen. Im Anschluss daran folgen Hinweise zu einer abweichenden Regionaldarstellung.

Werden die Pflegebedürftigen in ihrer Zusammenfassung nach ambulant bzw. stationär Versorgten sowie denjenigen, die ausschließlich Pflegegeld erhalten, betrachtet, so zeigen sich für die einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise sehr unterschiedliche Fallzahlen. Diese hängen in erster Linie vom Bevölkerungsumfang ab. Die Bandbreite erstreckt sich von 1 187 Pflegebedürftigen in der Stadt Zweibrücken bis zu 7 207 im Landkreis Mayen-Koblenz.

Für regionale Vergleiche muss ein Bezug zum Bevölkerungsumfang hergestellt werden; sinnvollerweise wird hierzu nur die ältere Bevölkerung herangezogen, da sich die

Regionalver-
gleich erfordert
Bezug auf
Bevölkerung

T 2

Pflegebedürftige, ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 2013 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis	Pflegebedürftige					Ambulante Pflegedienste		Pflegeheime	
	insgesamt	je 1 000 Einwohner/ -innen ab 70 Jahren	in ambulanter Pflege ¹	in stationärer Pflege ¹	Pflegegeld- empfänger/ -innen ohne ambulante bzw. stationäre Betreuung ²	insgesamt	Beschäf- tigte	insgesamt	Beschäf- tigte
Frankenthal (Pfalz), St.	1 245	149	181	453	611	7	132	6	378
Kaiserslautern, St.	2 279	152	306	943	1 030	9	206	10	853
Koblenz, St.	3 588	193	705	1 458	1 425	15	565	15	1 305
Landau i. d. Pfalz, St.	1 463	224	536	434	493	7	332	5	320
Ludwigshafen a. Rh., St.	3 786	156	731	1 147	1 908	20	549	14	906
Mainz, St.	4 285	154	906	1 489	1 890	25	825	16	1 318
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 511	158	443	381	687	7	187	5	358
Pirmasens, St.	1 665	205	411	560	694	6	282	6	541
Speyer, St.	1 525	190	233	735	557	11	226	8	658
Trier, St.	2 430	161	504	926	1 000	12	284	11	895
Worms, St.	2 326	192	565	780	981	9	225	13	711
Zweibrücken, St.	1 187	197	274	324	589	3	102	4	328
Ahrweiler	4 667	204	963	1 338	2 366	21	459	20	1 321
Altenkirchen (Ww.)	4 458	214	758	1 209	2 491	15	391	19	1 128
Alzey-Worms	3 223	190	881	746	1 596	13	285	13	675
Bad Dürkheim	3 576	160	670	1 192	1 714	11	323	15	976
Bad Kreuznach	5 035	195	1 246	1 248	2 541	17	607	19	1 137
Bernkastel-Wittlich	3 318	181	972	890	1 456	19	450	18	985
Birkenfeld	2 736	187	457	909	1 370	9	194	15	807
Cochem-Zell	2 706	238	735	764	1 207	9	349	14	757
Donnersbergkreis	2 214	195	400	765	1 049	5	147	12	724
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 020	204	826	661	1 533	10	397	16	759
Germersheim	3 199	184	543	810	1 846	8	258	13	744
Kaiserslautern	3 039	185	870	697	1 472	10	325	14	755
Kusel	2 209	182	492	549	1 168	5	245	8	535
Mainz-Bingen	4 437	154	814	1 265	2 358	18	333	15	1 103
Mayen-Koblenz	7 207	217	1 353	1 749	4 105	25	657	25	1 714
Neuwied	6 677	224	1 273	1 943	3 461	25	528	28	1 701
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 570	217	907	926	1 737	8	323	15	928
Rhein-Lahn-Kreis	3 656	177	660	1 102	1 894	11	250	14	1 040
Rhein-Pfalz-Kreis	3 740	150	881	947	1 912	15	351	12	737
Südliche Weinstraße	2 633	148	510	547	1 576	7	273	11	463
Südwestpfalz	2 984	170	550	546	1 888	7	219	8	431
Trier-Saarburg	3 769	174	849	1 191	1 729	14	316	16	1 177
Vulkaneifel	2 366	217	481	644	1 241	10	178	12	598
Westerwaldkreis	6 181	206	1 239	1 821	3 121	28	827	27	1 743
Rheinland-Pfalz	117 910	185	25 125	34 089	58 696	451	12 600	492	31 509

1 Regionale Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes bzw. Heimes. – 2 Regionale Zuordnung nach dem Wohnort.

Pflegebedürftigkeit weitgehend auf höhere Altersjahre konzentriert. Die Zahl der Pflegebedürftigen – bezogen auf 1 000 Personen im Alter 70 Jahre und mehr – zeigt bei den kreisfreien Städten eine Bandbreite von 149 in Frankenthal (Pfalz) bis 224 in Landau in der Pfalz. In den Landkreisen reichen die Werte von 148 im Kreis Südliche Weinstraße bis zu 238 im Kreis Cochem-Zell.

Darstellung regionaler Verflechtungen

Weitere wohnortbezogene Angaben erforderlich

Die bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und stationären Leistungen erfordert in erster Linie eine Orientierung an der Nachfrageseite und damit am Wohnort der hilfebedürftigen Personen. Die Erhebung von Angaben, die sich auf den Wohnort der pflegebedürftigen Menschen beziehen, war aber in der Pflegestatistik bislang nicht vorgesehen.

Einbindung in bundesweite Erhebung

Das Land Rheinland-Pfalz hat die Notwendigkeit entsprechender Änderungen schon vor Jahren erkannt. Die Erhebung wohnortbezogener Angaben zu den pflegebedürftigen Personen wurde daher in das bestehende Programm zur Pflegestatistik der Jahre 2009 und 2011 integriert. Aus rechtlichen Gründen konnten diese Angaben aber nur auf freiwilliger Grundlage erhoben werden. Dies hatte leider nur unzureichende Antwortquoten zur Folge, die hinreichend valide Auswertungen nicht zuließen.

Wohnortangaben seit 2013 mit Auskunftspflicht

Die Pflegestatistik 2013 konnte bundesweit mit den angestrebten Änderungen durchgeführt werden, nachdem die rechtlichen Grundlagen vorlagen. Die Erhebung wohnortbezogener Angaben mit Auskunftspflicht beschränkt sich aber zunächst nur auf den ambulanten Bereich. Für vergleichbare Angaben zur stationären Versorgung ist eine nochmalige Anpassung der Rechtsgrundlage erforderlich.

Ein bundeseinheitliches Aufbereitungsprogramm mit Ergebnissen zu den Wohnorten der Pflegebedürftigen liegt noch nicht vor.

Die im Folgenden dargestellten Resultate basieren auf eigenen Auswertungen. Diese können sich (geringfügig) von späteren im Verbund der Länder erzeugten Ergebnissen unterscheiden. Die Hauptursache hierfür ist darin zu sehen, dass die für den Wohnortbezug erhobenen Postleitzahlen nicht immer eindeutig zu Gemeindegemeinschaften zugeordnet werden können.

Die Analyse regionaler Verflechtungen kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Auf der Ebene der Postleitzahlen ist der Frage nachzugehen, inwieweit ambulante Pflegedienste, die ihren Sitz im Gebiet einer bestimmten Postleitzahl haben, Pflegebedürftige aus der gleichen Gebietsabgrenzung oder aber aus anderen Postleitgebieten versorgen.

So zeigen beispielweise die Ergebnisse für die Stadt Bad Ems folgendes:

- In diesem Gebiet ansässige ambulante Pflegedienste versorgen insgesamt 108 pflegebedürftige Menschen. Von diesen Pflegebedürftigen wohnen 49 im gleichen Postleitgebiet (45 Prozent). Diese Personen und weitere 48 Pflegebedürftige wohnen im gleichen Landkreis, dem Rhein-Lahn-Kreis; das sind insgesamt 90 Prozent der von den ansässigen Pflegediensten versorgten Menschen.

Aus der Sicht der betreuten Pflegebedürftigen ist festzustellen:

- In Bad Ems wohnen 58 Menschen, die durch einen ambulanten Pflegedienst betreut werden. Davon werden 49 durch einen Pflegedienst aus dem gleichen Postleitgebiet, also aus Bad Ems, versorgt (84 Prozent).

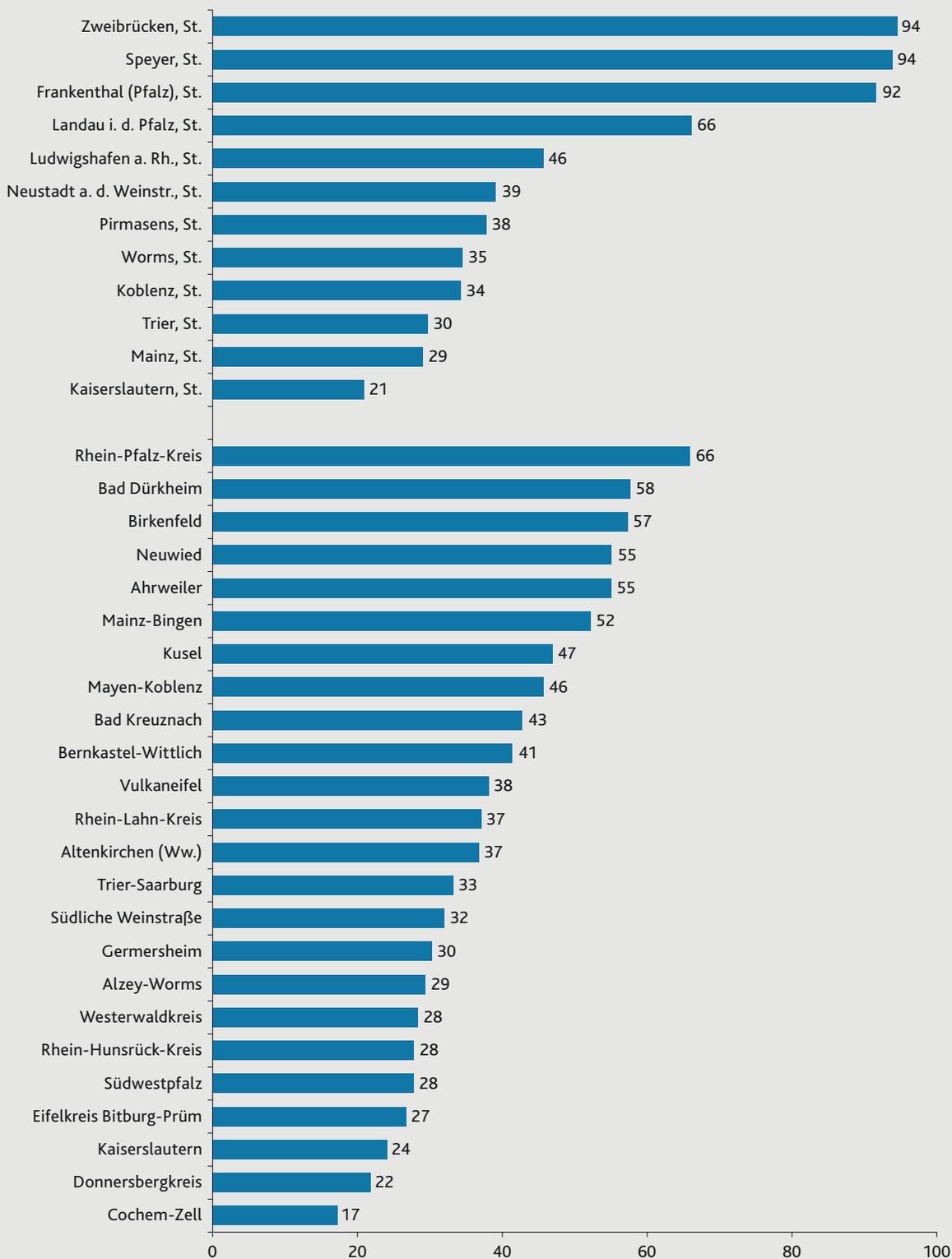
Wohnortbezug zunächst nur als eigene Auswertung

Beispiel für Auswertung auf Postleitzahlenebene

G 8

Ambulante Pflege 2013 nach Verwaltungsbezirken

Übereinstimmung der Postleitzahl von Pflegedienst und Wohnort der Pflegebedürftigen – Anteil in %



Derartige Informationen stellen wertvolle Hinweise für regionale Pflegestrukturplanungen dar. Sie stehen den kommunalen Planungsstellen für ihren jeweiligen Einzugsbereich zur Verfügung.

Auswertung auf Postleitzahlen-ebene zeigt starke Regionalverflechtung

Bei einer Zusammenfassung dieser regional strukturierten Daten gehen naturgemäß Detailinformationen verloren. In einer Gesamtschau auf Kreisebene lässt sich folgendes feststellen:

- Die in Rheinland-Pfalz ansässigen ambulanten Pflegedienste versorgen im Durchschnitt zu 41 Prozent Menschen, die in dem Postleitgebiet wohnen, in dem die Einrichtung ihren Sitz hat.
- In kreisfreien Städten, die aus einem einzigen Postleitbereich bestehen, ist die regionale Verflechtung besonders hoch. So werden in Zweibrücken, Speyer und Frankenthal (Pfalz) mehr als 90 Prozent der Pflegebedürftigen aus dieser Gebietsabgrenzung versorgt.

- In kreisfreien Städten, die aus mehreren Postleitbezirken bestehen, sieht dies naturgemäß anders aus. Durch die geringeren Entfernungen können Pflegedienste häufig relativ unproblematisch auch benachbarte Gebiete anfahren. So zeigt die aus elf Bezirken bestehende Landeshauptstadt Mainz eine regionale Verflechtung von nur 29 Prozent.
- Die Verflechtungen in den Landkreisen bewegen sich zwischen 17 Prozent im Kreis Cochem-Zell und 66 Prozent im Rhein-Pfalz-Kreis.

Weitere Auswertungen zu den Regionalverflechtungen können nach Vorliegen bundeseinheitlicher Aufbereitungsprogramme vorgenommen werden.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege“.

Info

Detaillierte Informationen zum Themenbereich „Gesundheit“ finden Sie im Statistischen Jahrbuch 2014 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Haushalte und Familien 2013

Durchschnittlich 2,1 Personen in jedem Haushalt



Von Merle Hattenhauer

Immer mehr Menschen leben in Lebensgemeinschaften, als alleinerziehende Elternteile oder als Alleinstehende, d. h. ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne Kinder im eigenen Haushalt. Bei den Familien gewinnen alternative Formen des Zusammenlebens zunehmend an Bedeutung, die Zahl der traditionellen Familien geht zurück. Anhand der Ergebnisse des Mikrozensus 2003 und 2013 werden im Folgenden die Strukturen und Entwicklungen der Haushalte und Familien sowie Änderungen der Lebensverhältnisse dargestellt.

Privathaushalte werden immer kleiner

Im Jahr 2013 wohnten in Rheinland-Pfalz rund vier Millionen Menschen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung am Haupt- und Nebenwohnsitz lebt in einem Privathaushalt. Als (Privat-)Haushalt zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte).

Mit rund 41 000 Personen bewohnte lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung 2013 eine sogenannte Gemeinschaftsunterkunft. Hierzu zählen beispielsweise Altersheime und Altenpflegeheime sowie ähnliche Einrichtungen.

Trotz rückläufiger Entwicklung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zwischen 2003 und 2013 stieg die Zahl der Privathaushalte in diesem Zeitraum um ein Prozent auf rund 1,9 Millionen. Demnach wohnen in den Haushalten immer weniger Menschen. Ein Haushalt bestand im Jahr 2013 durchschnittlich aus 2,1 Personen, 2003 waren es noch 2,2 Personen.

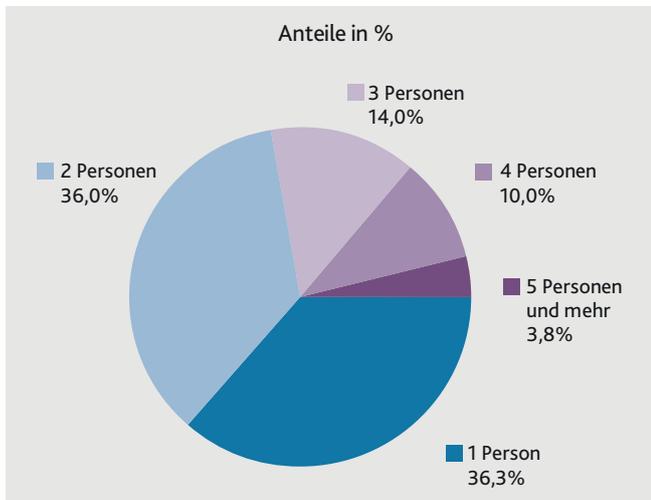
Insbesondere die Zusammensetzung der Haushalte in Rheinland-Pfalz hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich verändert. So erhöhte sich die Zahl der Einpersonenhaushalte zwischen 2003 und 2013 um 3,8 Prozent, die Zahl der Zweipersonenhaushalte stieg sogar um mehr als neun Prozent. Zum Anstieg der Zahl der Privathaushalte hat damit vor allem der Zuwachs bei den Zwei-

Durchschnittlich
2,1 Personen
je Haushalt

Trend zu
kleineren
Haushalten
hält an

G 1

Haushalte 2013 nach Größe



personenhaushalten beigetragen. Insgesamt gliederten sich im Jahr 2013 die Privathaushalte in Rheinland-Pfalz zu rund je einem Drittel in Haushalte mit einer Person (36 Prozent), zwei Personen (36 Prozent) bzw. drei und mehr Personen (28 Prozent).

Zu den Alleinstehenden zählen im Mikrozensus alle Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner und ohne Kinder leben. Alleinlebende sind ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die in einem Einpersonenhaushalt leben.

Fast ein Drittel der Bevölkerung ab 65 Jahren lebt allein

Noch immer ist das Alleinleben unter der Bevölkerung mit fortgeschrittenem Alter am weitesten verbreitet. Dabei handelt es sich vielfach um ältere Menschen, die z. B. nach dem Tod der Partnerin bzw. des Partners allein in einem Haushalt leben und nicht – wie dies in früheren Zeiten noch durchaus üblich war – mit Kindern oder Enkeln unter einem Dach wohnen. Rund 31 Prozent der Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren lebte 2013 allein. Vor allem die Zahl der allein lebenden Frauen steigt im Alter – unter anderem bedingt durch die höhere Lebenserwartung der Frauen – stark an.

Dagegen lebten und wirtschafteten 2013 lediglich 20 Prozent der 20- bis unter 35-Jährigen allein. Noch geringer ist der Anteil der Alleinlebenden bei der Gruppe der 35- bis unter 65-Jährigen; viele Menschen dieser Altersgruppe lebten mit einer Partnerin bzw. einem Partner und/oder Kind bzw. Kindern zusammen.

Immer seltener leben mehrere Generationen in einem Haushalt zusammen

War das Leben in einer Großfamilie, sei es in einem Haushalt mit drei Generationen oder in einem Zweigenerationenhaushalt mit mehreren Kindern, Mitte des letzten Jahrhunderts noch eine durchaus übliche Form des Zusammenlebens, so ist dies heute eher selten geworden.

Erfassung von Familien im Mikrozensus

Seit seiner erstmaligen Erhebung im Jahr 1957 orientierte sich der Mikrozensus bei der Erfassung familialer Beziehungen am traditionellen Familienkonzept. Mit der Einführung des unterjährigen Mikrozensus im Jahr 2005 wurde das traditionelle Familienkonzept auf das Lebensformenkonzept umgestellt. Der Mikrozensus liefert so unter anderem die Datengrundlage für die Festlegung von Kindergeld- und BAföG-Sätzen.

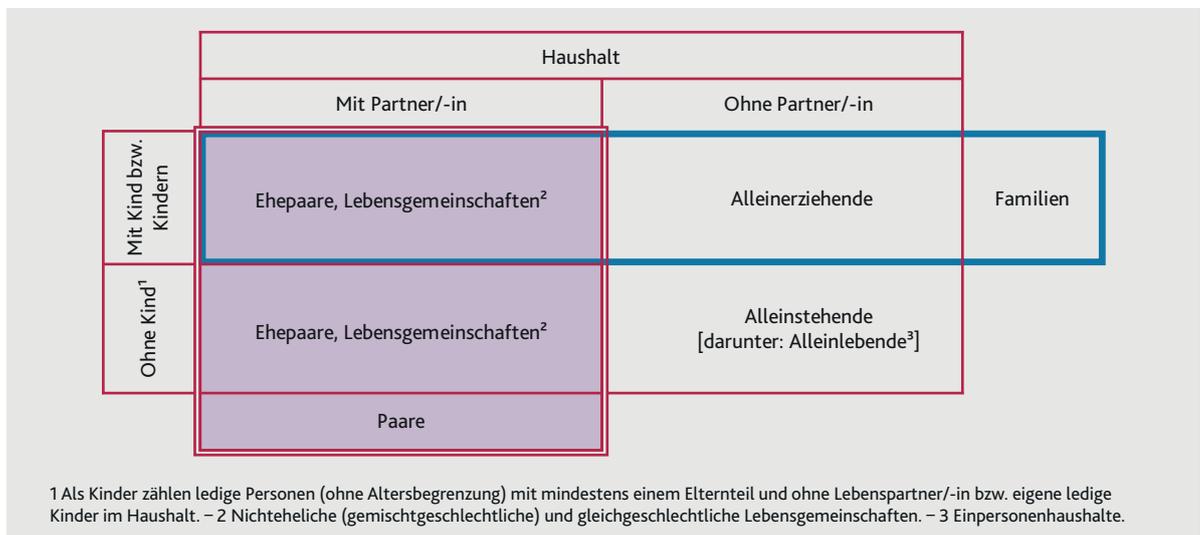
Mit dem Wechsel wurden alternative Lebensformen wie nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in die Berichterstattung integriert. Ausgehend davon gehören zu den Familien nun alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare mit ledigen Kindern, (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern und Alleinerziehende mit ledigen Kindern.

Familienverbände, die über den Kernhaushalt hinausgehen (wie getrennt wohnende Eltern oder nicht im Haushalt lebende Geschwister) können nicht erfasst werden.

Im Jahr 2005 wurde im Mikrozensus erstmals allen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartner/-in im Haushalt die Frage nach einer Lebenspartnerschaft gestellt. Damit können ab dem Mikrozensus 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden.

G 2

Systematik der Familien im Mikrozensus



Immer weniger Mehrgenerationenhaushalte

Im Jahr 2013 war lediglich jeder dritte Haushalt ein Mehrgenerationenhaushalt.¹ In 30 Prozent der Haushalte lebten zwei Generationen unter einem Dach, nur 0,7 Prozent der Haushalte umfasste drei und mehr Generationen. Die Mehrgenerationenhaushalte waren somit fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte.

Auch in Rheinland-Pfalz immer mehr alternative Familienformen

Im Jahr 2013 lebten 50 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung in einer Familie. Sie lebten also mit ihren Eltern bzw. einem Elternteil oder mit ihren Kindern zusammen. Nicht zu den Familien zählen Ehepaare ohne Kinder, nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende. Durch die im Jahr 2005 veränderte Erfassung von Familien (siehe Textkasten „Erfassung von Familien im Mikrozensus“) kann der Mikrozensus besser soziale Entwicklungen abbilden und wird zugleich dem geänderten Verständnis von Familie gerecht. Familien

nehmen in der politischen Diskussion einen besonderen Stellenwert ein. Nach Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Übereinstimmend wird in Deutschland auch das Zusammenleben mit Kindern generell als besonders schutzbedürftig betrachtet.

Im Jahr 2013 lebten in Rheinland-Pfalz insgesamt 586 000 Familien mit 956 200 ledigen Kindern jeden Alters. Im Vergleich zum Jahr 2003 nahm die Zahl der Familien damit um 8,2 Prozent ab.

Hinter den rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen bei den einzelnen Familienformen. Während die Zahl der traditionellen Eltern-Kind-Gemeinschaften – Paare mit Kind bzw. Kindern – sank, erhöhte sich die Zahl der sogenannten Ein-Eltern-Kind-Gemeinschaften – also der Alleinerziehenden. Obwohl die traditionelle Familie nach wie vor überwiegt, nahm ihr Anteil von gut 78 Prozent im Jahr 2003 auf knapp 73 Prozent im Jahr 2013 ab.

¹ Haushalte mit geradlinig Verwandten und gegebenenfalls weiteren Personen im Haushalt.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als Ein-Prozent-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit und Bildung. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 16 000 Haushalte mit rund 35 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 340 000 Haushalte mit etwa 690 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 200 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen.

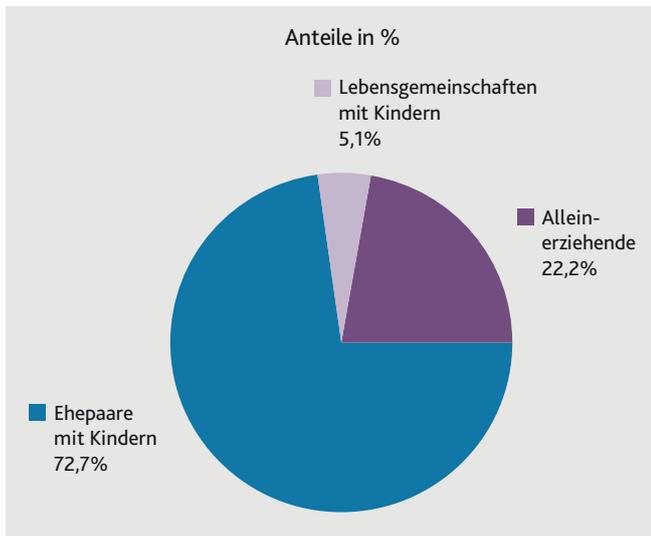
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2016 gültig. Für den Mikrozensus ab 2016 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 3

Familien 2013



In den vergangenen Jahrzehnten veränderte sich die Bedeutung verschiedener Formen des partnerschaftlichen Lebens innerhalb der Bevölkerung deutlich. Als ursächlich für den Wandel können dabei unter anderem die weitgehende Akzeptanz nichtehelicher Lebensformen, der Alterungsprozess der Bevölkerung, die Zunahme von Scheidungen und Trennungen sowie stärkere Selbstverwirklichungstendenzen der Menschen angesehen werden. Zudem leben Menschen im Laufe ihres Lebens vielfach in unterschiedlichen Lebensformen.

Immer weniger Kinder

1,63 Kinder
pro Familie

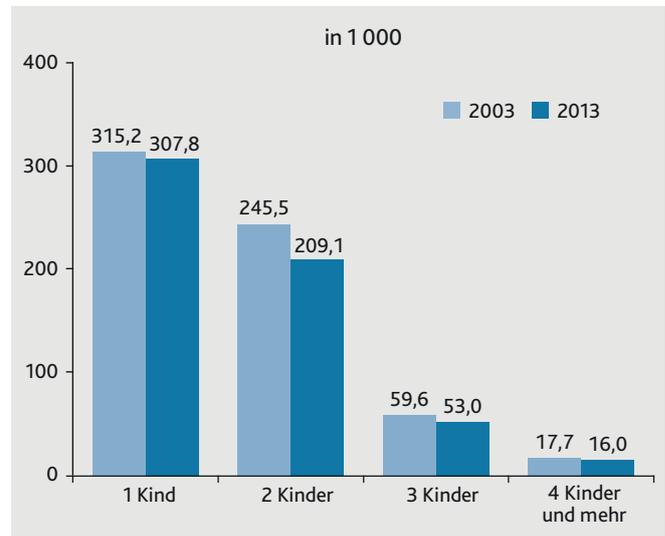
Nicht nur die Zahl der Familien nahm innerhalb der vergangenen zehn Jahre ab, auch die der Kinder sank deutlich (-10 Prozent). Im Mittel lebten 2013 in jeder Familie 1,63 Kinder.

Immer weniger
Großfamilien in
Rheinland-Pfalz

Dabei lebte in gut der Hälfte der rheinland-pfälzischen Familien 2013 nur ein Kind im gemeinsamen Haushalt. In den übrigen Familien wachsen Kinder mit mindestens einem Geschwisterkind auf; 36 Prozent der Familien haben zwei, zwölf Prozent drei oder

G 4

Familien 2003 und 2013 nach Zahl der Kinder



mehr Kinder. In den letzten zehn Jahren blieb diese Verteilung, bei rückläufiger Zahl der Familien insgesamt, nahezu unverändert. Insgesamt besteht die rheinland-pfälzische Durchschnittsfamilie aus 3,4 Personen.

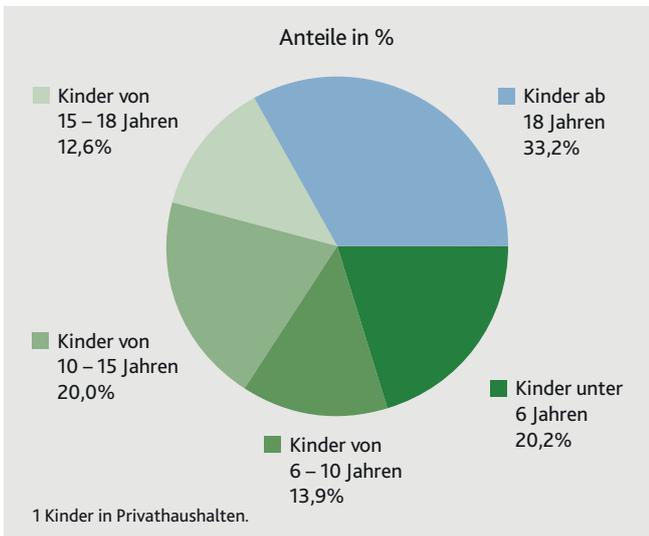
Die Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren sank zwischen 2003 und 2013 um 60 300 auf 394 100. Insgesamt lebten im Jahr 2013 in Rheinland-Pfalz 638 400 Kinder unter 18 Jahren. Das sind fast 67 Prozent aller im Mikrozensus als Kinder identifizierten Personen. Mehr als 20 Prozent sind jünger als sechs Jahre.

83 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen

Alleinerziehende stellen einen immer größer werdenden Teil der Familien. Als allein erziehende Elternteile zählen im Mikrozensus Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner mit ihren minder- oder volljährigen ledigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Insgesamt gab es in Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 rund 130 000 alleinerziehende Elternteile.

22 Prozent aller
Familien sind
alleinerziehende
Mütter oder
Väter mit ihren
Kindern

G 5

Kinder¹ 2013 nach dem Alter

Mit einem Anteil von 83 Prozent sind es dabei immer noch vorwiegend Mütter, die ihre Kinder ohne Partner großziehen.

Die meisten Alleinerziehenden haben nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2013 nur ein Kind (67 Prozent), mehr als ein Viertel (27 Prozent) kümmert sich allein um zwei Kinder. Die durchschnittliche Kinderzahl von Alleinerziehenden liegt bei 1,41.

Bei den alleinerziehenden Elternteilen leben in vielen Fällen ältere Kinder: Fast 42 Prozent der bei Alleinerziehenden lebenden Kinder sind bereits volljährig. Dagegen sind lediglich vierzehn Prozent jünger als sechs Jahre, zwölf Prozent sind zwischen sechs und zehn Jahren alt, 19 Prozent zwischen zehn und 15 Jahren und 14 Prozent zwischen 15 und 18 Jahren.

Nach wie vor ist eine Scheidung die häufigste Ursache, warum Mütter und Väter ihre Kinder allein aufziehen. Im Jahr 2013 waren rund 44 Prozent der Alleinerziehenden geschieden, 22 Prozent waren verwitwet.

Zahl der Paare ohne Kinder nimmt zu

Die Zahl der Paare ohne Kinder stieg in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Jahr 2013 lebten im Land 570 700 Paare ohne ledige Kinder. Der überwiegende Teil dieser Paare ohne Kinder sind allerdings ältere Menschen, deren erwachsene Kinder den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben. Darüber hinaus verzögert sich bei jungen Paaren häufig – unter anderem bedingt durch längere Ausbildungszeiten – der Zeitpunkt der Eheschließung sowie der Geburt des ersten Kindes.

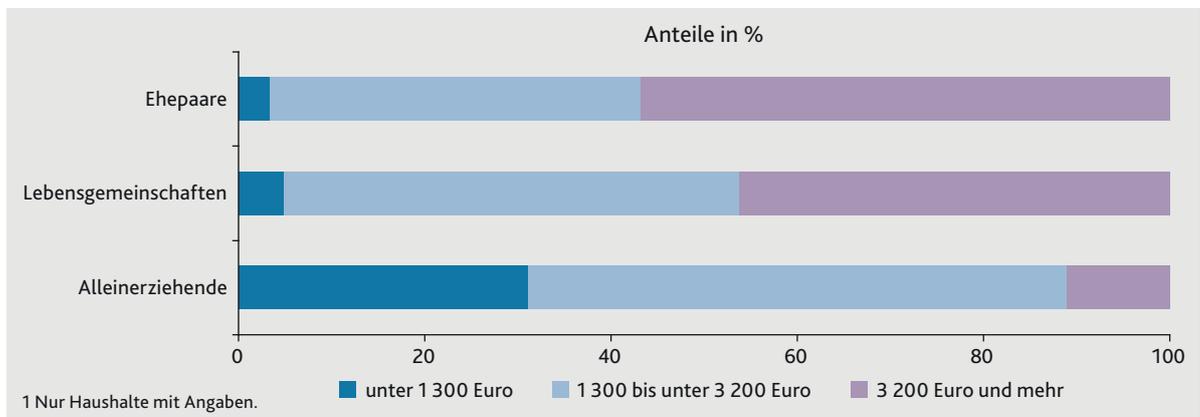
Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren das unverheiratete Zusammenleben in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft. Dennoch bleibt die Ehe für Paare die am häufigsten gewählte Form des Zusammenlebens: 86 Prozent aller Paare ohne Kinder im Land sind verheiratet.

Ehe weiterhin häufigste Form des Zusammenlebens für Paare

Alleinerziehende häufig mit geringem Einkommen

Neben der sozialen ist auch die wirtschaftliche Lage von Familien bedeutsam. Mit den verschiedenen Familienformen gehen auch unterschiedliche Möglichkeiten der Erwerbsbeteiligung und damit der Lebensgestaltung einher. Das monatliche Nettoeinkommen lag 2013 bei jeder zehnten Familie in Rheinland-Pfalz (9,7 Prozent) unter 1 300 Euro. Rund 13 Prozent der Familien verfügten monatlich über 1 300 bis 2 000 Euro, rund 32 Prozent über 2 000 bis 3 200 Euro und 46 Prozent über 3 200 Euro und mehr.

Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Familienformen: Vor allem Alleinerziehende sind oft besonderen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Während 31 Prozent aller Alleinerziehenden mit einem Einkommen von unter 1 300 Euro auskommen

G 6 Familien 2013 nach dem monatlichen Nettoeinkommen¹

müssen, liegt der entsprechende Anteil bei Ehepaaren mit Kindern nur bei 3,3 Prozent.

74 Prozent der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern gehen einer Erwerbstätigkeit nach

Bei gut 67 Prozent der Familien mit zwei Elternteilen und Kindern unter 18 Jahren gingen beide Partner einer Erwerbstätigkeit nach. Lediglich einer der beiden Partner arbeitete bei 29 Prozent der Paare mit Kindern unter 18 Jahren. Von den Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern gingen 74 Prozent einer Erwerbstätigkeit nach. Dabei wird die Beteiligung am Erwerbsleben bei Alleinerziehenden maßgeblich vom Alter der Kinder bestimmt: Alleinerziehende, die Kinder unter sechs Jahren großziehen, sind seltener erwerbstätig als Alleinerziehende mit älteren Kinder.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt durch den Mikrozensus über wichtige Daten zu Haus-

halten und Familien, deren Struktur und Veränderung im Zeitverlauf. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten vollzogen sich bedeutsame Wandlungen: Während die Zahl der Alleinlebenden steigt, geht die Zahl der Familien deutlich zurück. Auch haben im Zeitverlauf die „alternativen“ Familienformen – dazu zählen Alleinerziehende und nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Kindern – immer mehr an Bedeutung gewonnen. Der Großteil der Familien lebt aber nach wie vor in der traditionellen Familienform des Ehepaares mit Kind bzw. Kindern.

Merle Hattenhauer, Soziologin (M. A.), leitet das Referat „Mikrozensus, Haushaltserhebungen“.

Info

Weitere Informationen zum Themenbereich „Familien und Lebensformen“ finden Sie im Statistischen Jahrbuch 2014 unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen



Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschev

Ifo Index leicht gestiegen

Unternehmen blicken zuversichtlicher in die Zukunft

Der Ifo Geschäftsklimaindex ist im Februar leicht gestiegen. Er erhöhte sich von 106,7 auf 106,8 Punkte. Während die Zufriedenheit der Unternehmen mit der aktuellen Geschäftslage etwas nachließ, schätzten sie den weiteren Geschäftsverlauf optimistischer ein als im Vormonat. Leichte Verbesserungen des Geschäftsklimas waren im Verarbeitenden Gewerbe und im Einzelhandel zu verzeichnen. Im Bauhauptgewerbe trübte sich die Stimmung erneut etwas ein, allerdings liegt der Index weiterhin auf einem hohen Niveau. Im Großhandel fiel die Beurteilung des Geschäftsklimas ebenfalls etwas schlechter aus als im Januar.

ZEW-Index erreicht höchsten Stand seit Februar 2014

Der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten misst, ist im Februar ebenfalls leicht gestiegen. Der Index legte um 4,6 auf 53 Punkte zu und erreichte damit den höchsten Stand seit Februar 2014. Zu der optimistischen Einschätzung der Experten dürften die günstige Wirtschaftsentwicklung im vierten Quartal 2014 und die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank beigetragen haben.

Konsumklima verbessert sich weiter

Auch die Konsumenten bleiben trotz des Ukraine Konflikts und der Unsicherheit über die Zukunft Griechenlands weiterhin optimistisch. Der Konsumklimaindikator, der monatlich von der GfK erhoben wird, erhöhte sich im Februar auf 9,3 Punkte. Der Aufwärtstrend soll auch im März anhalten. Die Konsumforscher aus Nürnberg erwarten einen Anstieg des Indikators auf 9,7 Punkte.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion und Auftragseingänge gestiegen

Die Produktion des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes ist im Berichtsmonat Dezember 2014 gestiegen. Dies zeigen die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1 000 Betrieben basieren. Die Auftragseingänge fielen ebenfalls höher aus als im Vormonat.

Im Dezember erhöhte sich der preis-, kalender- und saisonbereinigte Index der Industrieproduktion um 1,6 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Zugleich lag der Güterausstoß um 0,4 Prozent unter dem Niveau von Dezember 2013.

Die Vorleistungsgüterindustrie ist die mit Abstand bedeutendste industrielle Hauptgruppe innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz. Sie hatte 2014 einen Anteil am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 56 Prozent. Im Dezember wuchs die bereinigte Vorleistungsgüterproduktion um zwei Prozent. Allerdings war der Output um 1,5 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat.

Auch die Investitionsgüterindustrie, die etwa ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beiträgt, steigerte im Dezember ihre Produktion (+3,6 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhte sich der Güterausstoß um 5,1 Prozent.

Lediglich in der Konsumgüterindustrie, die 2014 einen Umsatzanteil von 17 Prozent hatte, fiel die Produktion geringer aus als im Vormonat (-1,4 Prozent). Gegenüber Dezember 2013 sank der Output um 4,3 Prozent.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes: +1,6 Prozent

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: +2 Prozent

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: +3,6 Prozent

Produktion in der Konsumgüterindustrie: -1,4 Prozent

Produktion in
der Chemischen
Industrie:
+4,8 Prozent

Die drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie erhöhten im Dezember ihren Güterausstoß. In der Chemischen Industrie, der mit einem Umsatzanteil von gut einem Drittel bedeutendsten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, stieg der bereinigte Produktionsindex im Berichtsmonat um 4,8 Prozent. Der Output lag jedoch um 3,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Produktion im
Fahrzeugbau:
+6,4 Prozent

Im Fahrzeugbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und mit einem Umsatzanteil von 13 Prozent die zweitgrößte Branche im Verarbeitenden Gewerbe ist, gab es im Dezember einen Produktionszuwachs von 6,4 Prozent. Allerdings war der Güterausstoß um 1,2 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Produktion im
Maschinenbau:
+0,9 Prozent

Im Maschinenbau, der ebenfalls der Investitionsgüterindustrie angehört und 2014 neun Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, erhöhte sich der Output im Berichtsmonat um 0,9 Prozent. Zugleich wurden 8,9 Prozent mehr Güter hergestellt als im Dezember 2013.

Auftragsein-
gänge im Ver-
arbeitenden
Gewerbe:
+5,2 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Dezember 2014 legte der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex kräftig zu (+5,2 Prozent). Aus dem In- und Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im November (+6 bzw. +4,7 Prozent). Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich ein deutliches Plus (+10 Prozent); insbesondere die Nachfrage aus dem Ausland erhöhte sich stark (+15 Prozent). Das Ordervolumen aus dem Inland wuchs um drei Prozent.

Nachfragean-
stieg in allen
drei Industrie-
hauptgruppen

Alle drei Industriehauptgruppen verzeichneten im Berichtsmonat eine Zunahme der Bestellungen. Die Konsumgüterindustrie überwand die Nachfrageschwäche der vergangenen Monate; der bereinigte Auftrags-eingangindex stieg um 23 Prozent im Ver-

gleich zum Vormonat. In der Investitionsgüterindustrie erhöhte sich das Ordervolumen um 6,4 Prozent und in der Vorleistungsgüterindustrie um 1,3 Prozent. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat wurden die Güter aller drei Hauptgruppen vermehrt nachgefragt. Den größten prozentualen Zuwachs verbuchten die Hersteller von Investitionsgütern (+21 Prozent). In der Konsumgüterindustrie stiegen die Bestellungen um 13 Prozent; in der Vorleistungsgüterindustrie gingen 1,1 Prozent mehr Aufträge ein.

In den drei größten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verlief die Entwicklung im Dezember uneinheitlich. In der Chemischen Industrie schrumpfte der bereinigte Auftragseingangsindex um 1,1 Prozent gegenüber dem Vormonat, was auf einen Rückgang der Nachfrage aus dem Ausland zurückzuführen ist (-6,3 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland nahmen zu (+4,9 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat sank das Ordervolumen um 1,8 Prozent.

Der Fahrzeugbau profitierte im Berichtsmonat von steigenden Auftragseingängen (+7,5 Prozent). Die Nachfrage aus dem In- und Ausland fiel höher aus als im November (+5,2 bzw. +8,8 Prozent). Gegenüber dem schwachen Vorjahresmonat ergab sich ein Plus von 37 Prozent.

Im Maschinenbau wuchs das Ordervolumen im Dezember um 6,9 Prozent. Die Bestellungen aus dem Inland nahmen um 5,9 Prozent zu, während die Nachfrage aus dem Ausland um 7,7 Prozent zulegte. Zugleich lag der bereinigte Auftragseingangsindex um 7,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe geringfügig gestiegen

Im Bauhauptgewerbe war die Nachfrage nach Bauleistungen im Dezember kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert (+0,1 Prozent).

Auftragsein-
gänge in der
Chemischen
Industrie:
-1,1 Prozent

Auftragsein-
gänge im
Fahrzeugbau:
+7,5 Prozent

Auftrags-
einträge im
Maschinenbau:
+6,9 Prozent

Auftragsein-
gänge im Bau-
hauptgewerbe:
+0,1 Prozent

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Auftragseingänge dagegen um 2,5 Prozent gesunken.

Auftragseingänge im Hochbau: +10 Prozent

Im Hochbau, der 2014 einen Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes von 48 Prozent hatte, nahmen die Bestellungen im Dezember um zehn Prozent zu. Vor allem der öffentliche Hochbau verzeichnete einen kräftigen Zuwachs (+21 Prozent). Zulegen konnten aber auch der gewerbliche Hochbau sowie der Wohnungsbau (+13 bzw. +7,1 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau um 6,9 Prozent gestiegen. Der öffentliche Hochbau musste erhebliche Einbußen verkraften (-22 Prozent). Der gewerbliche Hochbau sowie der Wohnungsbau wiesen gegenüber dem Vorjahreswert Zuwächse auf (+33 bzw. +9,9 Prozent).

Auftragseingänge im Tiefbau: -10 Prozent

Im Tiefbau, auf den 52 Prozent der Auftragseingänge des Jahres 2014 entfielen, verschlechterte sich im Dezember 2014 die Nachfrage im Vormonatsvergleich um zehn Prozent. Im Straßenbau sowie im öffentlichen Tiefbau sanken die Auftragszahlen (-17 bzw. -2,6 Prozent). Der gewerbliche Tiefbau meldete dagegen einen Zuwachs (+5,9 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat nahm das Ordervolumen im Tiefbau ebenfalls um zehn Prozent ab. Der Straßenbau sowie der öffentliche Tiefbau verzeichneten kräftig sinkende Auftragszahlen (-23 bzw. -13 Prozent). Dagegen erzielte der gewerbliche Tiefbau eine sprunghafte Zunahme (+36 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Einzel- und im Kfz-Handel

Umsatz im Einzelhandel: +1,6 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) ist im November 2014 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,6 Prozent gestiegen. Mit Ausnahme des Juli hatte es von Februar bis Oktober ebenfalls leichte Umsatzsteigerungen gegeben.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunktorentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatz im
Kfz-Handel:
+5,2 Prozent

Im Kraftfahrzeughandel lagen die bereinigten Umsätze im November um 5,2 Prozent über dem Vorjahreswert. Davor war der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt seit August 2013 – mit Ausnahme des Mai – gestiegen.

Umsatz im
Großhandel:
-0,4 Prozent

Im Großhandel waren die geglätteten preisbereinigten Umsätze im November 2014 um 0,4 Prozent niedriger als im Vorjahr. Bereits von Mai bis Oktober hatte es Rückgänge in einem Bereich von -0,9 bis -3,9 Prozent gegeben.

Umsatz im
Gastgewerbe:
-1,4 Prozent

Im Gastgewerbe fielen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im November 2014 um 1,4 Prozent niedriger aus als im Vorjahresmonat. Für September und Oktober waren noch leichte Zuwächse berechnet worden (+0,6 bzw. 1 Prozent).

Verbraucherpreise im Februar unter Vorjahresniveau

Jahresteu-
erungsrate im
Februar bei
-0,1 Prozent

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im Februar 2015 um 0,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Zuletzt hatte es im Januar (-0,4 Prozent) den ersten Preisrückgang seit Oktober des Krisenjahres 2009 gegeben. Von Januar 2013 bis Dezember 2014 blieb der Anstieg der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (+2 Prozent). Von Juli bis Dezember 2014 lag die Preissteigerung durchgängig bei weniger als ein Prozent.

Die aktuelle Entwicklung wird in erster Linie durch sinkende Energiepreise bestimmt (-7 Prozent). Heizöl (-21 Prozent) und Kraftstoffe (-12 Prozent) waren erheblich billiger als im Vorjahr. Preisrückgänge gab es zudem bei Fernwärme (-2,8 Prozent), Gas (-1,5 Prozent) und Strom (-0,5 Prozent).

Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von ein Prozent auf.

Den höchsten Preisrückgang im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (-2,3 Prozent). Außerdem sanken die Preise der Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Bekleidung und Schuhe“ (-2 Prozent), „Nachrichtenübermittlung“ (-1,2 Prozent), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-0,7 Prozent) sowie „Wohnung, Wasser, Gas und andere Brennstoffe“ (-0,3 Prozent). In den Hauptgruppen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+2,6 Prozent), „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,5 Prozent), sowie „Gesundheitspflege“ (+2,1 Prozent) wurden die höchsten Preissteigerungen festgestellt.

Preisentwicklung in den
Waren- und
Dienstleistungs-
gruppen
uneinheitlich

Arbeitslosenzahl im Februar leicht gesunken

Die Lage am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt hat sich im Februar 2015 – entgegen dem für die Jahreszeit üblichen Trend – leicht verbessert. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit ist der Arbeitsmarkt stabil, und die Konjunkturerwartungen sind gut. Insgesamt waren 123 300 Frauen und Männer als arbeitslos registriert, etwa 500 weniger als im Januar (-0,4 Prozent). Gegenüber Februar 2014 ging die Zahl der Arbeitslosen um 2 100 zurück (-1,7 Prozent).

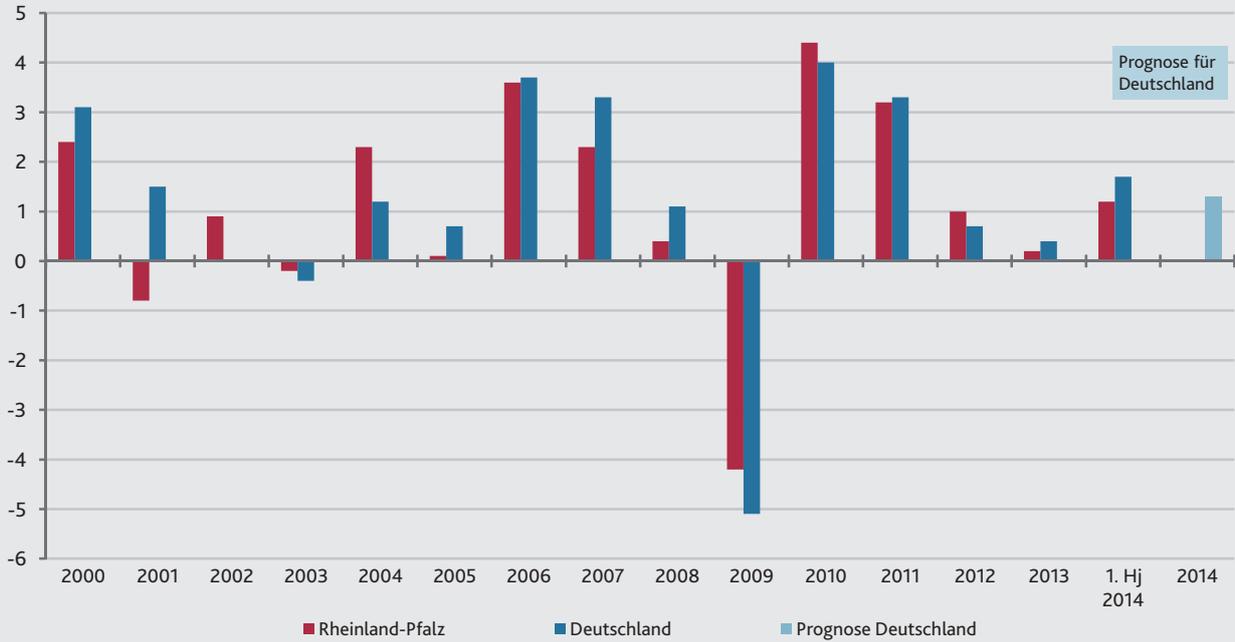
Zahl der Arbeits-
losen sinkt um
0,4 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, blieb gegenüber dem Vormonat unverändert bei 5,7 Prozent. Im Februar 2014 hatte sie bei 5,9 Prozent gelegen.

Arbeitslosen-
quote unver-
ändert bei
5,7 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirsche, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen“ tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

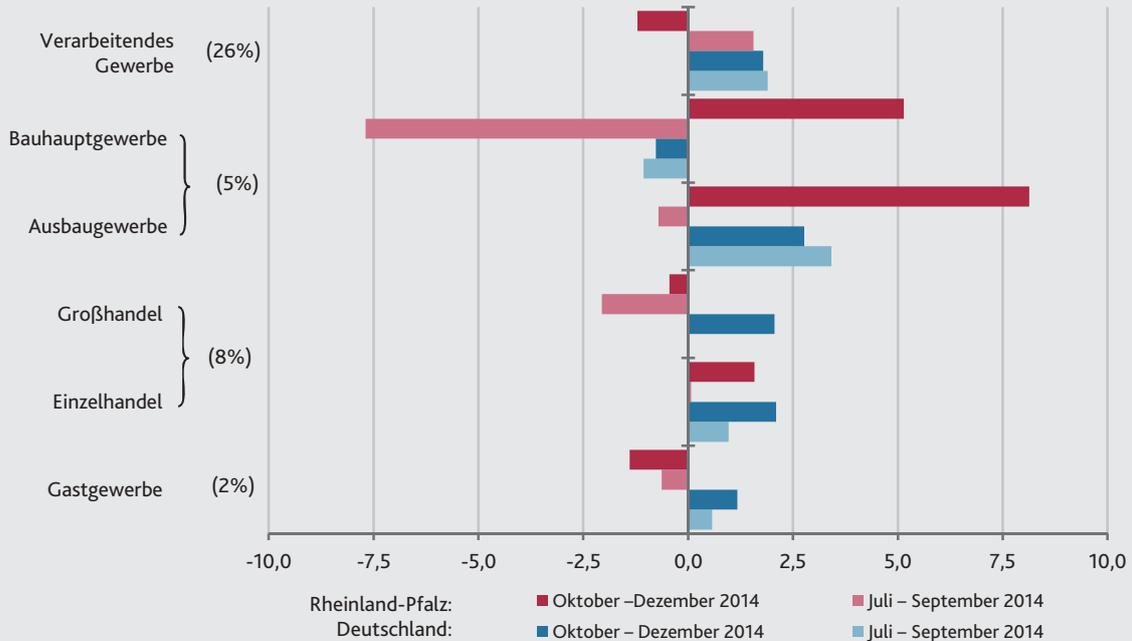


¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2014; nächster Fortschreibungstermin: Frühjahr 2015. Quelle Prognosewert 2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

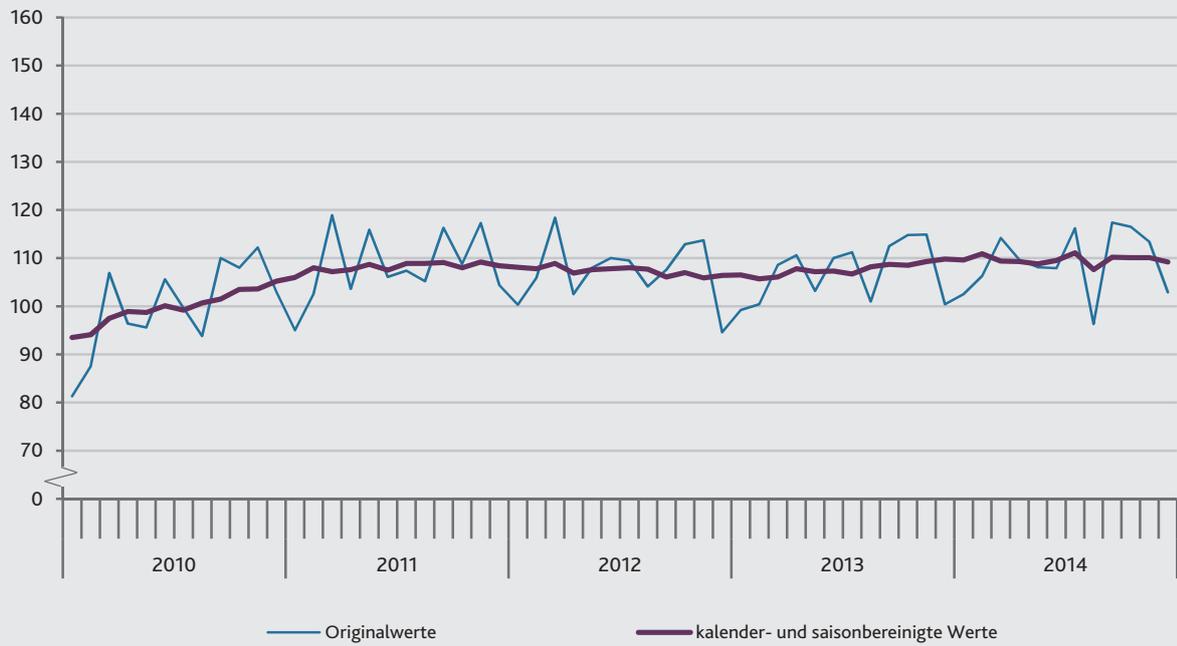


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2013. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

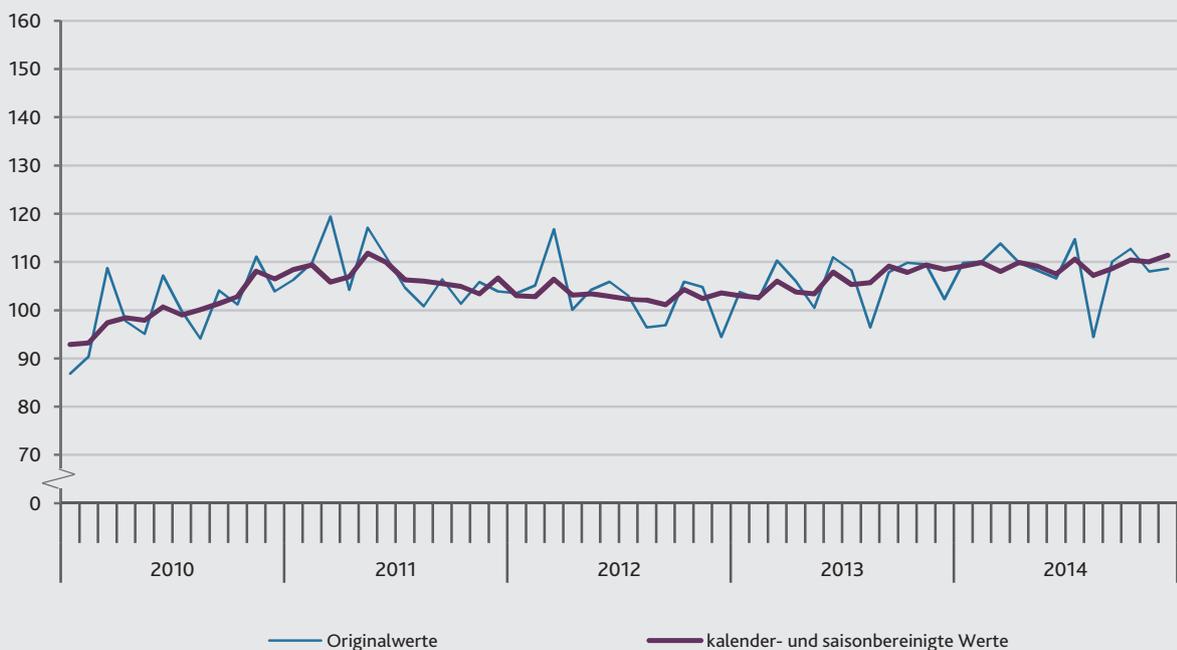


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

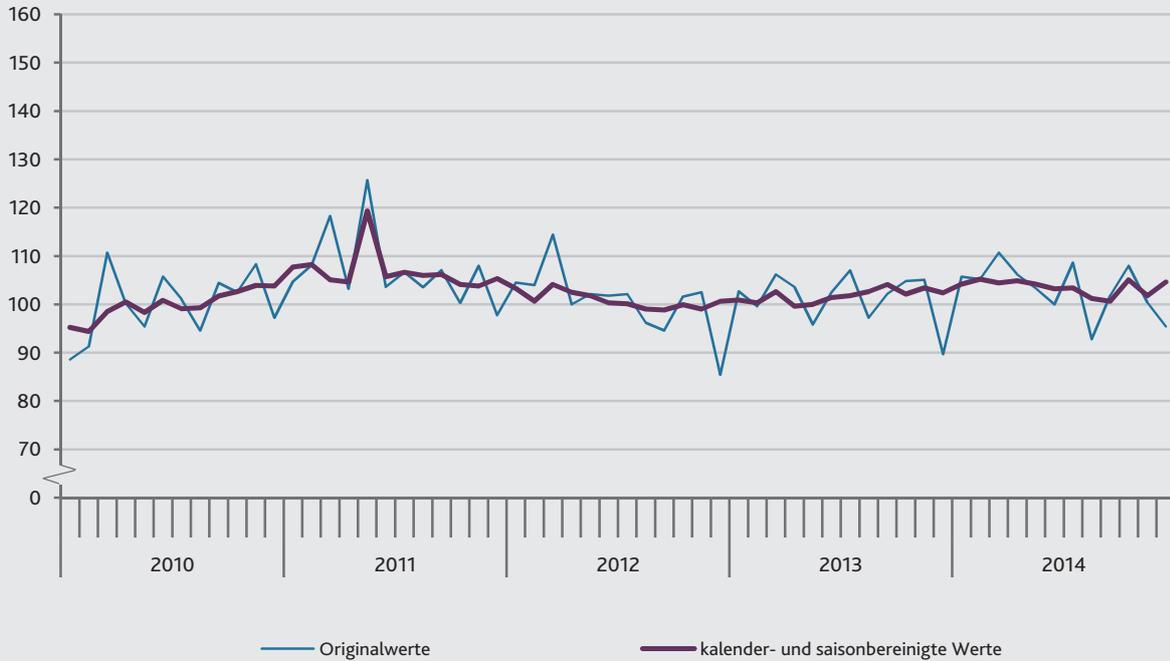


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

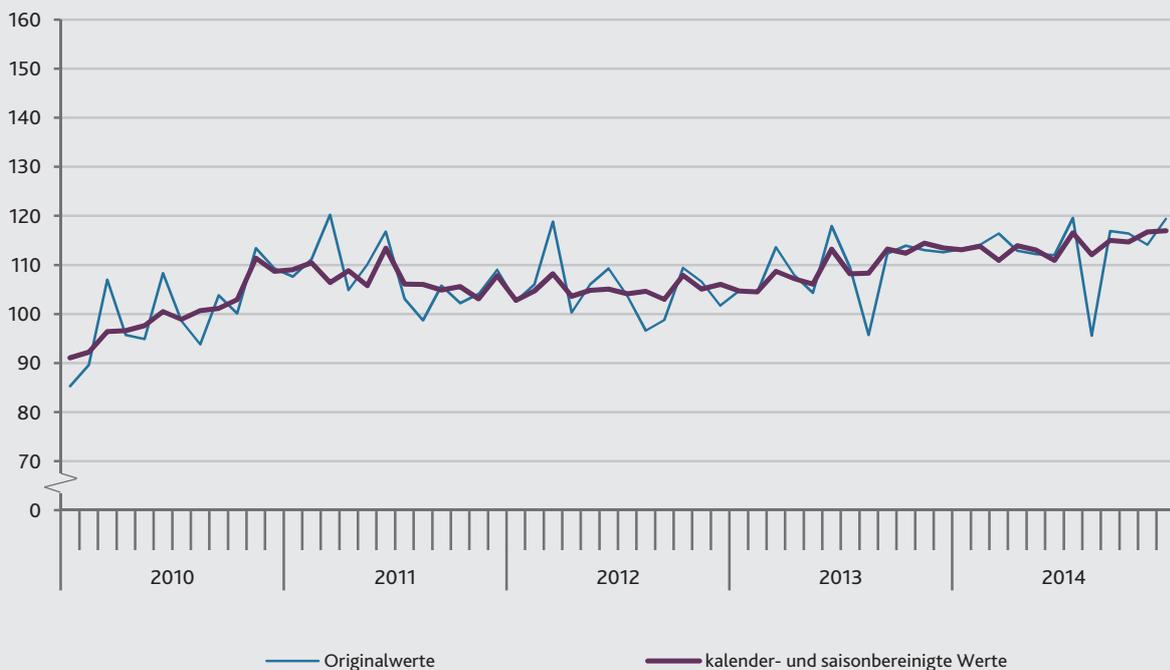


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

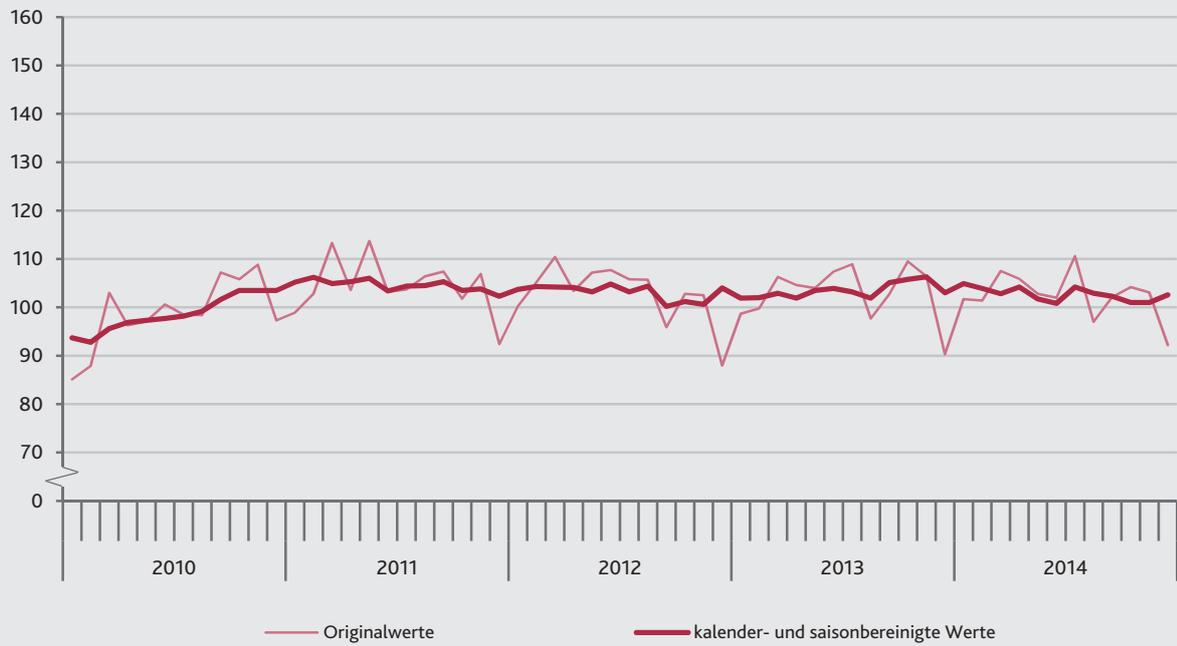


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

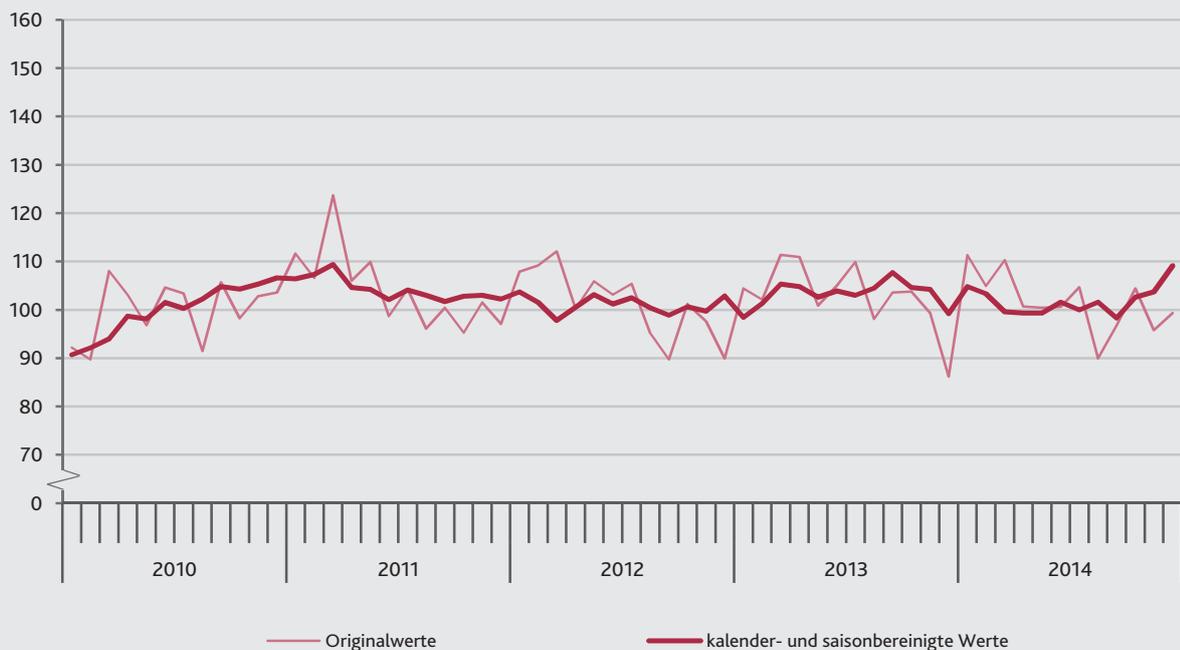


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

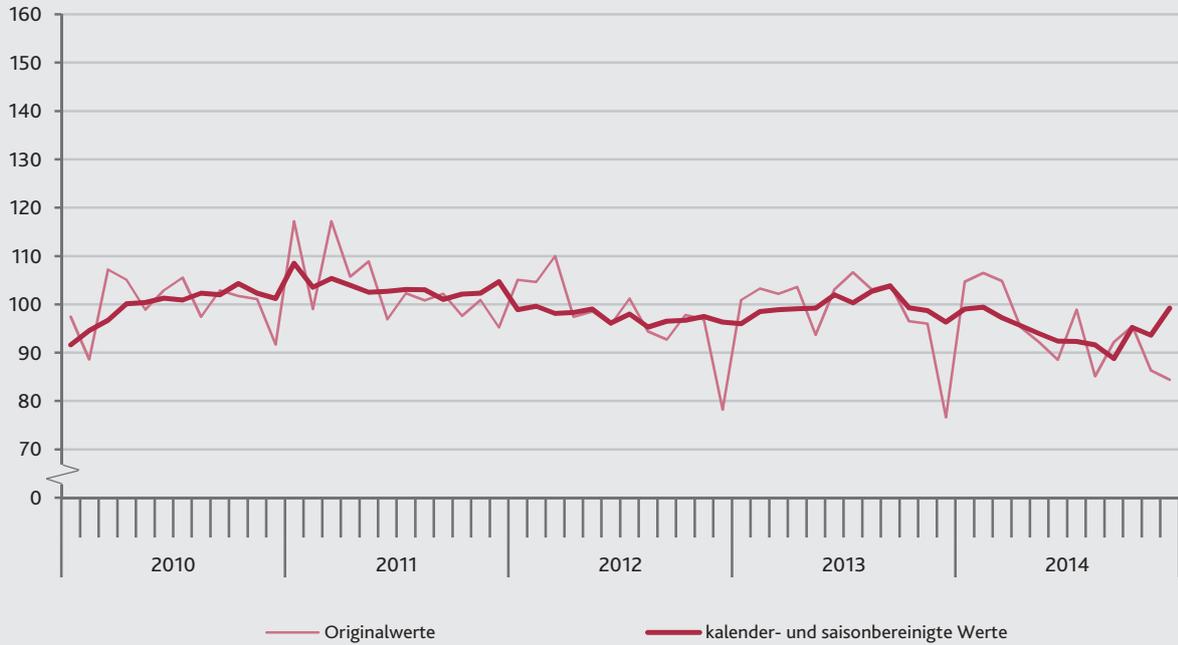


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

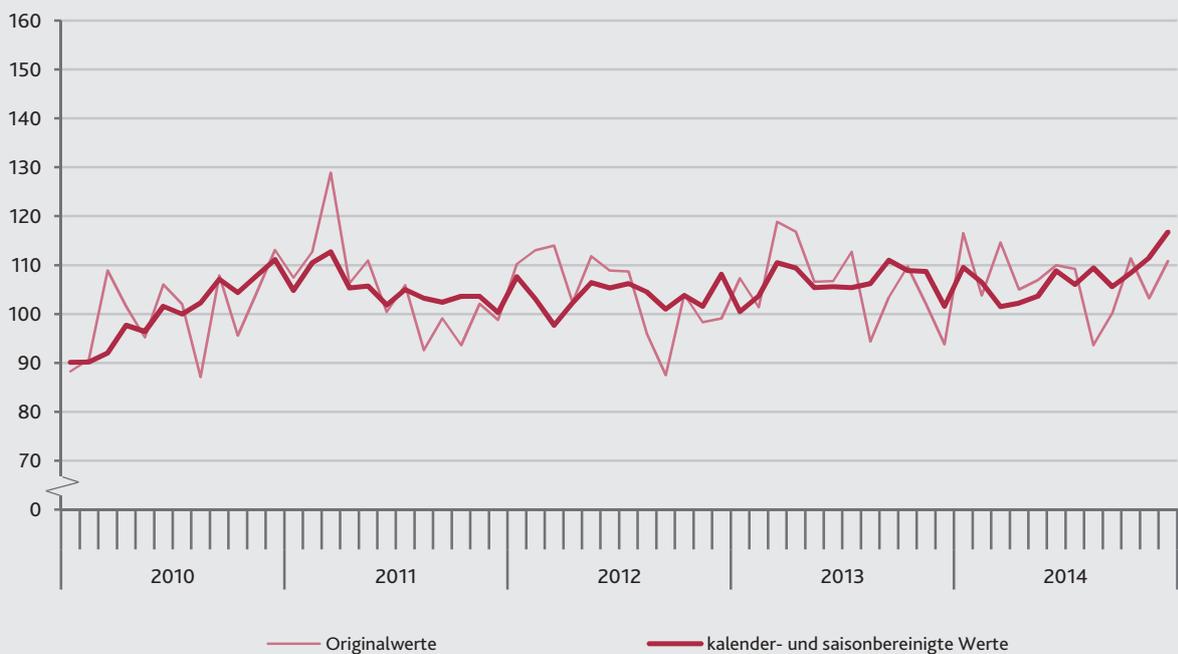


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



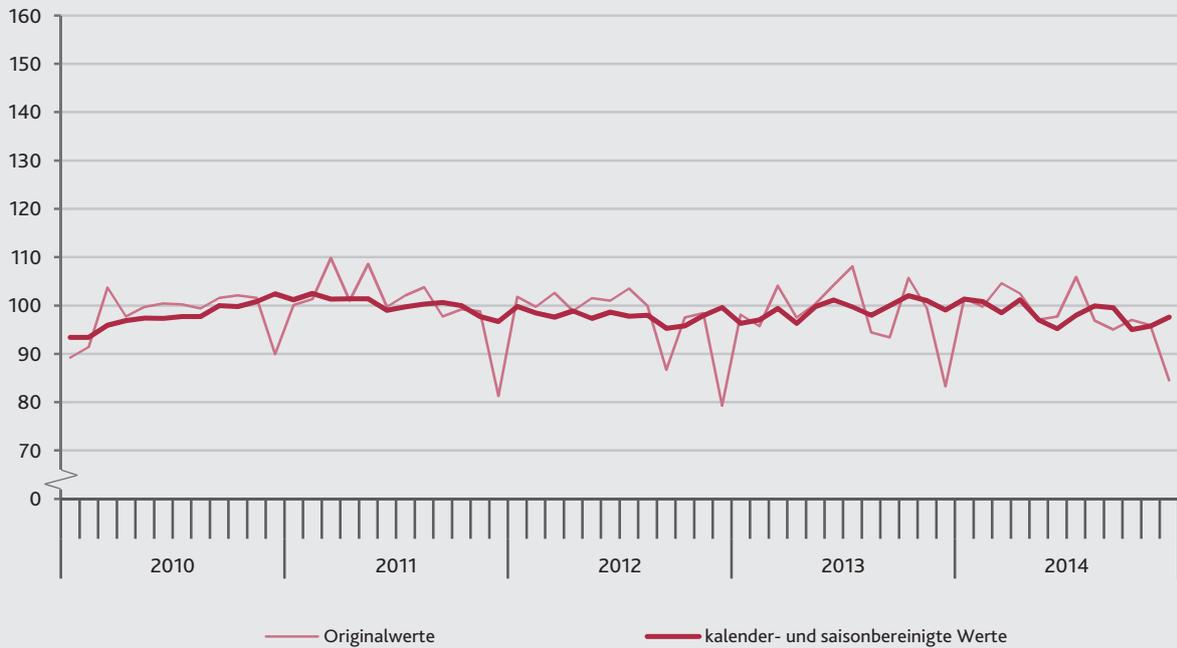
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



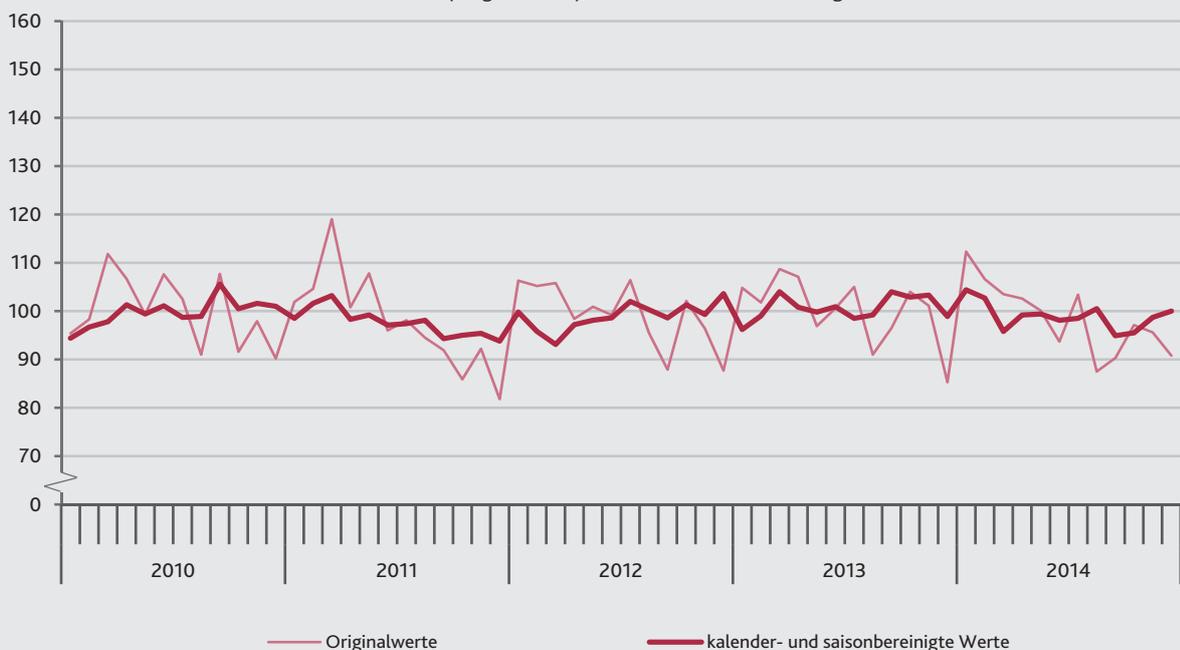
1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 56%

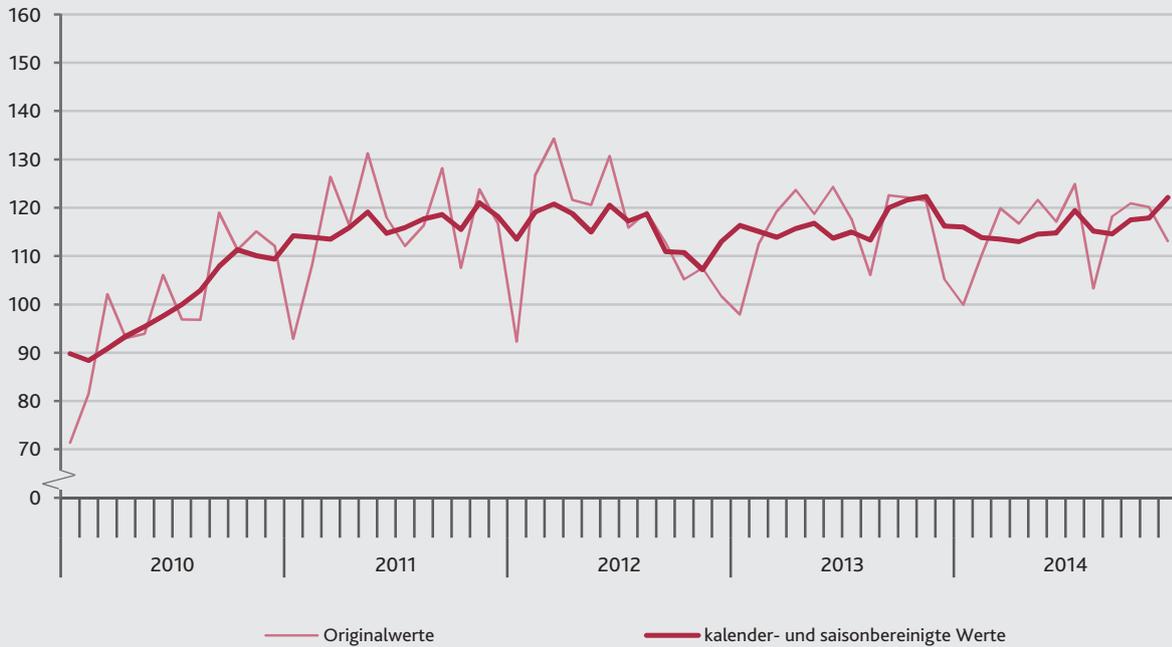
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

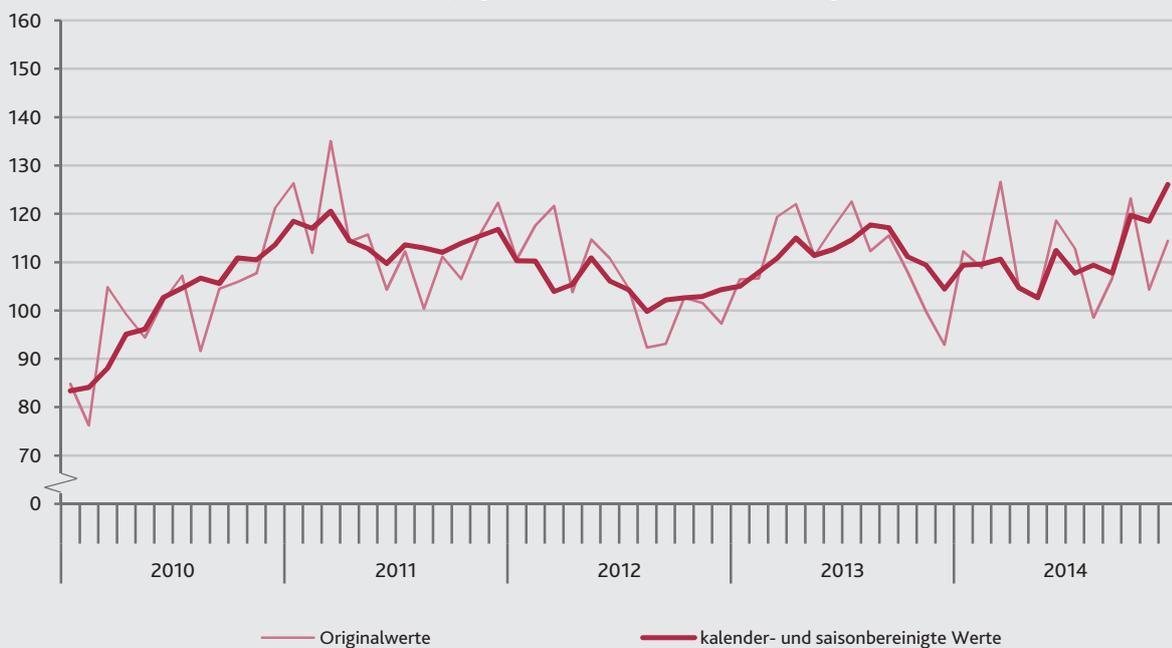
Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 26%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

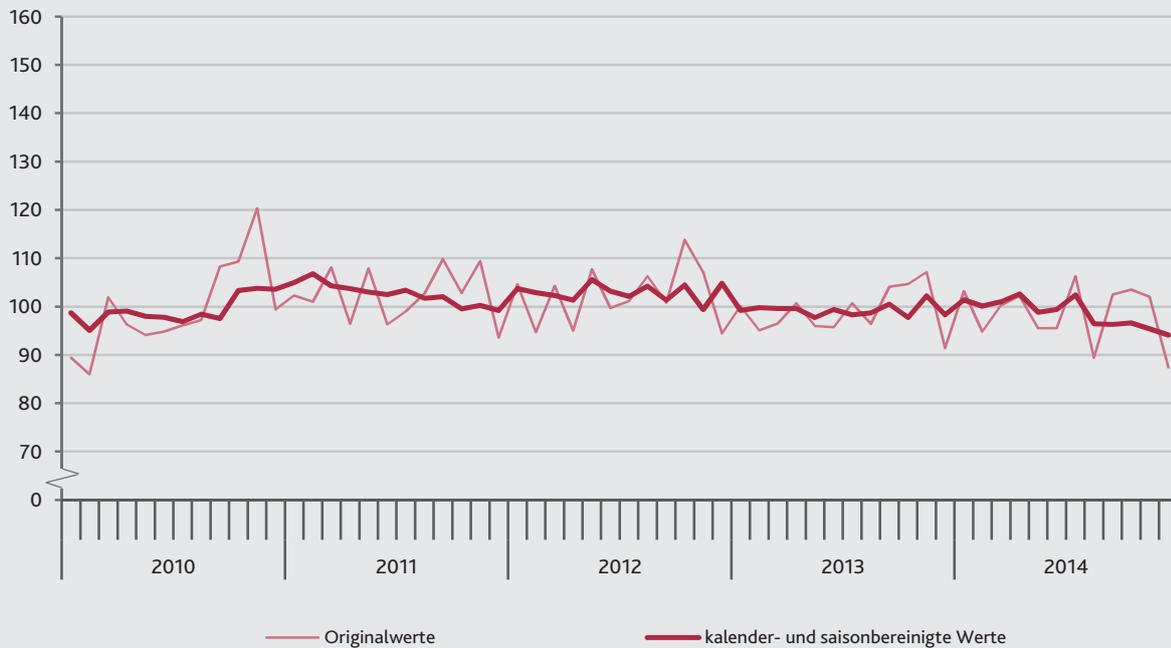


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

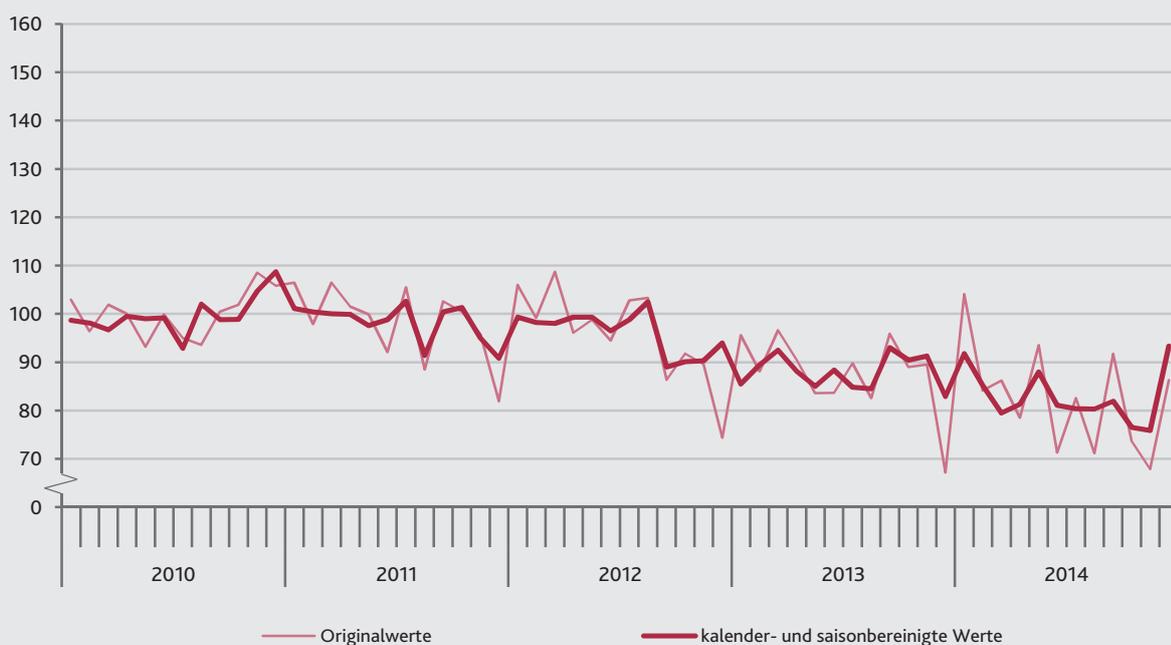


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

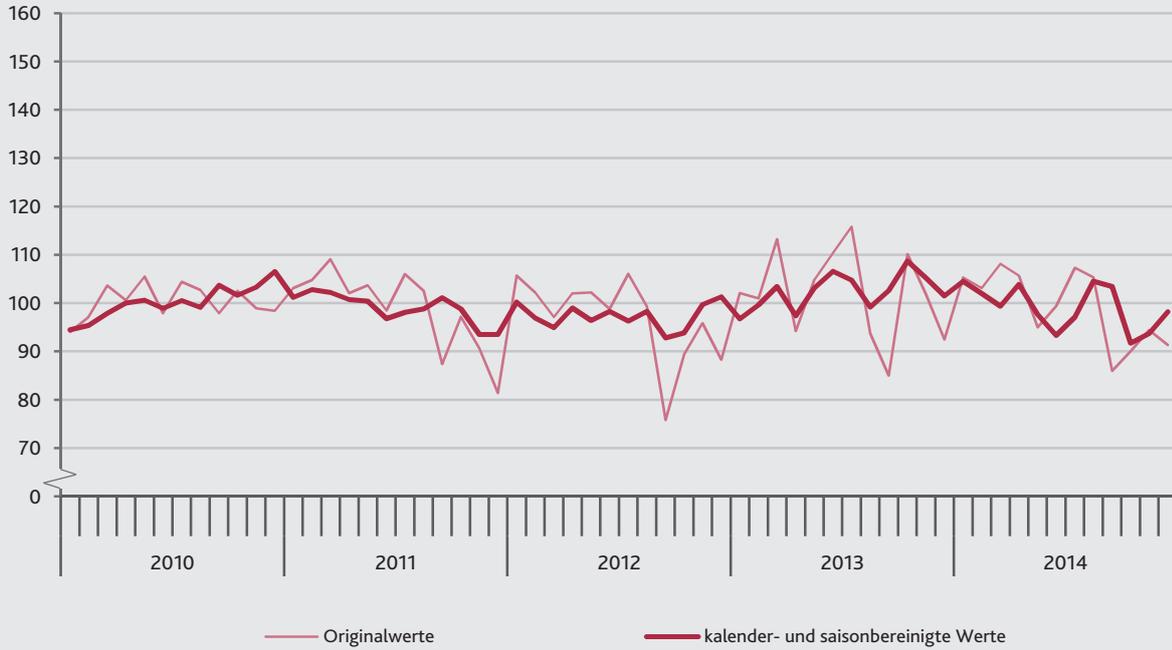
Anteil am Gesamtumsatz 2014: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

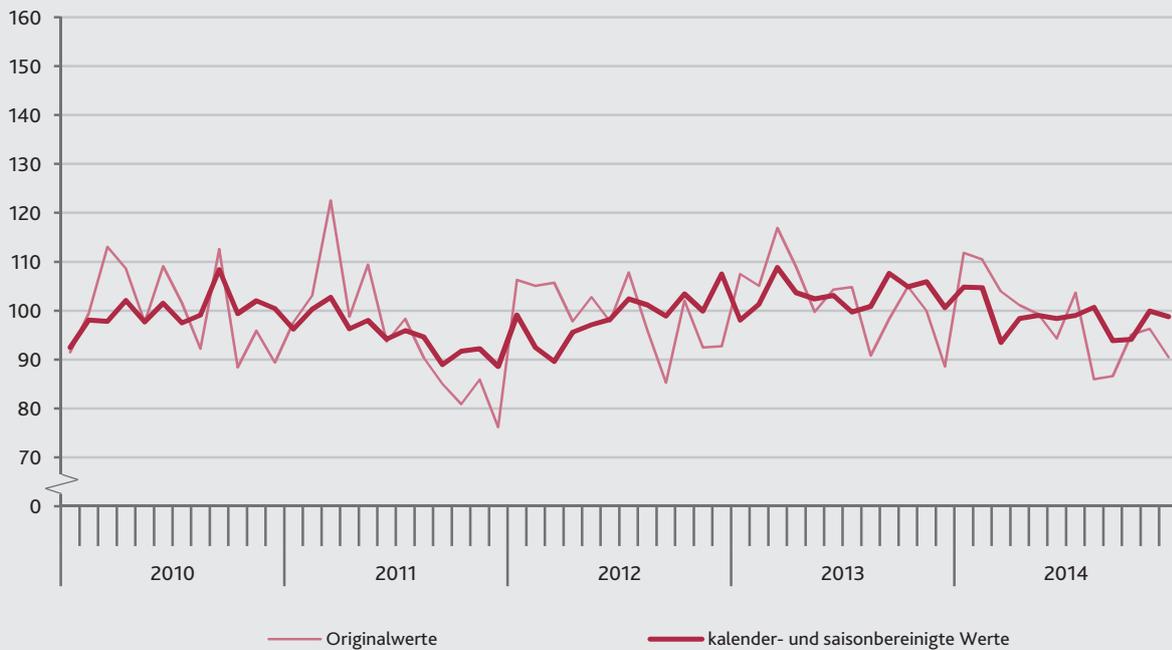
Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2014: 34%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

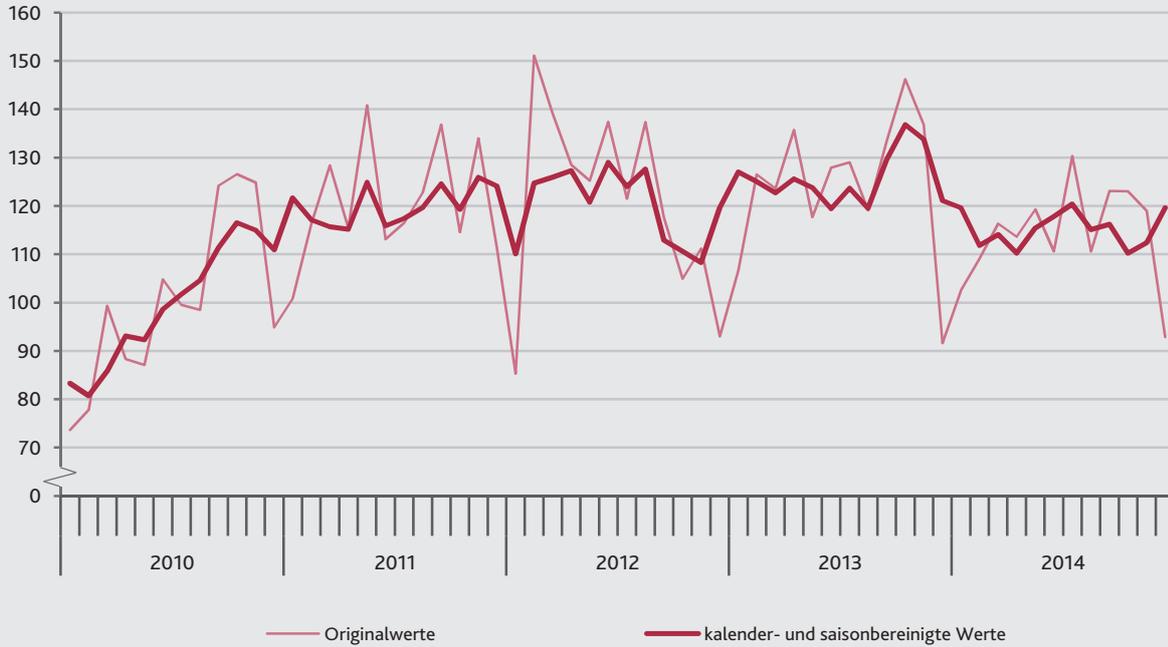


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

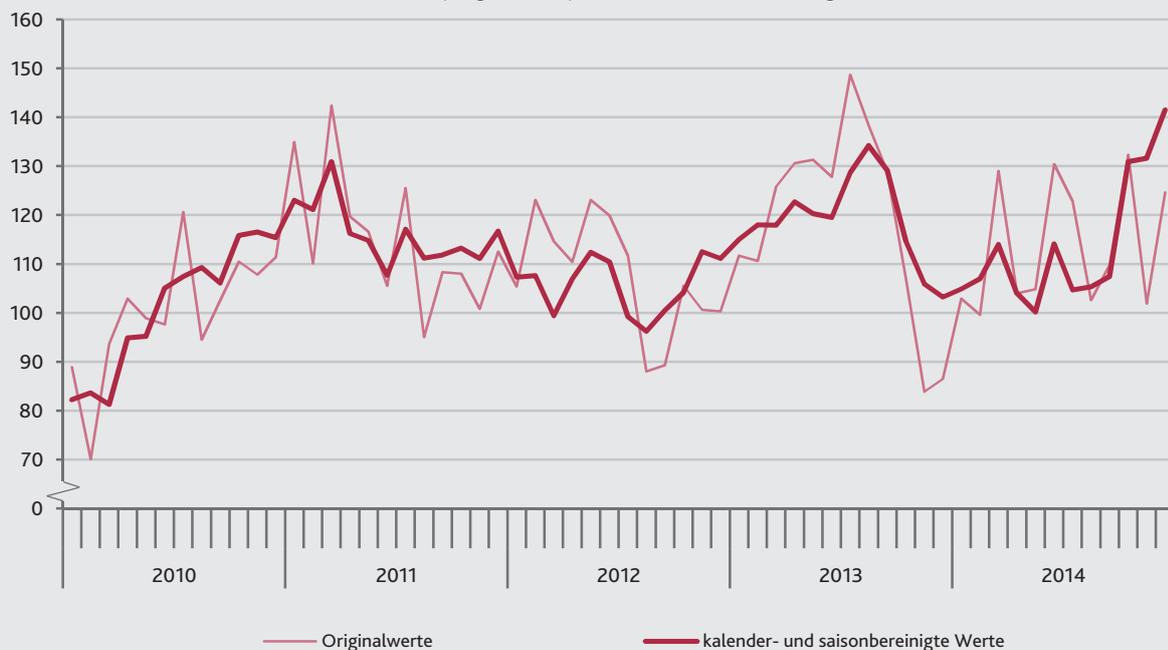


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

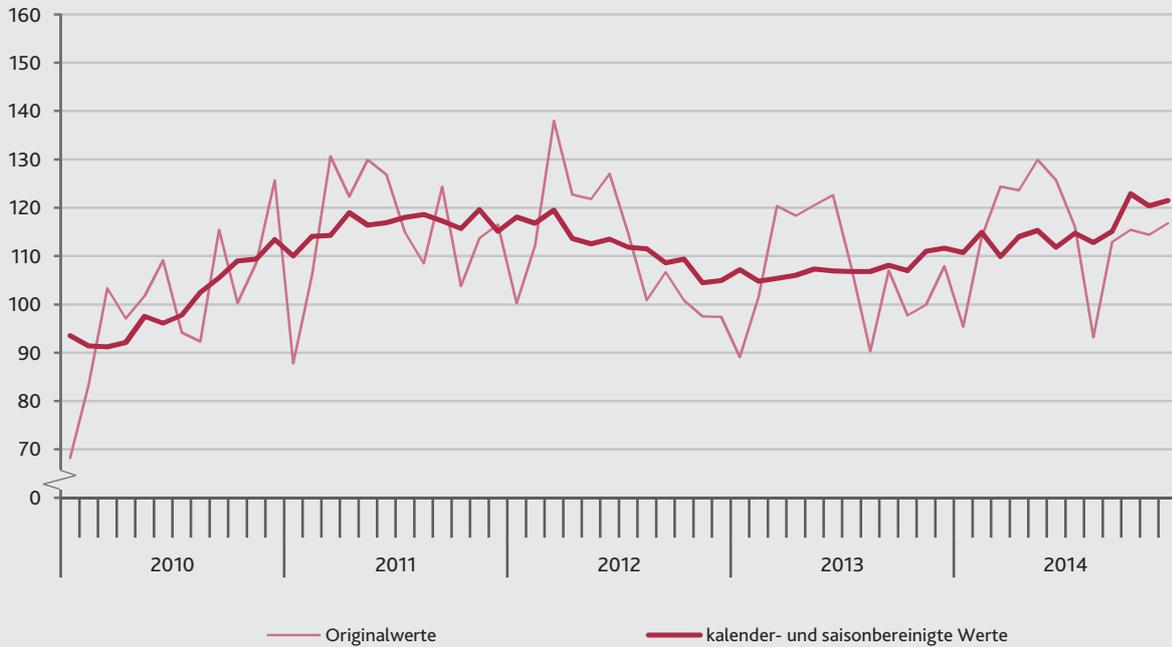


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

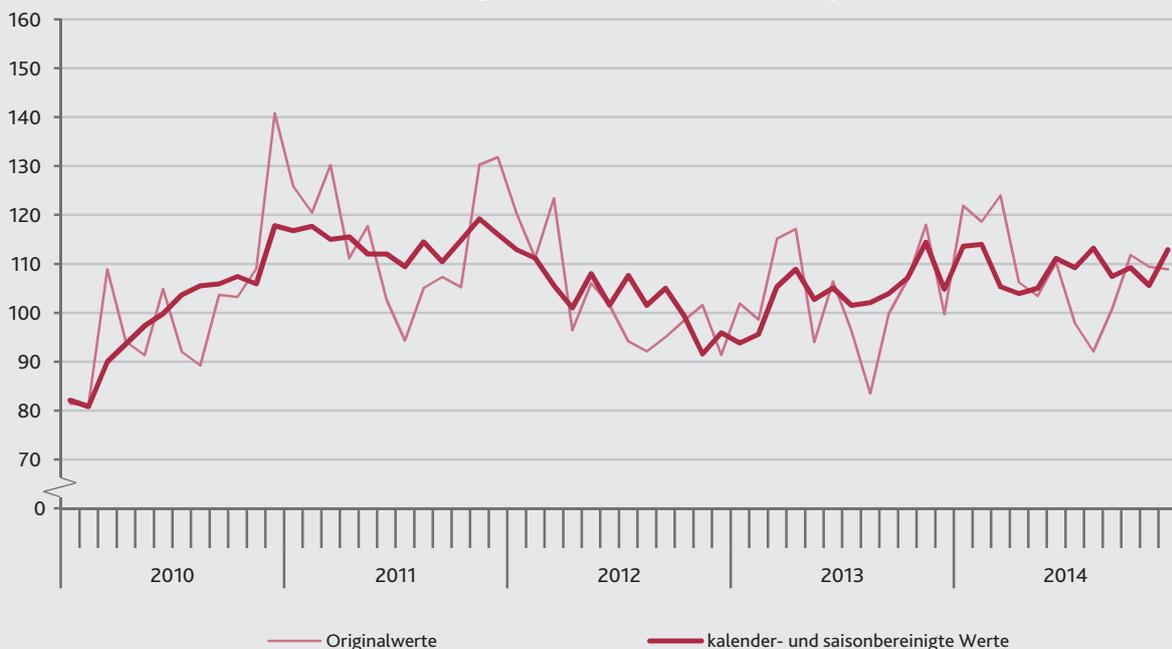


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

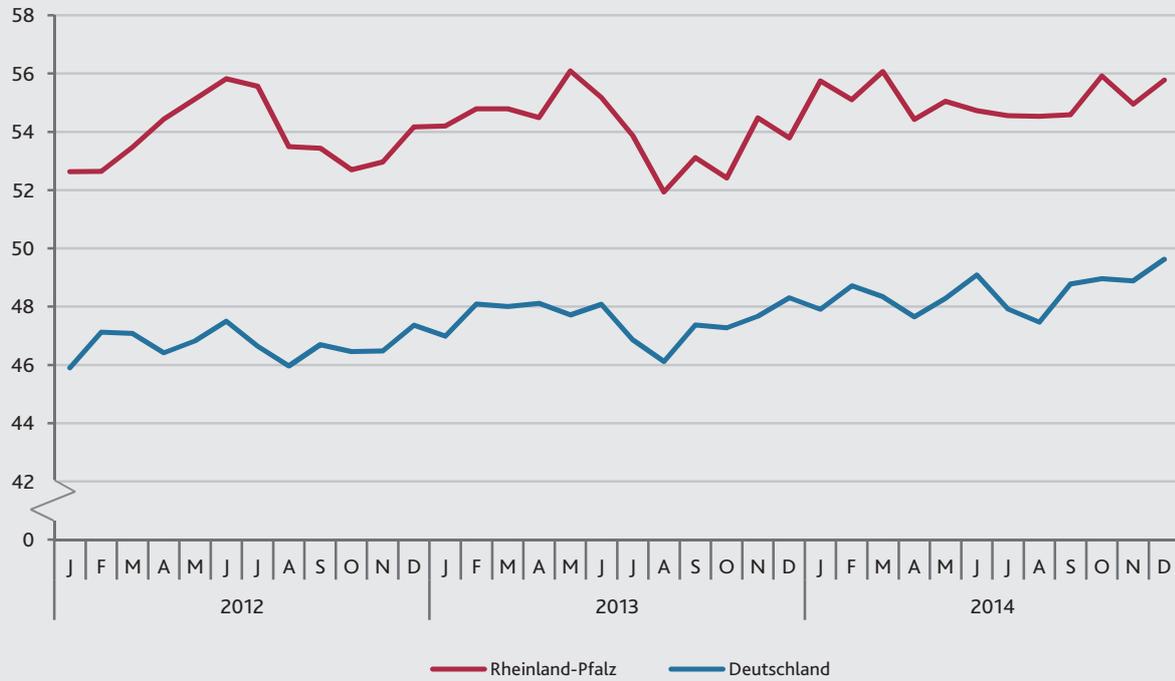
Anteil am Gesamtumsatz 2014: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

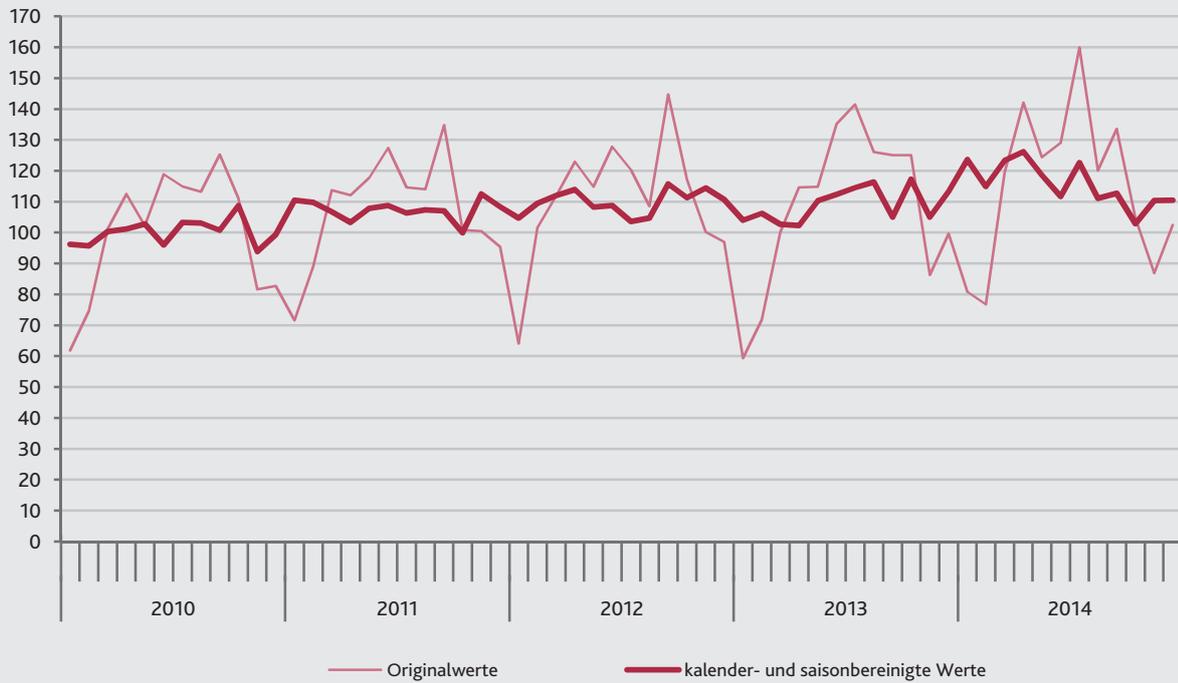


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

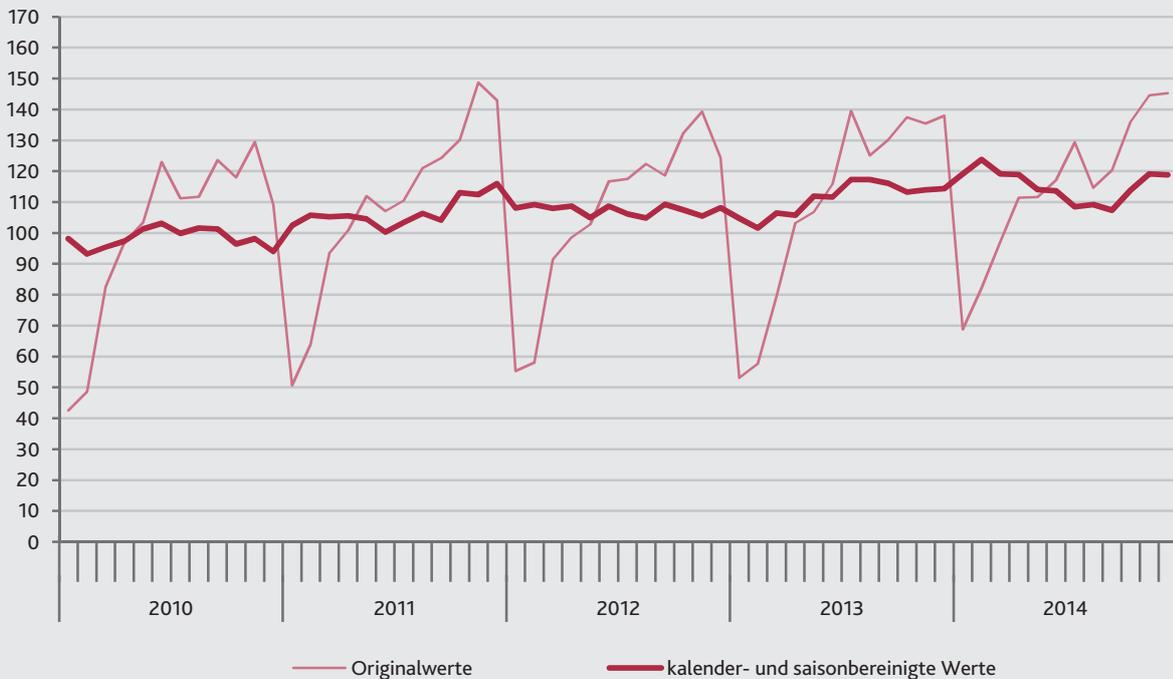
Auftragseingang (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

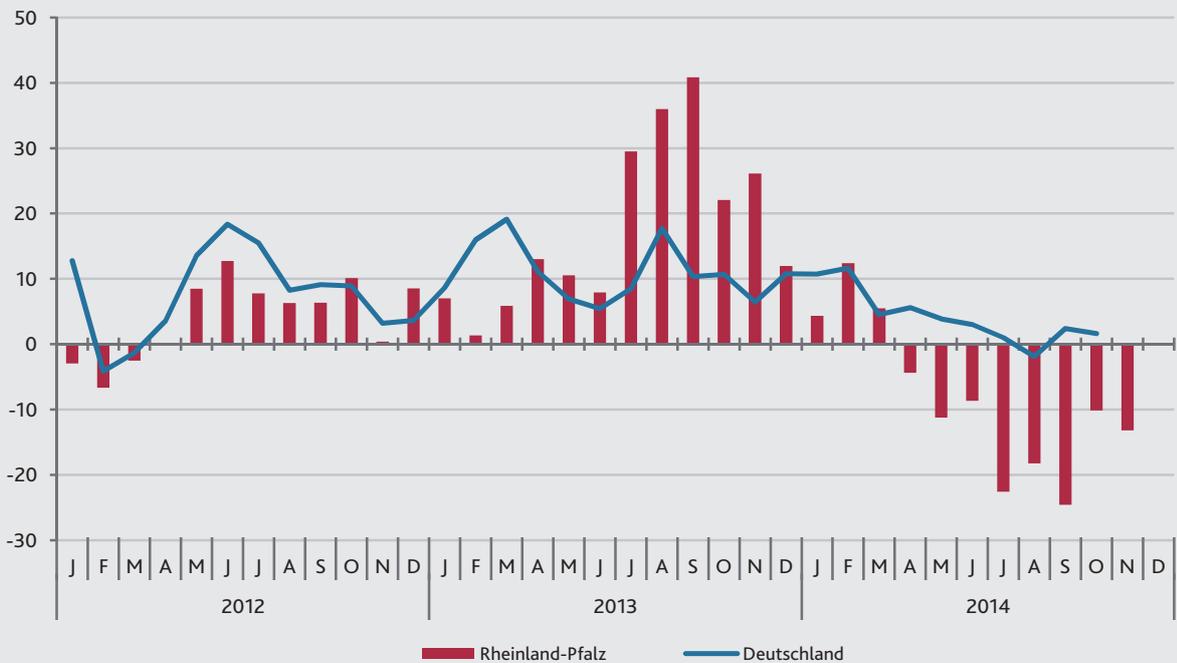
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

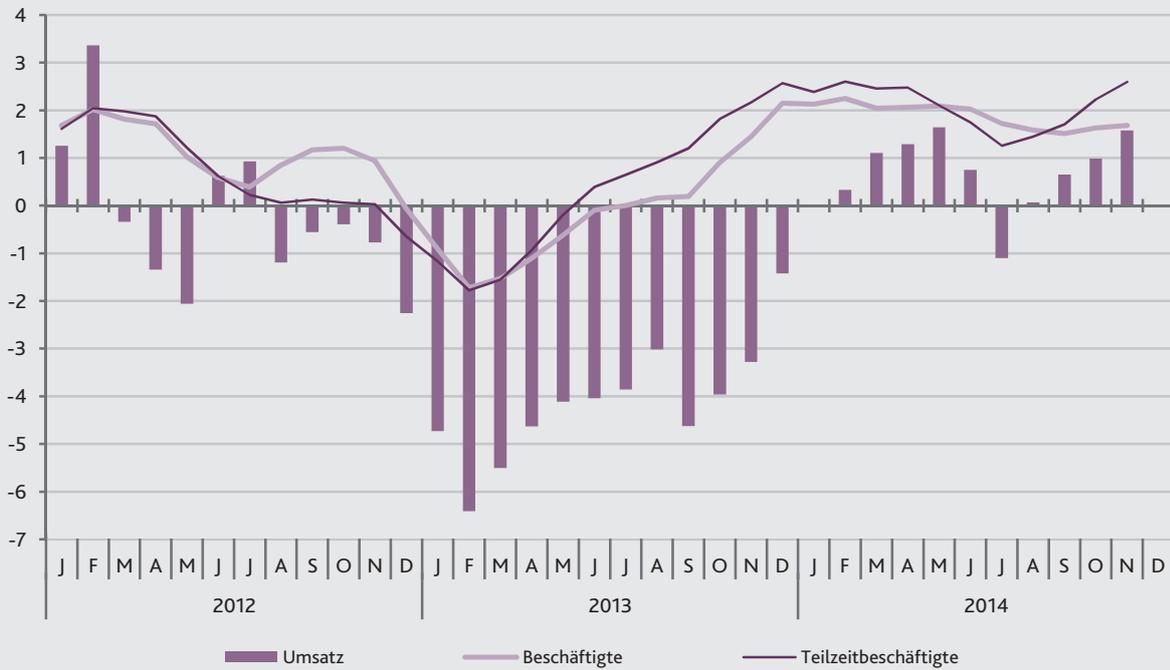


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

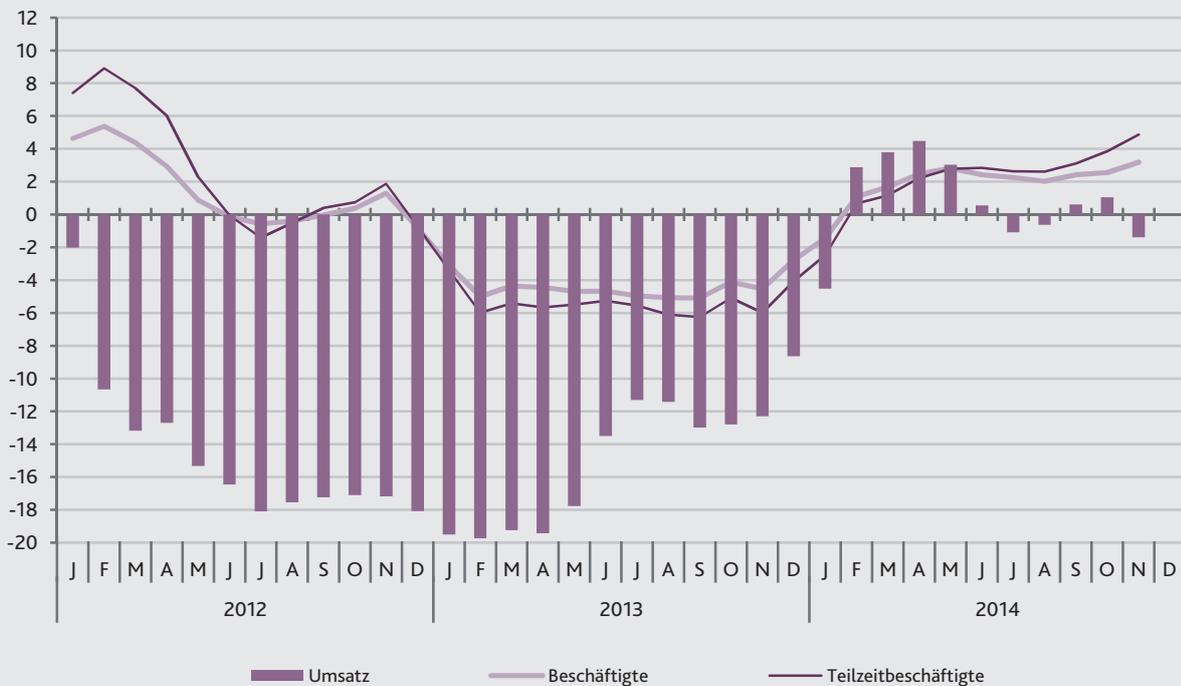
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

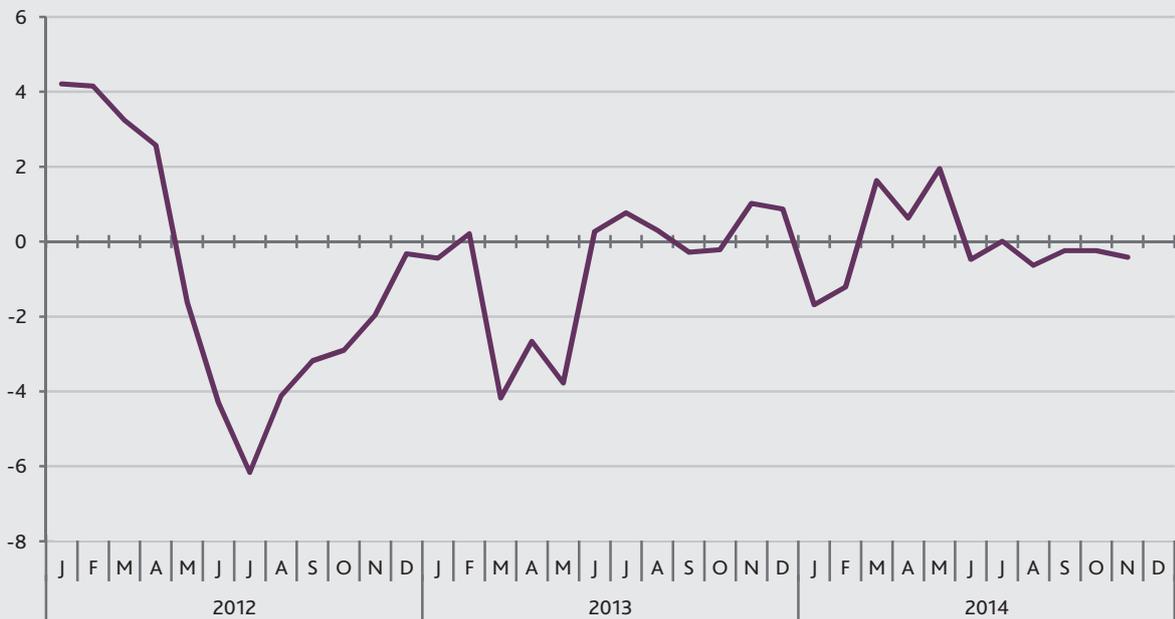


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

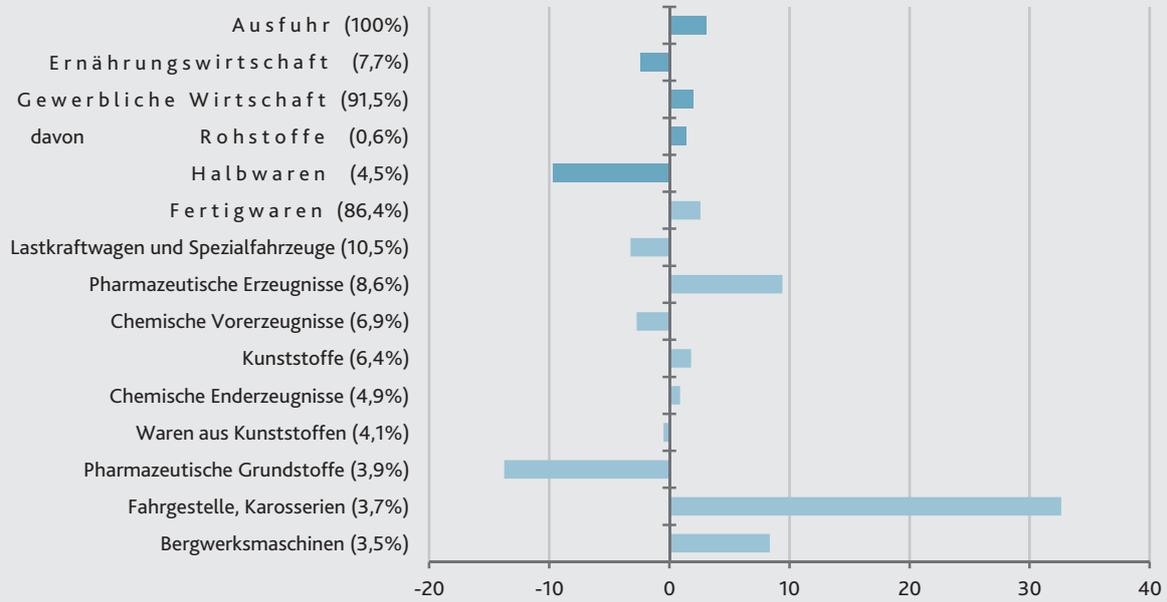
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

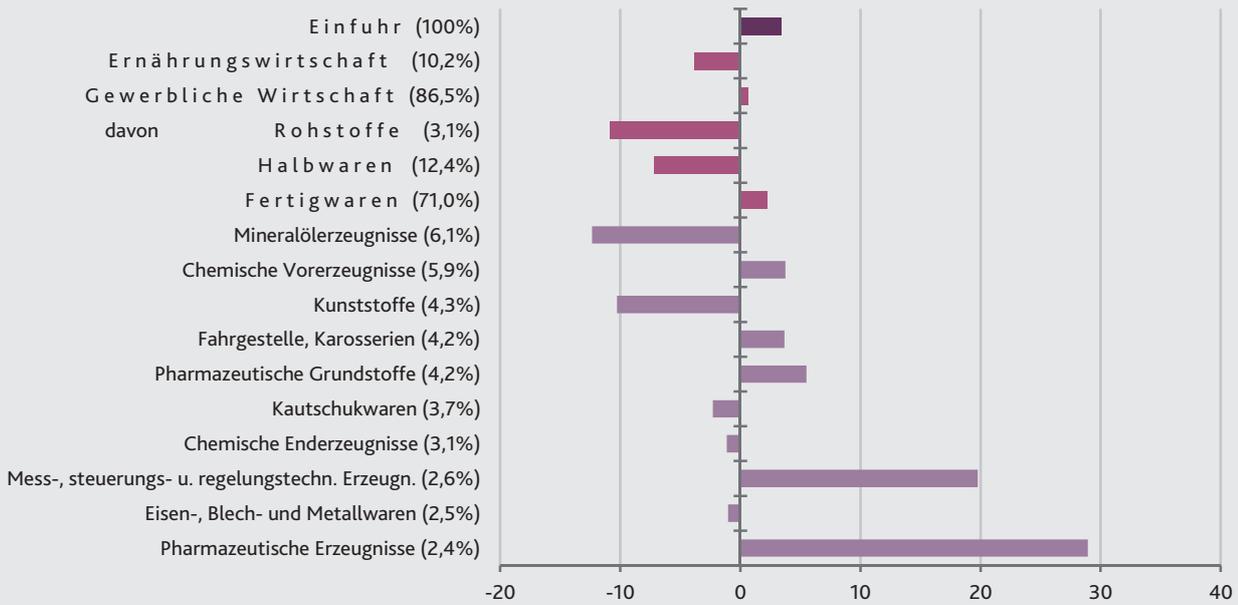
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2013 - November 2014 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

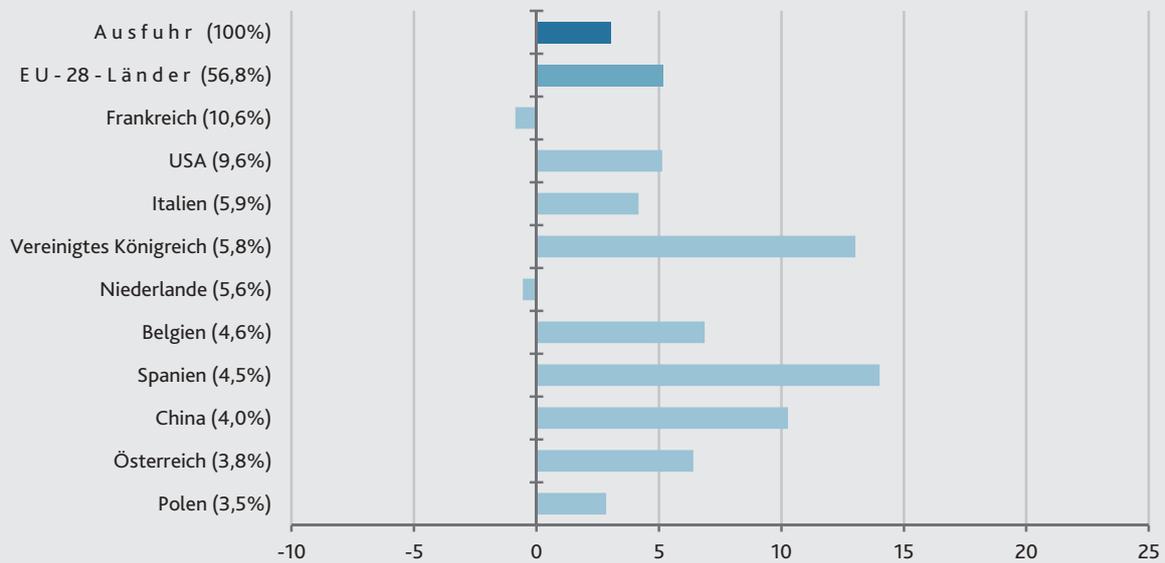
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2013 - November 2014 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

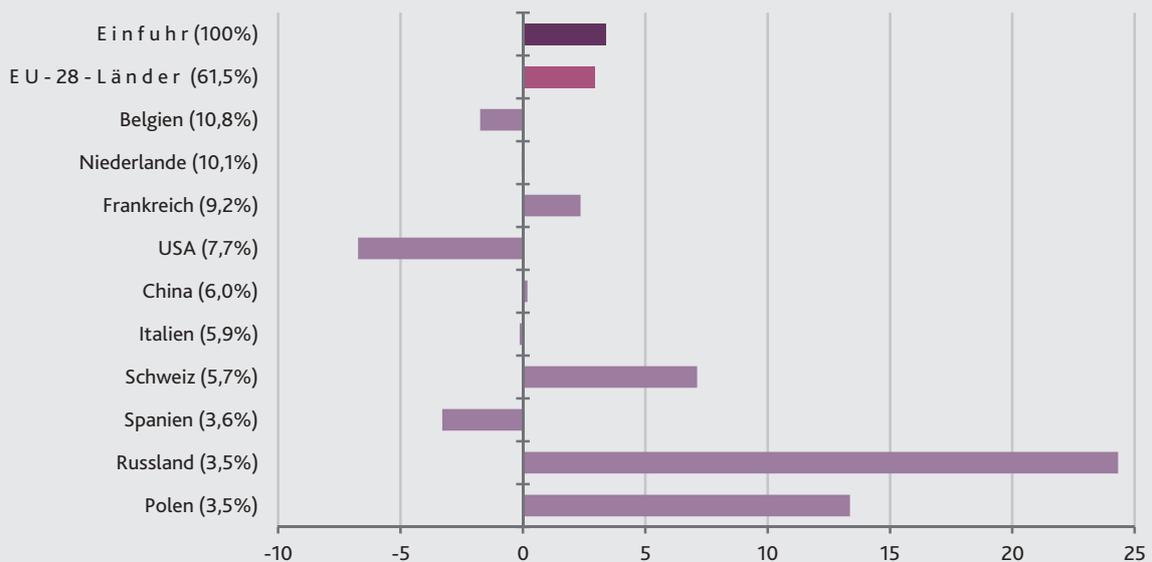
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2013 - November 2014 nach Bestimmungsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

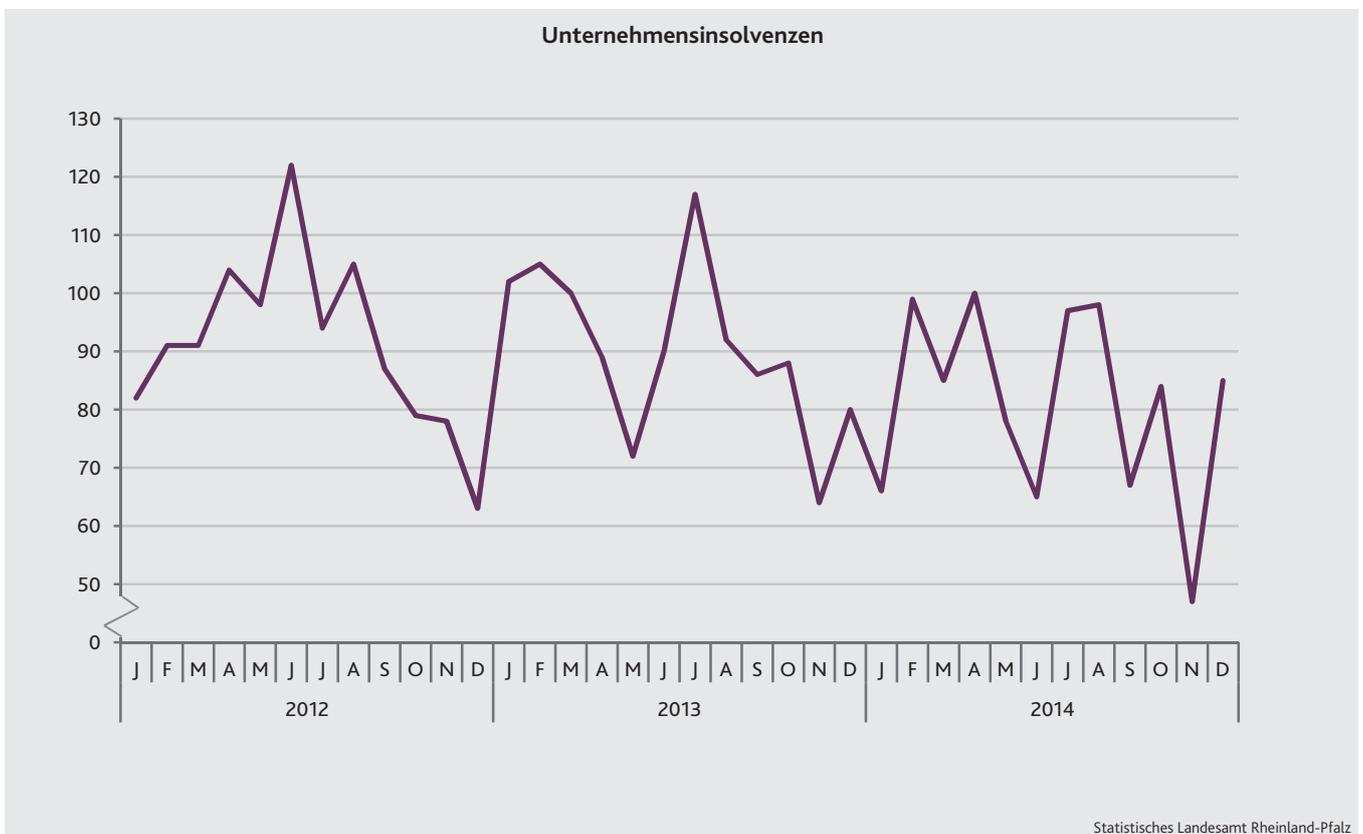
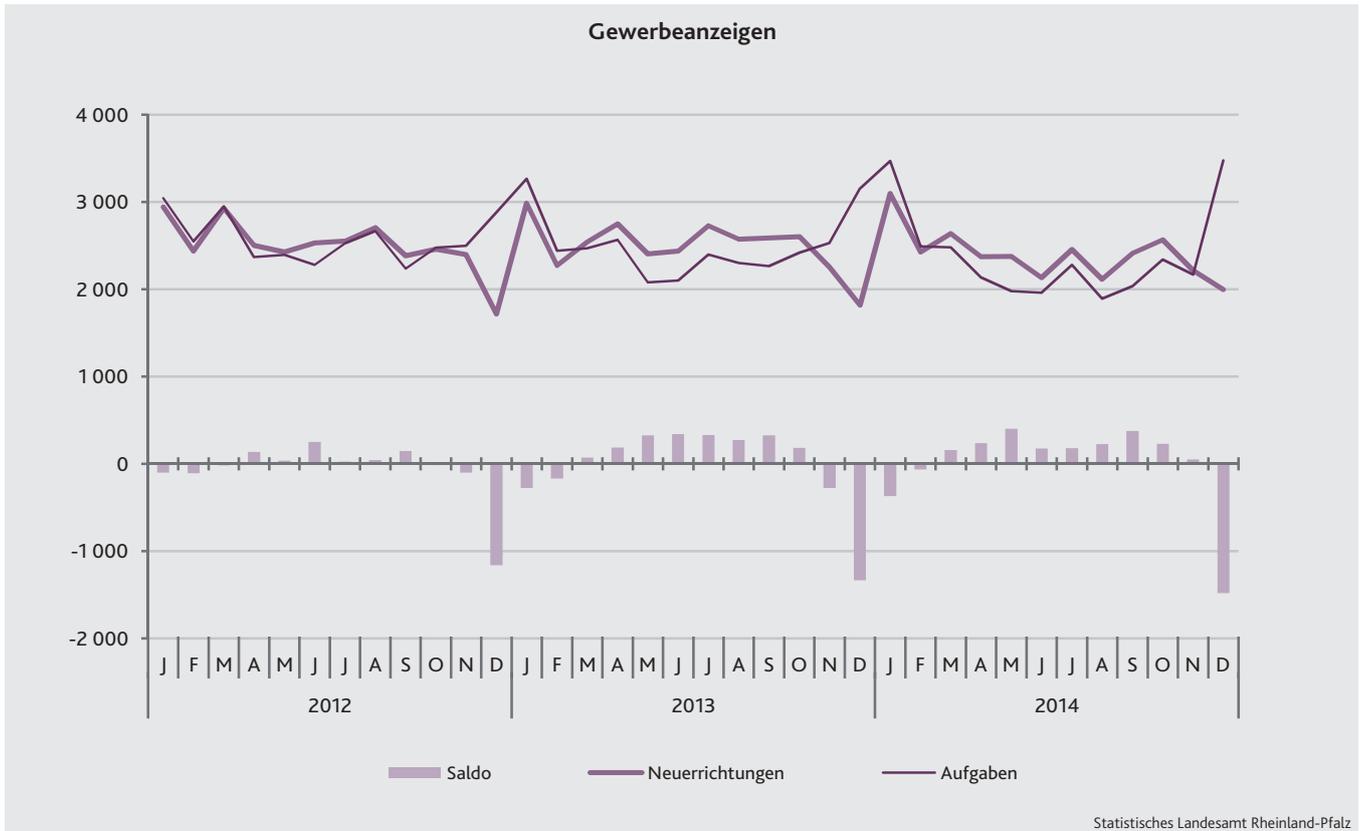
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2013 - November 2014 nach Herkunftsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

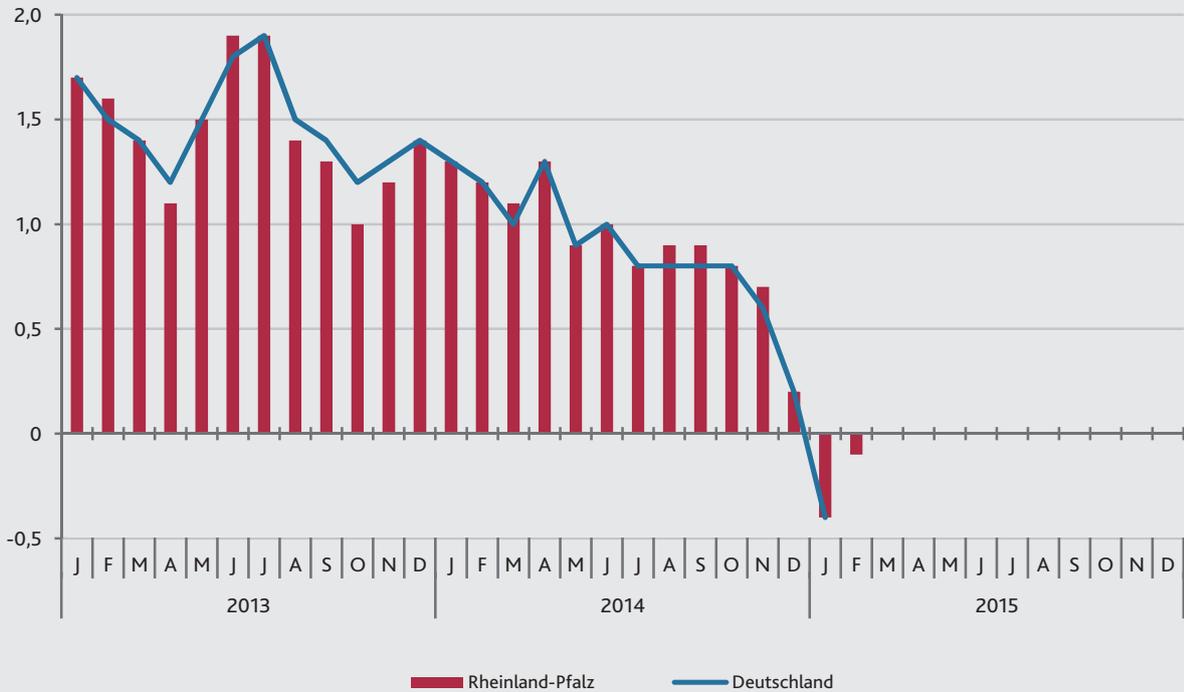


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

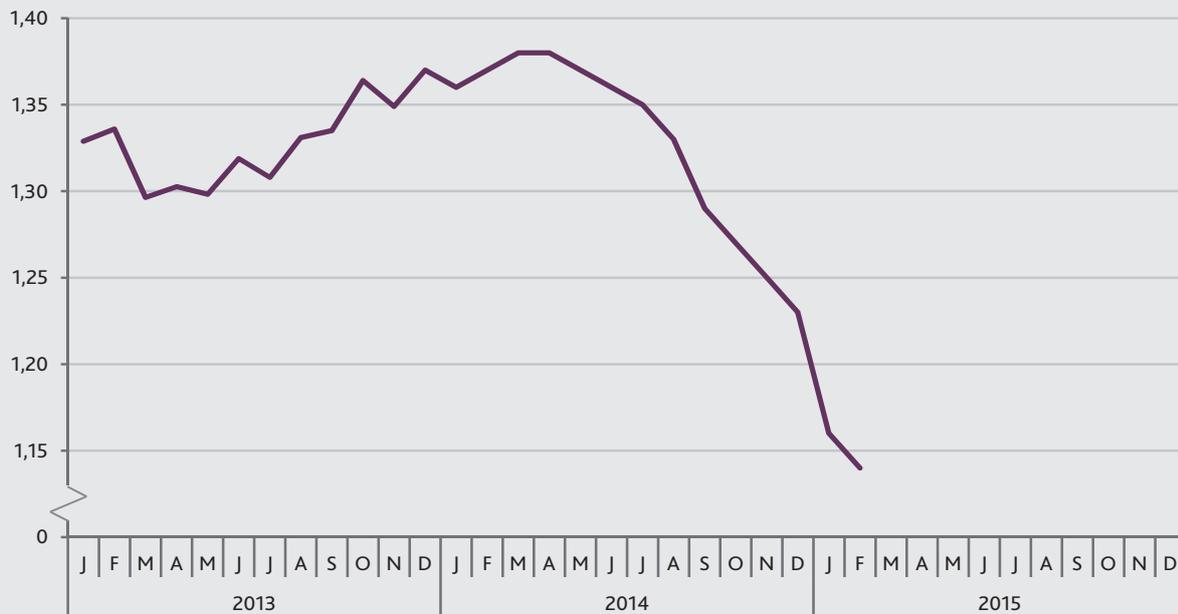


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

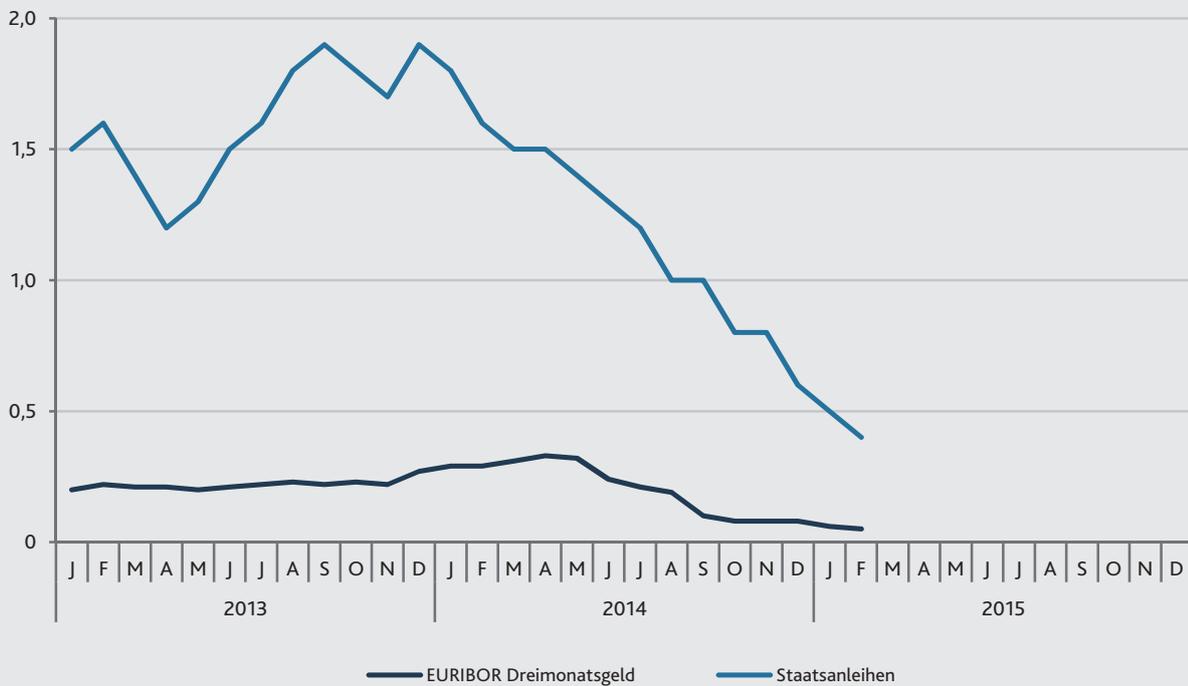
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

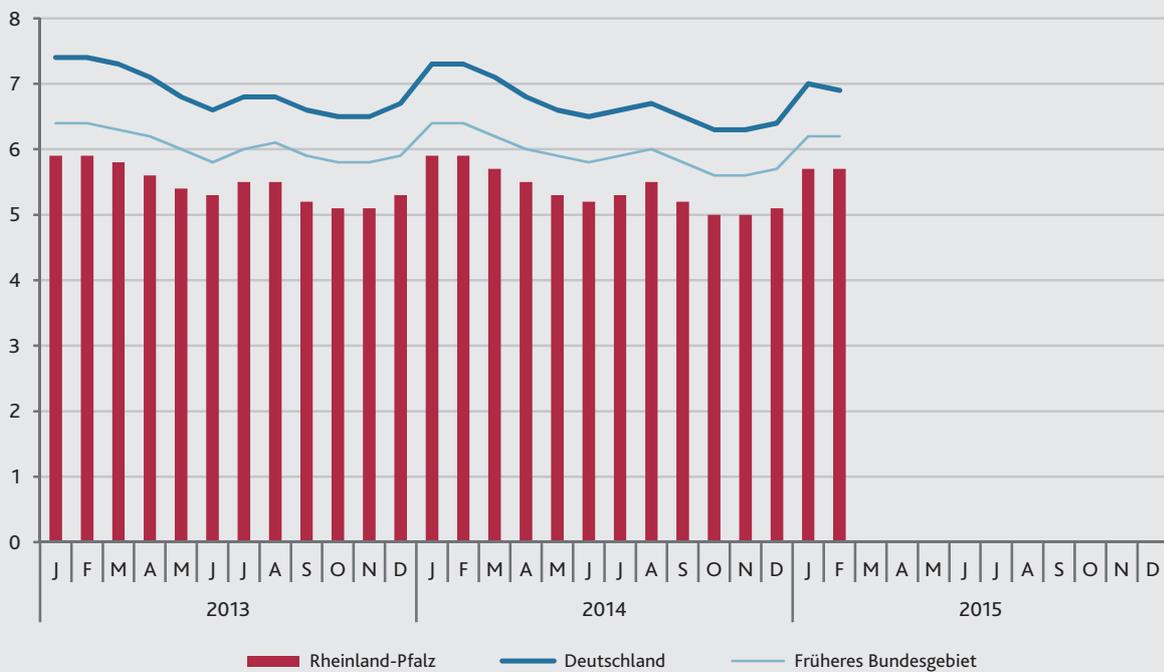
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

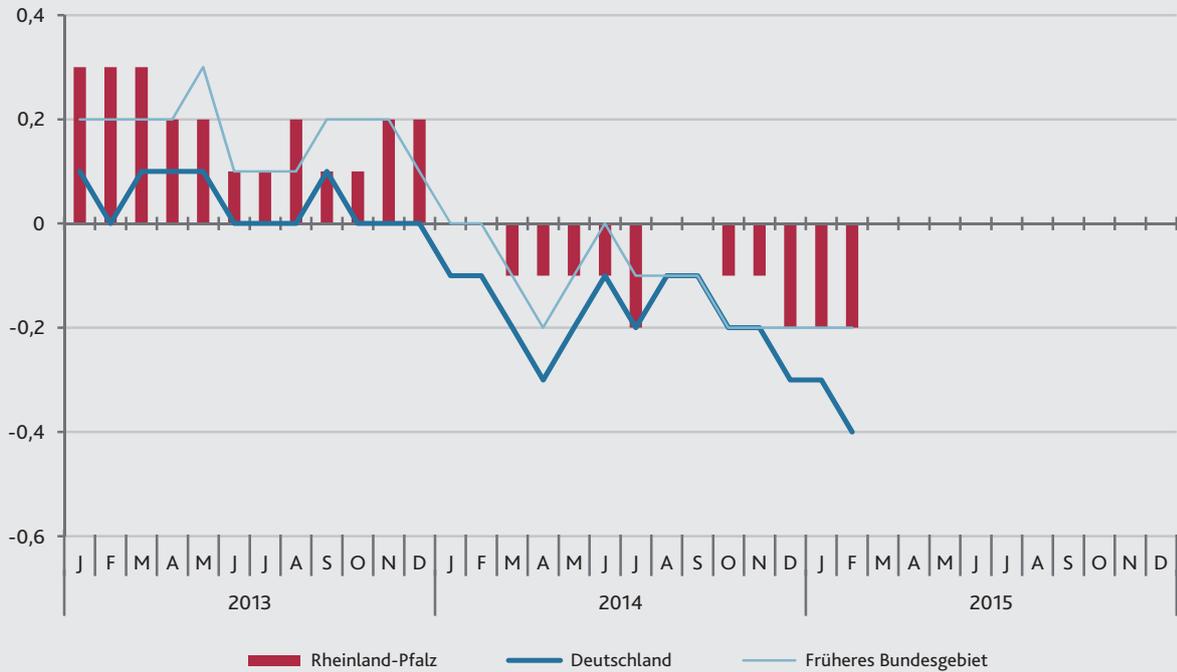
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

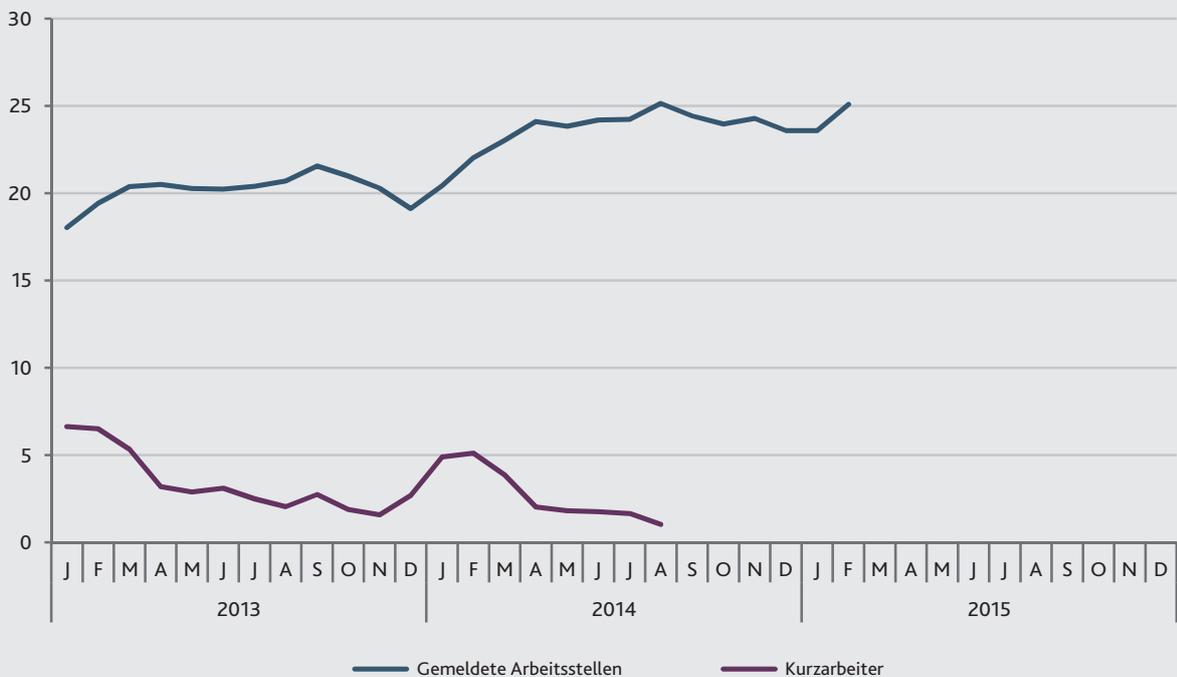
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

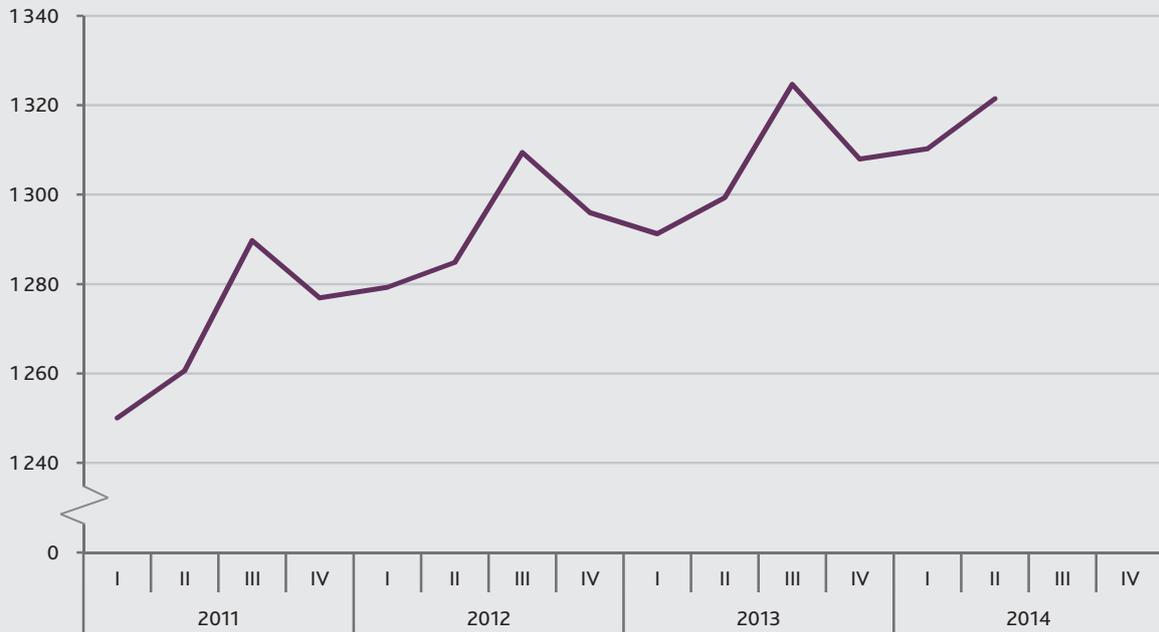
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

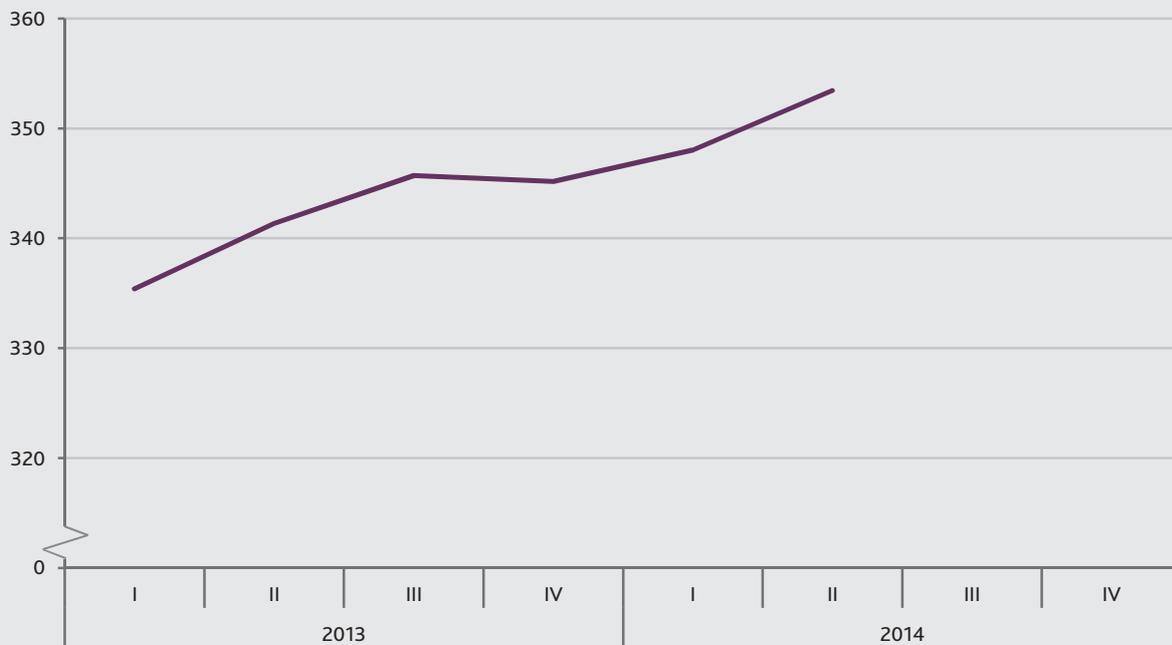
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

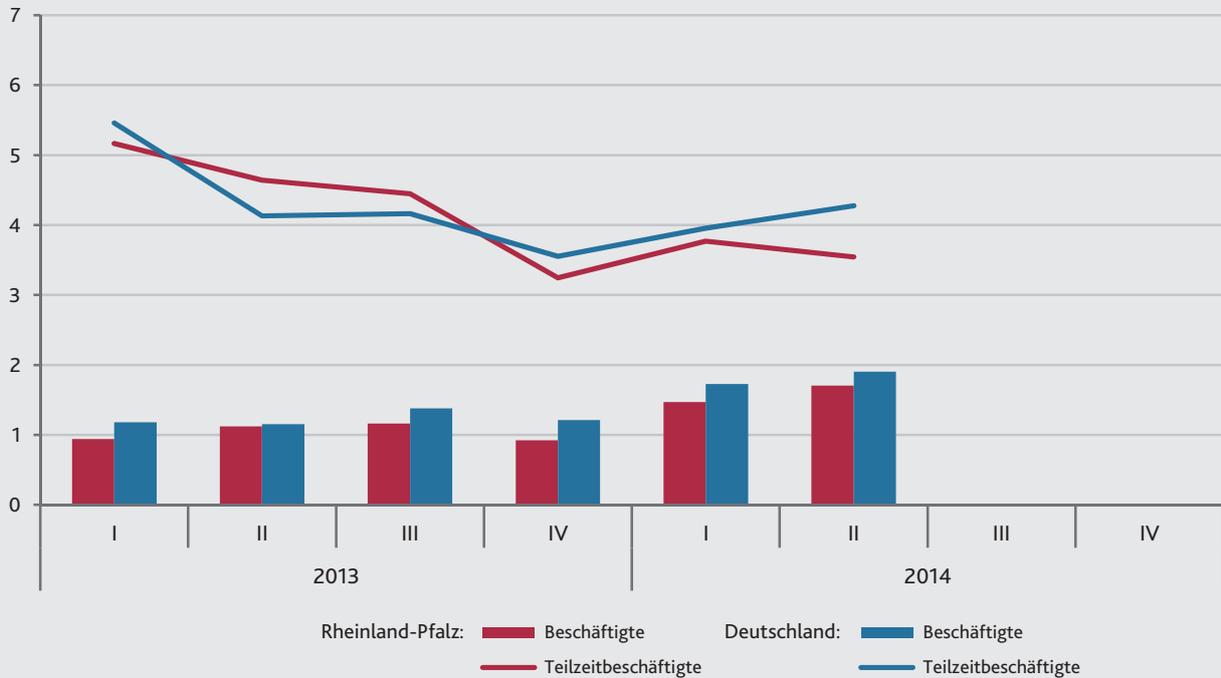
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

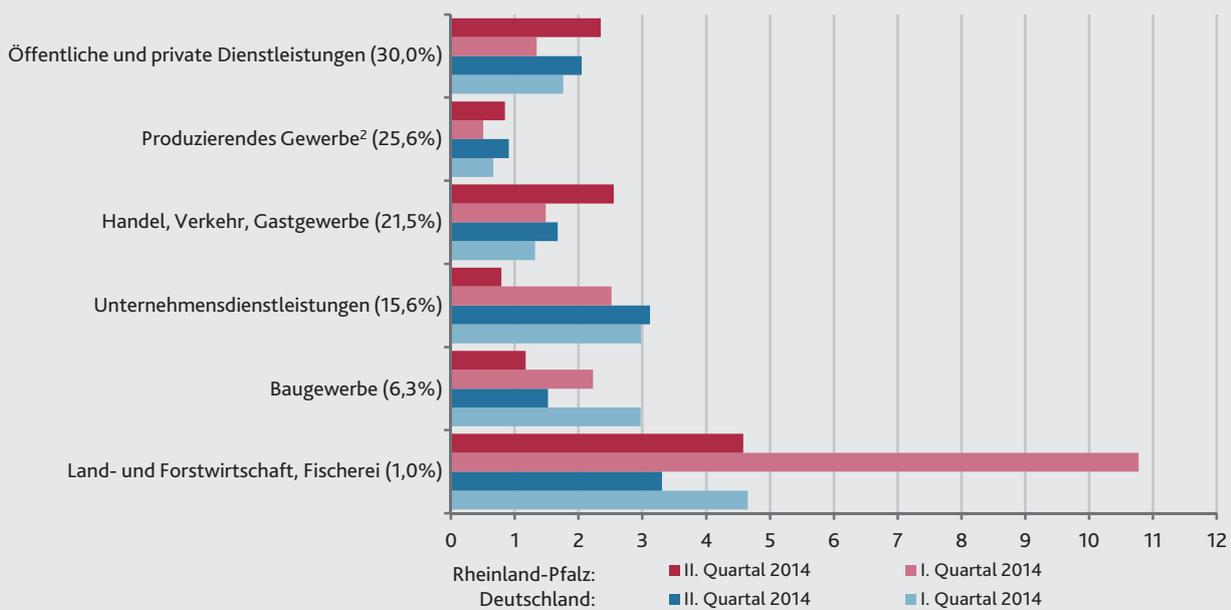
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2014. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

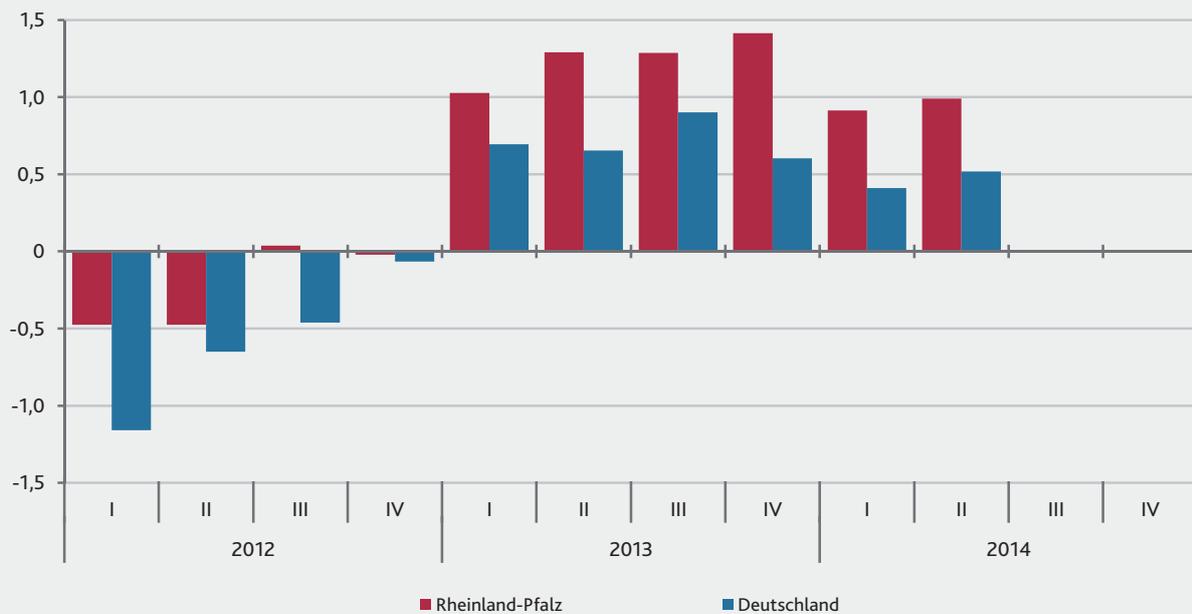
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

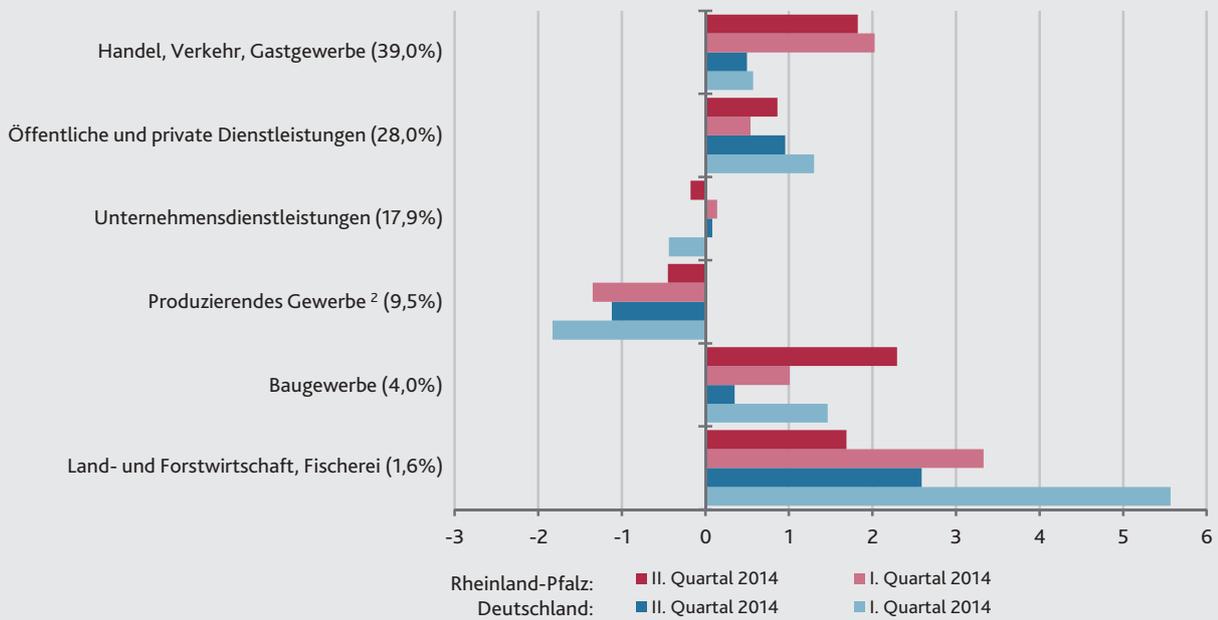
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2014. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 27. Februar 2015.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler/-innen, Studenten/-innen oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim

Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich

anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpach-

tung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und un-selbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter/-innen

Kurzarbeiter/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden

auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das Produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer/-innen zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten

mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie

die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger/-innen durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle

Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das Verarbeitende Gewerbe ist Teil des Produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in black on a light-colored background. The values range from approximately 65,000 to 157,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most visible. The numbers are arranged in a grid-like pattern, with some rows and columns appearing to be highlighted or shaded.

20	129 151	130 953	127 842
752	134 121	128 093	129 432
6 058	126 824	133 450	133 520
134 628	134 545	157 264	110 138
157 811	157 827	111 776	77 052
113 466	113 035	80 756	61 111
87 007	84 980	63 568	77 648
65 282	64 829	78 146	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 800	69 000

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 ^{1,2}	3 994 ^{1,2}	3 991	3 993	3 995
darunter Ausländer ³	1 000	290 ^{1,2}	306 ^{1,2}	300	303	305

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 687	1 602	2 862	2 027	1 503
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 597	2 666	2 901	2 932	2 825
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	8,0	8,6	8,9	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 700	3 794	3 359	3 339	3 507
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	11,4	9,9	10,2	10,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	8	12	6	7
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,2	3,1	4,1	2,0	2,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 103	-1 129	- 458	- 407	- 682
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,3	- 3,4	- 1,4	- 1,2	- 2,0

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 262	9 962	12 433	12 867	13 324
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 739	4 305	5 518	6 107	5 410
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 197	8 538	10 129	10 195	11 018
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 430	2 630	2 922	3 048	2 972
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 065	1 424	2 304	2 672	2 306
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	13 154	13 592	16 002	14 711	16 008

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2011	2012		2013			2014		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 261	1 285	1 296	1 291	1 299	1 325	1 308	1 310	1 321
* Frauen	1 000	575	589	600	598	599	611	607	607	611

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Ergebnis vorläufig. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1,2,3}

	Einheit	2011	2012		2013			2014		
			30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	83	90	88	90	96	100	94	100	106
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	300	326	334	335	341	346	345	348	353
* darunter Frauen	1 000	254	275	282	283	286	289	290	292	295
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	12	12	10	11	13	13	10	12	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	411	418	416	416	418	425	418	420	422
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	269	274	279	276	278	285	282	280	285
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	194	199	199	198	204	206	202	203	206
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	375	382	392	390	387	395	396	396	396

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2012	2013		2014				2015	
			Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Arbeitslose	Anzahl	111 079	116 353	112 778	125 232	125 452	107 830	110 332	123 807	123 337
* Frauen	Anzahl	52 306	54 039	52 549	56 371	56 266	50 585	51 018	55 484	55 047
Männer	Anzahl	58 774	62 314	60 229	68 861	69 186	57 245	59 314	68 323	68 290
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	42 428	46 247	43 694	52 291	52 389	39 819	41 495	50 145	49 671
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	68 651	70 106	69 084	72 941	73 063	68 011	68 837	73 662	73 666
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,3	5,5	5,3	5,9	5,9	5,0	5,1	5,7	5,7
* Frauen	%	5,3	5,4	5,3	5,6	5,6	5,0	5,1	5,5	5,4
* Männer	%	5,2	5,5	5,3	6,1	6,1	5,0	5,2	6,0	6,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	5,1	4,4	5,0	5,3	4,2	4,3	5,0	5,2
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,0	3,2	2,8	2,9	3,0	2,8	2,8	3,0	3,1
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,7	5,8	5,7	6,2	6,2	5,3	5,4	6,0	5,9
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	6,4	6,2	6,8	6,7	5,8	5,9	6,5	6,4
* Ausländer/-innen	%	12,0	12,2	12,1	13,5	13,6	11,5	11,9	13,4	13,5
Deutsche	%	4,8	4,9	4,7	5,3	5,3	4,5	4,5	5,1	5,1
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 447	3 423	2 686	4 897	5 109
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	21 513	20 154	19 117	20 427	22 026	24 283	23 591	23 584	25 087

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹⁰

	Einheit	2012	2013			2014				
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	218 183	218 942	217 298	216 424	217 290	220 476	220 302	220 043	...
* darunter Frauen	Anzahl	122 591	113 107	112 473	111 967	112 368	114 102	113 871	113 516	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	154 825	155 110	153 523	152 898	153 520	155 322	155 067	155 003	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	63 359	63 832	63 775	63 526	63 770	65 154	65 235	65 040	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 950	61 451	61 374	61 111	61 362	62 658	62 743	62 581	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	528	552	580	476	406	512	539	456	388
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	507	515	425	367	459	482	408	351
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	3	...	4	1	6	2	2	4
Unternehmen	Anzahl	48	64	117	37	78	105	96	90	44
private Haushalte	Anzahl	478	485	463	435	327	401	441	364	340
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	867	1 025	1 224	1 016	670	953	967	852	707
* Umbauter Raum	1 000 m ³	590	633	714	562	442	593	610	511	453
* Wohnfläche	1 000 m ²	110	119	135	108	85	109	116	97	85
Wohnräume	Anzahl	4 399	4 783	5 459	4 159	3 450	4 517	4 563	3 997	3 369
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	162	180	201	163	124	172	179	147	134

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	124	126	149	125	105	135	139	149	116
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	13	19	11	9	10	15	14	11
Unternehmen	Anzahl	102	99	120	101	77	90	98	94	88
private Haushalte	Anzahl	11	14	10	13	19	35	26	41	17
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	31	12	8	39	28	38	8	7
* Umbauter Raum	1 000 m ³	882	739	708	566	802	551	1 461	660	523
* Nutzfläche	1 000 m ²	117	105	107	96	102	84	174	102	83
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	90	89	96	77	97	72	201	72	59

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	979	1 120	1 445	1 195	916	1 260	1 227	1 020	849
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 006	5 500	6 543	4 869	4 231	5 465	6 043	4 843	3 964

Landwirtschaft

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 983	10 747	11 430	11 369	10 272	11 531	12 882	12 161	11 398
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 010	1 847	2 460	2 342	1 885	1 937	2 771	2 321	2 059
darunter										
* Kälber ²	t	9	8	7	10	17	7	10	7	19
* Jungrinder	t	9	10	11	21	33	3	10	12	12
* Schweine	t	8 924	8 852	8 873	8 966	8 332	9 550	10 021	9 789	9 279
* Eierzeugung ³	1 000	14 494	14 522	13 657	13 045	10 126	15 500	14 587	13 206	12 585

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 004	984	984	984	984	982	983	983	983
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	248 907	248 561	250 088	249 730	248 880	253 639	253 007	252 796	251 667
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 600	31 499	33 017	32 495	28 191	32 950	33 453	33 103	29 183
* Entgelte	Mill. EUR	974	1 002	934	1 311	970	952	964	1 346	991
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 047	7 045	7 472	7 318	6 633	7 130	7 339	6 957	6 869
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 981	3 945	4 183	4 036	3 407	3 914	4 001	3 810	3 626
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 769	1 839	1 982	1 970	1 975	1 942	2 034	1 935	1 957
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	98	85	95	91	72	95	97	98	81
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 199	1 176	1 212	1 222	1 179	1 179	1 207	1 114	1 204
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 340	2 337	2 421	2 409	2 134	2 223	2 254	2 220	2 297
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	901	961	1 142	1 108	1 057	1 040	1 089	998	984
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 798	3 812	3 916	3 987	3 568	3 892	4 103	3 823	3 832
Exportquote ⁷	%	53,9	54,1	52,4	54,5	53,8	54,6	55,9	55,0	55,8
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	101,4	103,0	103,8	99,3	86,2	96,7	104,4	95,8	99,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	99,3	100,2	104,0	101,1	85,3	90,3	97,1	95,6	90,8
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	105,9	111,2	108,0	99,8	92,9	106,7	123,2	104,3	114,4

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2012	2013			2014					
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	98,7	75,5	56,2	61,7	36,6	53,6	52,1	46,5	38,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	95,6	89,5	93,8	93,6	71,7	97,3	76,9	71,0	93,4
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	99,3	102,5	104,9	100,0	88,6	86,6	95,1	96,3	90,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	107,7	119,3	107,0	83,9	86,5	109,7	132,3	101,9	124,6

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	172	172	172	171	171	174	173	173	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 669	9 694	9 718	9 735	9 729	9 838	9 805	9 789	9 765
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 208	1 188	1 239	1 218	1 029	1 233	1 234	1 230	1 058
* Entgelte ³	Mill. EUR	39	41	47	56	37	38	48	58	40
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	448	474	511	507	514	286	343	370	370
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	433	459	496	489	496	274	329	356	354

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 505	38 342	38 764	38 473	37 965	39 243	39 011	38 822	38 230
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 816	3 791	4 349	4 112	3 093	4 552	4 596	4 276	3 227
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 610	1 562	1 714	1 660	1 306	1 851	1 858	1 793	1 381
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	906	911	1 061	982	781	1 099	1 124	1 023	844
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 300	1 319	1 574	1 470	1 006	1 602	1 614	1 460	1 002
darunter Straßenbau	1 000 h	626	646	811	740	494	821	801	705	459
* Entgelte	Mill. EUR	90	92	99	112	94	99	100	113	102

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Einheit	2012	2013			2014					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	382	405	480	472	486	432	490	506	516
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	138	145	162	158	166	148	171	160	168
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	112	127	128	137	117	130	141	157
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	149	191	186	184	167	189	205	191
darunter Straßenbau	Mill. EUR	69	73	105	98	86	90	98	107	84

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und son-
stiger Ausbau)⁴**

Einheit	2012	2013			2014					
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Betriebe ⁵	Anzahl	395	415	415	415	414	414	411	411	411
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	14 919	15 506	15 479	15 737	15 511	15 412	15 555	15 862	15 748
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 814	4 948	4 988	5 170	5 004	4 831	4 827	5 111	4 979
* Entgelte	Mill. EUR	111	119	117	118	126	114	118	120	128
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	446	412	390	425	507	343	387	422	548

Handel⁶**Großhandel⁷**

Einheit	2012	2013			2014					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Beschäftigte	2010=100	103,0	105,4	105,9	105,6	104,8	107,7	107,7	107,9	106,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	107,8	114,1	112,9	113,1	113,3	119,7	119,8	121,3	120,8
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	102,7	94,7	105,4	94,4	89,9	100,3	101,9	93,0	89,8
* Umsatz real ⁹	2010=100	95,8	87,6	98,2	88,0	83,5	93,4	95,6	87,7	85,2

Einzelhandel⁹

* Beschäftigte	2010=100	102,9	102,7	104,0	105,6	105,2	105,3	105,6	107,3	107,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,0	103,3	104,5	106,2	105,5	105,8	106,6	108,9	108,9
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	104,3	101,4	105,6	104,9	114,8	100,9	107,9	102,7	119,1
* Umsatz real ⁸	2010=100	100,9	96,7	100,4	99,9	109,6	95,6	102,5	98,0	114,3

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtszeitraumes. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{P, 2}**

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2010=100	104,0	103,7	104,6	104,4	103,9	105,7	106,2	106,1	105,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	110,2	114,5	115,1	115,5	115,6	119,1	119,6	120,1	120,2
* Umsatz nominal ³	2010=100	97,4	94,6	112,5	100,5	81,7	100,9	113,9	103,3	93,4
* Umsatz real ³	2010=100	94,8	92,1	109,1	97,6	79,7	97,6	110,6	100,0	90,6

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	104,9	99,8	102,9	99,1	96,6	105,3	106,2	101,9	100,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,8	100,5	103,0	98,3	96,7	106,6	107,6	103,3	101,6
* Umsatz nominal ³	2010=100	92,4	80,4	89,2	74,4	81,1	96,3	93,2	75,6	78,5
* Umsatz real ³	2010=100	89,3	75,9	83,7	69,9	76,2	88,1	85,2	69,3	72,1

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	669	672	836	531	416	938	864	522	434
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	163	94	89	204	165	90	89
* Gästeübernachtungen	1 000	1 758	1 748	2 183	1 238	1 062	2 387	2 231	1 224	1 099
* darunter von Auslandsgästen	1 000	443	435	433	227	230	572	449	225	234

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 858	1 779	1 977	1 860	1 792	1 779	1 791	2 008	1 753
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 248	1 191	1 383	1 232	1 142	1 252	1 288	1 406	1 135
* Getötete Personen	Anzahl	17	15	15	10	15	16	16	23	13
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	9	8	4	5	6	7	7	10	6
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	4	2	3	6	3	7	2
Radfahrer	Anzahl	2	1	3	1	2	-	-	3	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	4	2	3	1	5	3	4
* Verletzte Personen	Anzahl	1 620	1 547	1 765	1 633	1 488	1 613	1 642	1 821	1 481

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	302	296	329	302	267	340	329	347	238
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	136	137	134	157	157	159	121	136	136
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	72	70	94	63	30	88	92	100	41
Radfahrer	Anzahl	48	46	63	36	36	63	67	53	25
Fußgänger	Anzahl	32	29	27	34	34	17	30	39	28

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 263	11 881	12 418	11 221	10 079	12 014	12 368	10 920	10 455
darunter										
Krafträder	Anzahl	593	589	309	139	99	559	391	204	129
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 321	9 973	10 714	9 738	8 502	10 306	10 758	9 554	9 019
* Lastkraftwagen	Anzahl	943	904	1 023	999	910	782	931	818	905
Zugmaschinen	Anzahl	334	339	302	271	438	274	257	265	327

Personenbeförderung

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	52 780	53 338	55 824	48 007	55 733	58 819	56 317	46 755	...
Personenkilometer ³	Mill.	454	479	522	444	512	546	530	439	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gütereingang	1 000 t	1 058	1 094	1 130	1 251	1 143	1 099	996	1 082	1 095
* Güterversand	1 000 t	815	821	769	955	855	819	870	872	833

Außenhandel⁴Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	3 858	3 876	3 884	4 272	3 857	3 761	4 241	4 361	3 948
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	296	294	303	309	290	266	300	299	275
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 529	3 540	3 537	3 920	3 518	3 428	3 855	3 957	3 550

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	22	19	29	23	19	23	23	20
* Halbwaren	Mill. EUR	175	170	175	159	147	130	170	152	149
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 332	3 348	3 343	3 731	3 349	3 280	3 663	3 782	3 380
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	954	944	901	1 009	881	883	940	962	889
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 378	2 404	2 442	2 723	2 468	2 397	2 722	2 820	2 492
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 584	2 653	2 757	2 949	2 668	2 469	2 909	2 924	2 739
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 197	2 283	2 379	2 552	2 308	2 163	2 570	2 567	2 428
Belgien	Mill. EUR	179	187	187	212	182	191	201	210	197
Luxemburg	Mill. EUR	57	54	64	62	54	47	57	56	51
Dänemark	Mill. EUR	38	35	34	39	36	38	38	37	30
Finnland	Mill. EUR	31	31	32	32	28	26	30	31	26
Frankreich	Mill. EUR	407	430	445	458	421	359	456	451	407
Griechenland	Mill. EUR	35	41	48	43	32	23	29	34	26
Großbritannien	Mill. EUR	223	240	287	283	263	273	298	305	292
Irland	Mill. EUR	10	12	15	12	12	13	11	14	19
Italien	Mill. EUR	226	218	227	240	224	161	248	244	231
Niederlande	Mill. EUR	218	225	215	241	208	206	242	206	232
Österreich	Mill. EUR	146	148	147	168	150	147	155	162	155
Schweden	Mill. EUR	65	63	62	70	67	79	77	75	71
Spanien	Mill. EUR	173	172	175	194	172	171	218	222	209
Portugal	Mill. EUR	21	33	35	44	39	27	28	38	33
* Afrika	Mill. EUR	94	98	96	105	104	100	105	116	85
* Amerika	Mill. EUR	559	530	463	640	528	556	524	646	523
darunter nach USA	Mill. EUR	369	342	279	441	354	380	349	477	372
* Asien	Mill. EUR	572	563	536	547	528	601	673	642	572
darunter nach China	Mill. EUR	154	147	134	141	161	183	186	172	138
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	49	31	31	32	29	34	29	33	28
Einfuhr (Generalhandel)²										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 616	2 599	2 600	2 855	2 663	2 487	2 740	2 702	2 513
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	267	267	260	245	253	276	261	256	222
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 263	2 222	2 221	2 469	2 287	2 077	2 298	2 256	2 063
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	82	44	50	51	44	39	35	44	38
* Halbwaren	Mill. EUR	324	310	264	326	301	283	291	320	323
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 857	1 868	1 907	2 092	1 941	1 755	1 972	1 892	1 702

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2012	2013			2014					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	532	537	549	539	528	536	522	525	507
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 325	1 331	1 359	1 553	1 413	1 219	1 450	1 367	1 195
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 904	1 911	1 899	2 140	1 997	1 818	2 051	2 018	1 905
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 612	1 680	1 666	1 924	1 769	1 550	1 842	1 816	1 628
Belgien	Mill. EUR	284	297	302	351	299	293	293	311	301
Luxemburg	Mill. EUR	42	42	46	52	47	47	47	45	44
Dänemark	Mill. EUR	17	18	20	21	19	18	20	19	17
Finnland	Mill. EUR	11	7	6	7	6	8	11	10	8
Frankreich	Mill. EUR	241	241	248	299	247	224	252	248	227
Griechenland	Mill. EUR	7	9	6	17	5	8	8	8	6
Großbritannien	Mill. EUR	86	99	87	121	131	97	133	95	83
Irland	Mill. EUR	11	21	47	27	30	19	27	40	12
Italien	Mill. EUR	154	163	159	181	168	128	169	168	147
Niederlande	Mill. EUR	264	255	222	275	255	203	308	289	263
Österreich	Mill. EUR	89	84	76	91	87	81	85	91	84
Schweden	Mill. EUR	35	41	44	45	43	39	46	48	44
Spanien	Mill. EUR	95	109	102	125	132	87	116	115	91
Portugal	Mill. EUR	16	16	12	19	17	13	14	17	14
* Afrika	Mill. EUR	49	70	66	75	68	41	55	43	31
* Amerika	Mill. EUR	286	251	226	224	240	233	227	232	227
darunter aus USA	Mill. EUR	201	186	163	173	165	148	160	150	180
* Asien	Mill. EUR	371	363	404	411	352	390	401	404	346
darunter aus China	Mill. EUR	158	161	163	151	151	179	177	163	136
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	5	5	6	5	6	5	4

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2012	2013			2014					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 039	3 017	3 115	2 706	2 299	2 975	3 105	2 620	2 477
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	475	504	419	379	442	504	423	395
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 971	2 005	2 061	1 813	1 433	1 962	2 020	1 780	1 594
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 086	2 985	2 893	2 948	3 624	2 517	2 785	2 569	3 951
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	470	452	426	428	535	371	361	346	621
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 089	2 027	1 954	2 073	2 609	1 658	1 941	1 810	2 845

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Insgesamt	Anzahl	578	567	541	537	498	454	544	426	478
davon										
* Unternehmen	Anzahl	91	90	88	64	80	67	84	47	85
* Verbraucher	Anzahl	377	354	322	323	325	262	331	283	272
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	91	103	118	119	79	109	114	78	111
* sonstige natürliche Personen, ¹ Nachlässe	Anzahl	19	20	13	31	14	16	15	18	10
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	144	91	85	62	58	82	98	106	60

Handwerk²

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,5	98,7	97,9	100,6	98,2	97,7	98,1	99,7	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	101,2	100,0	100,8	105,2	113,1	87,5	101,2	104,0	...

Preise

	Einheit	2012	2013		2014			2015		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	104,3	105,8	106,7	106,1	106,7	106,8	106,9	105,7	106,6
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	102,1	103,4	104,1	104,3	104,4	105,3	105,6	105,6	105,7

Verdienste⁷

	Einheit	2013	2014	2013			2014			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 790	...	3 455	3 458	3 495	3 426	3 472	3 491	...
* Frauen	EUR	3 268	...	3 026	3 023	3 044	3 006	3 021	3 052	...
* Männer	EUR	4 003	...	3 631	3 635	3 681	3 593	3 651	3 665	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 925	...	6 113	6 125	6 166	6 254 ^r	6 360	6 403	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 352	...	4 005	4 023	4 058	4 015 ^r	4 053	4 097	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 183	...	2 919	2 929	2 963	2 933	2 975	2 993	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 641	...	2 444	2 462	2 496	2 416	2 470	2 487	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 047	...	1 935	1 951	1 975	1 885	1 921	1 946	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2013	2014	2013			2014			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 078	...	3 623	3 636	3 681	3 622	3 716	3 729	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 899	...	3 497	3 626	3 584	3 448	3 587	3 616	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 245	...	3 734	3 734	3 792	3 756	3 836	3 840	...
* Energieversorgung	EUR	4 955	...	4 380	4 374	4 433	4 344	4 462	4 456	...
* Wasserversorgung ²	EUR	3 207	...	3 003	2 988	2 989	3 114	3 230	(3 275)	...
* Baugewerbe	EUR	3 156	...	2 985	3 095	3 086	2 922	3 090	3 140	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 596	...	3 343	3 338	3 371	3 298	3 312	3 336	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 535	...	3 166	3 162	3 214	2 998	3 019	3 032	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 978	...	2 711	2 747	2 775	2 570	2 608	2 600	...
* Gastgewerbe	EUR	(2 026)	...	1 948	1 955	2 003	2 030	1 986	1 978	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 870	...	4 465	4 452	4 553	4 537	4 663	4 632	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 907	...	4 104	4 152	4 222	4 086	4 114	4 154	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 739	...	3 411	3 366	3 301	(3 712)	(3 849)	(3 838)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	(4 670)	...	4 053	4 033	4 088	4 170	4 190	4 223	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	/	...	2 087	2 114	2 113	2 059	2 080	2 095	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 450	...	3 354	3 361	3 368	3 389	3 389	3 469	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 105	...	4 040	4 032	4 033	4 034	4 035	4 079	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 678	...	3 465	3 461	3 491	3 430	3 473	3 485	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	4 257	...	4 072	3 897	3 926	(3 565)	(3 339)	(3 362)	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 059	...	2 886	2 899	2 905	3 070	3 064	3 108	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2012	2013			2014				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	118 975	121 674	118 137	125 085	124 568	125 584	124 657	124 257	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 024	12 174	11 935	12 668	12 008	12 333	12 369	11 869	...

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. –

2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2012	2013			2014			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	15 080	14 002	13 753	14 474	13 508	13 476	13 295	13 232	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	91 871	95 498	92 449	97 943	99 052	99 775	98 993	99 156	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 263	113 342	110 111	116 437	116 350	117 767	117 623	117 462	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	99 772	102 470	99 761	104 866	105 312	106 449	106 566	106 600	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 492	10 872	10 350	11 571	11 038	11 318	11 057	10 862	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	8 712	8 332	8 026	8 648	8 218	7 817	7 034	6 795	...

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	113 249	113 014	112 603	111 883	114 631	112 837	112 942	114 661	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	46 913	51 536	50 925	51 526	53 576	53 185	53 933	56 215	...
Termineinlagen	Mill. EUR	29 481	26 577	26 702	25 866	26 426	25 455	25 226	24 928	...
Sparbriefe	Mill. EUR	7 744	6 639	6 710	6 445	6 414	6 059	5 884	5 687	...
Spareinlagen	Mill. EUR	29 112	28 262	28 266	28 046	28 215	28 138	27 899	27 831	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	110 671	110 380	109 800	109 433	112 081	110 316	110 550	112 240	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	107 602	107 492	107 139	106 814	108 780	107 664	107 716	109 307	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 069	2 888	2 661	2 619	3 301	2 652	2 834	2 933	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 578	2 634	2 803	2 450	2 550	2 521	2 392	2 421	...

Steuern

Einheit	2012	2013		2014				2015
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 533	3 515	3 610	4 241	2 846	3 241	3 906	4 767	3 143
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 088	1 104	978	1 767	779	631	1 170	2 215	810
Lohnsteuer	Mill. EUR	728	761	957	938	641	620	1 041	971	664
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	147	149	402	-	-	-	461	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	161	157	- 22	533	30	4	- 4	598	35
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	78	72	31	51	47	36	37	356	53

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2012	2013		2014				2015
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	32	43	11	64	8	43	8	46
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	16	29	-	-	-	34	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	87	83	- 30	234	- 2	- 37	53	281	11
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 1	- 4	- 5	-	-	-	65	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 444	2 411	2 632	2 475	2 067	2 610	2 736	2 552	2 333
Umsatzsteuer	Mill. EUR	462	480	569	541	424	412	541	504	494
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 982	1 931	2 063	1 933	1 643	2 198	2 195	2 048	1 839

Zölle

Mill. EUR	193	184	195	172	156	233	215	194	179
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	111	113	92	171	113	52	48	180	51
-----------	-----	-----	----	-----	-----	----	----	-----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	34	48	21	22	18	65	12
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	45	46	27	92	37	30	30	115	39

Landessteuern

Mill. EUR	55	66	68	98	70	66	69	76	101
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	-----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	14	18	19	54	15	21	27	27	49
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	25	31	34	27	37	31	28	31	34
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	11	13	12	13	15	11	11	14	15
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	1	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	2	3	3	3	2	3

Einheit	2012	2013			2014			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	601	603	641	632	561	524	655	599	611
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	122	125	125	144	115	113	141	144	121
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	462	458	497	465	426	390	491	430	469
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	12	15	15	17	17	17	17	19	17

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände

Einheit	2012	2013				2014				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Mill. EUR	889	909	962	935	1 107	593	1 017	919	1 172	
Gewerbsteuer (netto) ¹	Mill. EUR	377	379	421	373	290	380	425	346	325
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	336	348	362	352	614	70	391	361	632
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	38	37	35	42	68	8	39	43	74

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2012	2013				2014				2015
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Mill. EUR	809	851	803	1 241	692	619	898	1 527	775	
Landessteuern	Mill. EUR	55	66	68	98	70	66	69	76	101
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	411	418	358	655	334	208	452	870	348
Lohnsteuer	Mill. EUR	249	262	350	285	273	207	390	297	283
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	68	67	- 10	227	13	2	- 2	254	15
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	34	14	22	22	15	18	175	25
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	14	19	5	28	3	19	4	20
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	43	41	- 15	117	- 1	- 19	26	141	6
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	320	344	370	427	290	284	376	524	321
Umsatzsteuer	Mill. EUR	225	255	278	325	213	207	271	420	247
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	95	89	92	102	77	77	105	104	74
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	2	16	- 0	16	0	15	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	1	5	- 0	6	0	5	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	12	4	32	- 1	32	0	31	2
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	2	1	7	- 0	7	0	6	1

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 871	1 845	1 866	2 233	1 511	1 690	1 962	2 499	1 592	
Bundessteuern	Mill. EUR	111	113	92	171	113	52	48	180	51
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	475	480	416	772	335	267	504	989	349
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 279	1 246	1 356	1 275	1 064	1 355	1 410	1 315	1 191
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	2	16	- 0	16	0	15	1

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Februar 2015

Statistische Berichte**Land- und Forstwirtschaft, Fischerei**

Ernteberichterstattung über Obst im Dezember 2014
Kennziffer: C2033 201403

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
im Dezember 2014 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201412

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im Dezember 2014
Kennziffer: E1033 201412

Unternehmen und Investitionen im Bauhaupt-
gewerbe 2013 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2043 201300

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im November 2014
Kennziffer: E4023 201411

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im November 2014
Kennziffer: G1023 201411

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im Dezember 2014
Kennziffer: G4023 201412

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im November 2014
Kennziffer: 1023 201411

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
im 3. Vierteljahr 2014
Kennziffer: H1073 201443

Binnenschifffahrt im Oktober 2014
Kennziffer: H2023 201410

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Januar 2015
Kennziffer: M1013 201501

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im November 2014
Kennziffer: Z1013 201411

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Februar 2015

Kennziffer: Z2201 201502

Schulverzeichnis für berufliche Schulen und Schulen
des Gesundheitswesens in Rheinland-Pfalz –
Schuljahr 2014/15

Kennziffer: B2004E201400

Faltblatt: Mikrozensus 2015

**Gemeinschaftsveröffentlichungen der
statistischen Ämter des Bundes und der Länder**

Kindertagesbetreuung regional 2014 –
Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland
Kennziffer: K5015 201400

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Simone Emmerichs
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte
2. korrigierte Fassung vom 29.01.2016, Änderungen auf S. 290, 291